

# Christ und Sozialist

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands

## FLÜCHTLINGE

Annette Windgasse  
**Was Flüchtlinge krank macht**

Jean Claude Diallo  
**Rassismus in Deutschland**

Johanna Niedermüller  
**Frauen im bundesdeutschen Exil**

Erhard Griese  
**Zuflucht der Heimatlosen**

**Juni 1988**

## HUNGER WIRD GEMACHT

Diebstahl durch Handel

Bruno Kern  
**Multinationale Konzerne in der  
Kritik der Befreiungstheologie**

Ulrich Duchrow  
**Christen und Weltkapitalismus**

Jürgen Kaiser  
**Vor allem ein Schuldenberg**

Düsseldorf

**2/88**

## Zu diesem Heft

Zwei Gegenwartsprobleme sind es, mit denen sich diese Nummer befaßt. Sie stehen in einem wahrnehmbaren Zusammenhang miteinander.

Schon lange wollten wir das Thema **FLÜCHTLINGE** zur Sprache bringen. Die beiden ersten Beiträge sind Kurzreferate von Mitarbeitern des «Psychosozialen Zentrums für ausländische Flüchtlinge», das seinen Sitz in Düsseldorf hat, aber für eine weitere Region tätig ist. Auch Johanna Niedermüllers Beitrag, der in kürzerer Fassung in «Transparent» (Solidarische Kirche im Rheinland) erschien, ist aus der praktischen Arbeit mit Flüchtlingen entstanden. Mein Artikel verdankt wesentliche Informationen über das Sanctuary Movement Max Koranyi aus Wuppertal, der als Austauschpfarrer in Ohio selbst Erfahrungen sammeln konnte.

Das zweite Thema bereitet zugleich die Jahrestagung der Religiösen Sozialisten vor. **HUNGER WIRD GEMACHT** bezieht sich auf die ökonomische Abhängigkeit der sog. «Dritten Welt» von den Industrienationen, der Weltbank und den transnationalen Konzernen. Die Aktualität dieses zentralen politischen Themas, das die kapitalistischen Strukturen des Welthandels als Neo-Kolonialismus entlarvt, ergibt sich zum einen aus unserer Solidarität mit den «Christen in der Revolution» Nicaraguas, zum anderen vor allem aus der bevorstehenden Konferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Berlin. Die Beiträge von Ulrich Duchrow und Jürgen Kaiser sind aus «unterwegs» Heft 3/1987 übernommen (siehe dazu **LEBENSZEICHEN**). Der Hauptbeitrag, der die Kritik der Befreiungstheologie an den transnationalen Konzernen darstellt, kommt von dem Referenten unserer Jahrestagung, Bruno Kern (siehe auch den Hinweis auf die Tagungen der Werkstatt für Politische Theologie in CuS 1/1988). Dazu auch die Buchhinweise.

Reinhard Gaedes Kommentar zu den ersten Ost-West-Vereinbarungen über atomare Abrüstung war schon für die vorige Nummer gedacht gewesen. Durch ein Mißverständnis kommt er erst jetzt zum Druck.

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, ist im 95. Lebensjahr Heinz Kappes verstorben, ein Weggefährte Erwin Eckerts und nach dessen Eintritt in die KPD einziger religiöser Sozialist im «Deutschen Evangelischen Kirchentag», 1936-48 im Exil in Palästina in der jüdisch-arabischen Begegnung engagiert (siehe CuS 1/88, S.16). Martin Balzer hat uns Heinz Kappes' Predigt vom Karsamstag 1933 zugeschickt, sein letztes öffentliches Wort im Nazi-Reich, als der Bund der Religiösen Sozialisten schon verboten und verfolgt war. Arnold Pfeiffer hat für Heinz Kappes einen bewegenden Nachruf geschrieben, der leider nicht am Grab verlesen werden konnte. In CuS 3/1988 soll beides Platz finden, dazu Beiträge von August Rathmann über Moses Hess und Wilhelm Weitling (**FRÜHE SOZIALISTEN**); das zweite Schwerpunktthema soll sein: **AZANIA - SÜD-AFRIKAS ZUKUNFT**.

«Rheinhausen» (CuS 1/1988) hat auch in unserer schweizer Schwesterzeitschrift **NEUE WEGE** Interesse gefunden. Die letzte Entwicklung werden unsere Leser/innen aus Fernsehen und Tageszeitung entnehmen. Wie auch immer es ausgeht - was bleibt, sind vor allem zwei Dinge: die eindeutige Solidarität Kirchen/Arbeiterschaft und die brennende Frage, ob die vorhandenen Formen betrieblicher Mitbestimmung wirklich ausreichen und ob es moralisch ist, wenn die Arbeiter nicht selbst über die Produktionsmittel und ihre Zukunft entscheiden.

Für einige anregende und ermutigende Echos auf Heft 1/1988 danke ich und wünsche mir, daß auch dies ein Heft geworden ist, das man nicht nur lesen, sondern auch haben möchte.

Erhard Griese

PS: Die Bücher unseres Genossen Aurel von Jüchen (siehe CuS 1/1988) sind bei der Berliner Regionalgruppe zu beziehen: c/o Sabine Schwarze, Dürerplatz 2, 1000 Berlin 62

# FLÜCHTLINGE

Der Text von  
S. 20 und 37  
ist leider  
vertauscht !

## Lied des Flüchtlings

AN DEN UFERN DER FLÜSSE IN BABYLON SASSEN WIR:  
WIR WEINTEN, ALS WIR AN UNSERE HEIMAT DACHTEN.  
AN DEN PAPPELN HATTEN WIR UNSERE LUMPEN AUFGEHÄNGT. ...  
DIEJENIGEN, DIE UNS SAHEN, WOLLTEN LIEDER VON UNS HÖREN;  
DOCH WIE KÖNNEN WIR DAS LIED DES HERRN SINGEN IN EINEM  
FREMDEM LAND?

(Ps. 137, 1-4)

Es war eine große Schar, aus allen Nationen, Rassen, Völkern und Kulturen;  
Niemand vermochte sie zu zählen; allein durch ihre Existenz verkündete sie  
Die Ungerechtigkeit und die Gleichgültigkeit der Menschen.

Es gab da die Flüchtlinge des Hungers und der Trockenheit,  
Eine unzählbare Menge von lebenden Toten;  
Die Flüchtlinge der Kriege, der brudermordenden Guerilla (hausgemacht und  
importiert),  
Jene, die sich vor Gefangenschaft, Ausrottung, Diktatur und Sklaverei geflüchtet ha-  
ben.

Wer kann sagen, wann wir zu uns heimkehren können?  
Wird dieser Tag je einmal kommen? Welches wird der Rückweg sein?  
Wie wird unsere Heimat aussehen?

Ohne Nachricht von unseren Familien, Kindern, Freunden, Bekannten, Von jenen, die zu »Hause« geblieben sind, und jenen, die in alle Himmelsrichtungen sich zerstreuen mußten, wie wir.

Alles ist provisorisch in unserem Leben.  
Die Tage sind zu lang, wenn man nichts zu tun hat, außer zu warten;  
Zu warten, bis man dran kommt, durch den Aufruf des Namens oder der Nummer.  
Nichts zu tun, als die tägliche Ration abzuwarten, bis sie kommt;  
Die Zeit totschlagen vielleicht mit Gängeputzen oder Kehrichtsammeln:  
Nichts zu tun, als sich gegenseitig als »Wolldeckennachbarn« zu helfen,  
Zuzuschauen, wie die Zeit, unnütz, zerrinnt: morgens, abends;  
Zu warten, bis die Nacht die Leiden und die Ängste des Tages verlängert.

Am Ende des 20. Jahrhunderts sind wir die lebendige Verneinung der Menschenrechte.

Wenn die Erde allen gehört, ohne Unterschied der Rasse, der Kultur oder der Religion,  
Wie kommt es dann, daß es uns Flüchtlinge überhaupt gibt,  
Gegenden, wo man genug ißt, und solche wo man des Hungers stirbt,  
Leute, die frei sind, und andere. . . . . ?

Warum muß es eigentlich überall Grenzen geben?  
Auf unseren Wegen, zwischen den Menschen, inmitten unserer Herzen,  
In unseren Worten: »Schutzschranken«; Trennung, Fremder, Feind,  
Apartheid, Verachtung, Haß, Egoismus, Gleichgültigkeit, Intoleranz. . . .

Wie können wir Flüchtlinge singen oder Flöte spielen:  
WIE KÖNNEN WIR DAS LIED DES HERRN SINGEN IN EINEM FREMDEN  
LAND?  
Außer. . . . .

Außer vielleicht, wenn wir lernen, als Brüder und Schwestern zu leben,  
Wenn wir die Grenzen niederreißen, Stacheldrähte zerschneiden,  
Leben von einem Ufer ans andere bringen,  
Von einem Land zum anderen. . . . .

. . . . . wie unter echten Menschen.

aus: Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Lagerdienst/KLD-Brief Mai 1986

Annette Windgasse

## Was Flüchtlinge krank macht

Vergleichen wir die Biographien und die Lebensbedingungen von Flüchtlingen mit verschiedenen psychologischen Erklärungsansätzen für das Entstehen von Krankheiten, erscheint die Antwort sehr einfach und Krankheit für Flüchtlinge wohl unausweichlich.

So listet zum Beispiel die »life event Forschung« Belastungsfaktoren auf, die Erkrankung erwarten lassen: von etwa vierzig krankheitsfördernden Lebensereignissen haben Flüchtlinge in der Regel etwa 25 durchmachen müssen, und zwar die, die in der Skala ganz oben stehen, wie z.B. Verlust eines nahen Angehörigen, Veränderungen in den Lebensverhältnissen, Umzug, Verlust des Arbeitsplatzes usw.

Um aber zu verstehen, was Flüchtlinge krank macht, ist mehr und anderes nötig als die Aufzählung von Lebenskrisen und Belastungen.

Wir wollen einige zentral erscheinende Prozesse beschreiben, müssen aber vorher noch etwas zum Begriff »Krankheit« sagen. Ist jemand krank, so bedeutet das für ihn einmal Leiden unter bestimmten Symptomen, zum anderen bedeutet das für ihn und seine gesellschaftliche Umwelt die Unfähigkeit, bestimmte Anforderungen zu erfüllen. Wird jemand als psychisch krank bezeichnet, so sind die Kriterien, nach denen sein Verhalten als auffällig gekennzeichnet wird, und die Erwartungen und Anforderungen in weit höherem Maß von der jeweiligen Gesellschaft und Kultur abhängig als bei körperlichen Krankheiten. Wenn wir Menschen aus anderen Kulturkreisen begegnen, sollte die Bedeutung der kulturellen Unterschiede, die Relativität von Begriffen wie »gesund und krank«, »normal und unnormal« selbstverständlich sein. Aber auch allein im Blick auf die eigene Gesellschaft sehen wir Verhältnisse, die solche Begriffe fragwürdig werden lassen, Verhältnisse, die sogenannte kranke Reaktionen als geradezu normal, vielleicht sogar als eigentlich gesund erscheinen lassen,

wenn sie nicht mit individuellem Leiden verbunden wären. Die Flüchtlinge, um die es hier geht, sind sicherlich nicht gesund, wenn man, wie die Weltgesundheitsorganisation WHO, Gesundheit versteht als den Zustand psychischen, sozialen und physischen Wohlbefindens. Sie haben schwere Kränkungen erlebt, sie haben viele Probleme, unter denen sie leiden. Sie als »krank« zu definieren, ist problematisch.

### 1. Kränkung: Verfolgung und Flucht

Die erste Kränkung widerfährt im Herkunftsland:  
durch ein unterdrückerisches Regime,  
durch Kriegszustände, die ein friedliches Leben zerstören,  
durch Angriffe paramilitärischer Organisationen, vor denen der Staat einen Teil seiner Bürger nicht schützen kann oder will,  
durch Eingriffe in die Freiheit von z.B. religiösen oder ethnischen Minderheiten oder durch die totale Einengung von Frauen,  
oder auch dadurch, daß das Land seine Bürger nicht ernähren kann.

Ein Teil der Flüchtlinge hat dagegen opponiert und sich dadurch politischer Verfolgung ausgesetzt, Inhaftierung, manchmal auch Folter, erleben müssen. Andere haben die Flucht ergriffen, sobald klar wurde, daß ein Leben unter solchen Bedingungen nicht mehr möglich war. Flucht bedeutet für alle die Trennung von Familie und Freunden, Beruf und Besitz, von der vertrauten Umgebung und alltäglichen Gewohnheiten.

Dazu kommen die Gefahren des Fluchtwegs und die Unsicherheit über das, was einen erwartet.

Die Erfahrung von Trennung und Verlust und das Erleben von Angst und Unsicherheit bringen alle Flüchtlinge mit.

Die Erleichterung, die viele nach der Ankunft hier empfinden, hält nicht vor; die Verarbeitung der Trennung, das Trauern ist ein notwendiger Prozeß. Dem Raum zu geben und dabei Unterstützung zu finden, ist schwer, wenn man an die Zustände in Übergangslagern und Gemeinschaftsunterkünften denkt oder an die Fragen eines Rechtsanwalts oder Beamten nach Verfolgungstatbeständen oder Fluchtgründen.

Flüchtlinge haben sich aber nicht nur von ihnen nahestehenden Menschen und ihrer vertrauten Umgebung getrennt. Sie haben auch ihre eigene soziale Identität verloren, ihren gesellschaftlichen Status, ihre Rollen als Familienglied, Nachbar, Kollege, Staatsbürger. Dieser erzwungene Verlust führt zur Orientierungslosigkeit, es ist unklar, welche Rollen die Aufnahmegesellschaft für den Flüchtling bereit hält, welches Verhalten in welcher Situation erwartet wird, wie die Reaktionen der Deutschen und auch der anderen Flüchtlinge zu interpretieren sind.

Ein Reisender oder freiwillig Auswandernder kann diese Situation positiv als Herausforderung verstehen, ein Flüchtling kommt unfreiwillig, mit schmerzlichen Erfahrungen, oft ohne Vorstellungen über das, was ihn erwartet. Die Entscheidungen über seine Zukunft liegen nicht bei ihm.

## 2. Kränkung: »Asylant« werden

Die zweite Kränkung geschieht hier: Es ist die Erfahrung, hier nur als »Asylant« wahrgenommen zu werden, d.h. im günstigeren Fall als Hilfsbedürftiger, im schlimmeren, häufigeren, Fall als unerwünschter Eindringling, als Schmarotzer.

Damit wird die erlebte Trennung besiegelt, die persönlich erlittene Trennungs-

erfahrung wird zur Zuweisung einer neuen gesellschaftlichen Rolle, zu einem neuen Status und der, des »Asylanten«, ist in unserer Gesellschaft ganz unten angesiedelt.

Ich habe jetzt zweimal den Begriff »Asylant« benutzt, den wir sonst vermeiden. Dieser Begriff beinhaltet nämlich genau diese Reduzierung einer Persönlichkeit auf den Zweck ihres Hierseins und ignoriert den Lebenszusammenhang, aus dem dieser Mensch geflohen ist. Im Begriff »Flüchtling« klingt dieser Zusammenhang noch mit.

Zum »Asylantenstatus« gehören Zwangsunterbringung, Begrenzung des Aufenthaltsbereiches, Arbeitsverbot, Abhängigkeit von Sozialhilfe, provisorisches Aufenthaltsrecht, Warten auf die Asylentscheidung. Dies sind auch die Bedingungen, die meist den ersten Kontakt zwischen Flüchtlingen und Flüchtlingsbetreuern bewirken. Und die Kommunikation zwischen beiden wird davon geprägt: Die Rollen sind von Anfang an festgelegt, der Flüchtling als der Hilflose, Unterstützungsbedürftige, der Deutsche als Betreuer, Experte, Anwalt des Flüchtlings gegenüber den Behörden, aber auch oft als Repräsentant dieser Behörden gegenüber dem Flüchtling.

Ein wirksamer Nebeneffekt der zunehmend restriktiven Asylpolitik: Die dagegen sind, sind vollauf damit beschäftigt, auf dem laufenden zu bleiben und die Konsequenzen für einzelne Flüchtlinge abzumildern. Zeit und Kraft für eine Opposition als Lobbyarbeit für Flüchtlinge und für eine Auseinandersetzung mit den Ursachen von Fluchtbewegungen und der Ausländerfeindlichkeit bleibt wenig. Zum Glück gibt es aber auch den umgekehrten Effekt: Menschen, die angefangen haben, einzelnen Flüchtlingen zu helfen, erkennen bald die Grenzen der individuellen Hilfsmöglichkeiten und sehen die politischen und gesell-

schaftlichen Rahmenbedingungen zunehmend kritischer.

Flüchtlinge werden zu »Asylanten« gemacht durch

- Sammelunterbringung, das heißt miese Lebensbedingungen und gleichzeitig Ghettoisierung,
- Arbeitsverbot, das heißt materielle Not und sinnlos verbrachte Tage und gleichzeitig Ausschluß aus einem zentralen Bereich dieser Gesellschaft,
- zahlreiche Reglementierungen, das heißt Einschränkung der persönlichen Freiheit und gleichzeitig verwaltetes Objekt zu werden.

Der Flüchtling erlebt die Reduzierung seiner Persönlichkeit durch die Einschränkungen seiner Handlungsmöglichkeiten. Von der deutschen Gesellschaft, selbst von denen, die näheren Kontakt mit ihm haben, wird er meist gar nicht als Persönlichkeit mit einer eigenen Geschichte, vielfältigen Erfahrungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen wahrgenommen.

Was für den einzelnen Flüchtling gilt, gilt erst recht für die Flüchtlingsgemeinschaft. Flüchtlinge werden je nach Einstellung der Deutschen entweder als amorphe Masse wahrgenommen - der »Asylantenstrom«- oder als einzelne »Fälle«. Daß Flucht und Exil eine Tatsache ist, die ein ganzes Volk betrifft, daß es für die Gruppe der Exilierten wie für jeden einzelnen von ihnen wichtig und notwendig ist, im Exil eine differenzierte Flüchtlingsgemeinschaft zu entwickeln, wird oft außer Acht gelassen.

## 3. Kränkung: Fremder sein

Die dritte Kränkung erleben Flüchtlinge in der Auseinandersetzung mit der ihnen fremden Kultur des Aufnahmelandes. Dies fängt bei den einfachen, alltäglichen Begegnungen an, wenn man sich z.B. unsicher fühlt, wann man jemandem bei der Begrüßung die Hand reicht und

wann nicht. Es setzt sich fort, wenn die Kinder in der Schule für Verhalten belohnt werden, das man selbst nicht billigt. Der Unterschied wird gravierend, wenn die Verwirklichung eigener zentraler Werte unmöglich wird: wenn es z.B. niemand verstehen will, daß man zur Beerdigung der Mutter fahren muß, auch wenn dies ein Weg von 4 000 Kilometern ist. Oder, daß es doch selbstverständlich ist, daß man auch von der Sozialhilfe noch Geld abzweigen muß, um die Leute zuhause zu unterstützen.

Die Spannung zwischen erlernter und mitgebrachter Kultur und der des Aufnahmelandes kann zum Entstehen von Krankheiten beitragen. Allgemeine Kenntnisse über die Herkunftskultur von Flüchtlingen erleichtern uns das Verstehen, sie reichen aber nicht aus, um Krankheit zu erklären. Der Sozialstatus, die Herkunftsregion, Alter, Geschlecht, individuelle Verarbeitungsmöglichkeiten sind nur einige der Faktoren, die das Erleben der Fremde beim einzelnen Flüchtling prägen.

Erlernte Problemlösungswege können unter Exilbedingungen erfolgreich sein, sie können aber auch völlig unangemessen sein. Verhalten, das zuhause als erfolgreich und »normal« galt, kann hier zum Mißerfolg führen und als krankhaft angesehen werden. Andererseits kann hier Verhalten gefordert werden, das im Herkunftsland als anstößig, erniedrigend, »unnormale« gilt.

Schwierig ist es fast immer, als Fremder zu leben. Krankmachend kann diese Situation werden, wenn das Leben in der Fremde unfreiwillig und unausweichlich ist und wenn die Mehrheitsgesellschaft die Minderheitsgesellschaft nicht toleriert, ihre Entfaltung behindert, ihre Werte diskriminiert.

### Fallbeispiel: Mahmud T.

Wie die beschriebenen drei Kränkungsprozesse sich in der Realität eines Flüchtlings auswirken, wollen wir am Beispiel eines unserer Klienten aufzeigen:

Mahmud T. ist ein vierzigjähriger Iraner, der mit seiner Frau und seinen drei Kindern seit einem Jahr als Asylbewerber in der BRD lebt. Er kam zu uns, weil er unter körperlichen und psychischen Folgen der Folter leidet, der er im Iran ausgesetzt war.

Je näher wir Mahmud kennenlernten, desto deutlicher wurde, daß die Folterfolgen nur eines der Probleme sind, die ihn belasten. Vielleicht sind sie das auffälligste, am leichtesten beschreibbare. Die weiteren Kränkungen des Fluchtprozesses fügen dem neue Probleme hinzu und behindern zusätzlich die Verarbeitung der vorausgegangenen. Wie erlebte Mahmud die beschriebenen Kränkungen?

#### 1. Verfolgung und Flucht

Als Schahgegner sah er seine Hoffnungen auf eine Änderung durch die Revolution enttäuscht. Er schloß sich den Volksmodjahedin an, verteilte Flugblätter, klebte Plakate, nahm an Demonstrationen teil. Als Angehöriger einer relativ wohlhabenden Familie hatte er sich mit seiner Frau eine gesicherte Existenz aufgebaut.

Als er anlässlich einer Demonstration verhaftet und einen Monat lang inhaftiert wurde, wurde diese gesicherte Existenz zerstört. Er kam durch Bestechung frei, konnte es jedoch nicht wagen, nach Hause zurückzukehren. Seine Familie bot ihm Unterschlupf in einer anderen Stadt. Nachforschungen durch Revolutionswächter gefährdeten seine Familie und ihn selbst. Er konnte die Flucht über die Türkei nach Berlin organisieren. Er konnte nicht verhindern, daß seine Schwester seitdem unter Druck gesetzt wird, er konnte es nicht ermöglichen, seinen Vater vor dessen Tod noch einmal zu sehen, er

konnte sich nicht von seiner Mutter verabschieden. Die Erinnerung daran bringt ihn zum Weinen, jetzt erst, denn während der Flucht und in der ersten Zeit hier war es ihm nicht möglich, diese Trauer zuzulassen. Er leidet auch unter dem Gedanken, seine Frau und seine Kinder durch seine politischen Aktivitäten aus ihrem Leben herausgerissen zu haben und seinem ältesten Sohn durch den Anblick seines gefolterten Körpers einen schweren Schock versetzt zu haben. Er hat noch Glück gehabt: er lebt in Sicherheit, sein Bruder kümmert sich um sein Geschäft, er kann brieflich Kontakt zu seinen Angehörigen halten. Und er weiß, wofür er ins Exil gegangen ist, er setzt seine politische Tätigkeit hier fort.

#### 2. »Asylant« werden

Mahmud lebt als Asylbewerber in einer relativ erträglichen Wohnung. Den Reglementierungen des Asylverfahrensgesetzes versucht er mit großer Beflissenheit nachzukommen. Er hat die Rolle »Asylbewerber« voll übernommen: So widmet er einen Großteil seiner Zeit und Energie den Gängen zur Ausländerbehörde, um die Erlaubnis zum vorübergehenden Verlassen des Aufenthaltsbereiches zu bekommen, er geht zu Flüchtlingsberatungsstellen und zum Sozialamt, er geht und läßt sich bereitwillig zum xten Mal über seine besonderen Probleme befragen, die einen Umzug in eine ruhigere Wohnung rechtfertigen könnten, in der er, der unter starken Schlafstörungen leidet, vielleicht einmal durchschlafen könnte. Er ist kooperativ, spielt mit, verhält sich so, wie er glaubt, daß seine deutschen Gesprächspartner, die über ihn entscheiden, die Hilfe geben oder verweigern können, es von ihm erwarten. Seine Dankbarkeit für jede Art von Hilfe äußert er überschwänglich. Dies mag sowohl der Ausdruck iranischer Höflichkeit sein, wie auch Anzeichen für das Ausmaß der von ihm empfundenen Hilflosigkeit gegen-

über dem Gestrüpp bundesdeutscher Paragraphen, Verfahrensbestimmungen und Reglementierungen.

#### 3. Fremder sein

Nur einmal habe ich Mahmud ungeduldig werden sehen. Das war, als ihm klar wurde, wie schwierig es ist, daß sein Neffe, der als Asylbewerber in einem anderen Bundesland lebt, in seine Nähe ziehen darf. Da wurden seine Verzweiflung und seine Wut für kurze Zeit sichtbar. Der Widerspruch zwischen Mahmud, der als Onkel seine Pflicht tut, der es der Schwester schuldig ist, für deren Sohn zu sorgen, der den Wunsch hat, einen nahen Verwandten bei sich zu haben und Mahmud, dem Asylbewerber, der höchstens beantragen, kaum fordern und erst recht nicht entscheiden darf, wurde deutlich.

Iranisches Wertesystem, hier bezogen auf gegenseitige Verpflichtungen in der Familie, und deutsche Verwaltungsvorschriften stehen einander gegenüber. Es zählt kaum, daß dies iranische Wertesystem Ergebnis einer alten Kultur ist und auch jetzt noch eine zentrale Bedeutung für die Menschen hat, die unter Exilbedingungen eher noch zunimmt. Verwaltungsvorschriften nehmen es mit solchen Traditionen allemal auf, lassen sich höchstens im Ausnahmefall mit viel Aufwand, durch Offenbarung ganz besonderer persönlicher Probleme »aus humanitären Gründen« mal lockern.

Ansonsten hat Mahmud wenig Anlaß und Gelegenheit, sein Erleben von Fremdsein mitzuteilen, seine - aus seiner Kultur und seinen individuellen Erfahrungen herrührende - Wahrnehmung dieser Gesellschaft zu äußern und ihr seine eigenen Erfahrungen entgegenzusetzen. Seine häufigen - meist erfolglosen - Einladungen an Deutsche, sie möchten doch ihn und seine Familie zum Essen besuchen, können wir als Ausdruck iranischer Gastfreundschaft verstehen. Wir

können sie gleichzeitig verstehen als Wunsch, mehr zu erfahren über das Land, in dem er jetzt lebt, und mehr mitteilen zu können über sein eigenes Land.

Wie die meisten Flüchtlinge muß er die Auseinandersetzung mit der deutschen Kultur und Gesellschaft mit sich selber abmachen. Ins Blickfeld der Deutschen gerät dieser Prozeß entweder nur, wenn iranische Kultur als Folklore gefragt ist oder wenn er die Spannung zwischen diesen beiden Polen nicht mehr aushält und krank oder sonstwie auffällig wird.

Was macht Flüchtlinge krank? Wir können keine endgültige Antwort geben. Wir wollen einmal die Gegenfrage stellen: Was erhält Flüchtlinge eigentlich gesund?

Diese Frage ist nicht zynisch oder bloß rhetorisch gemeint. Wir hoffen, daß viele von Ihnen schon einmal die Erfahrung gemacht haben, bei einem Hausbesuch bei einer Flüchtlingsfamilie seelisch »auf-tanken« zu können, durch ein Gespräch mit einem Flüchtling auch für sich selbst weitergekommen zu sein.

Die große Zahl ehrenamtlicher in der Flüchtlingsarbeit halten wir nicht für zufällig. Wir vermuten, daß nicht nur selbstloses politisches oder soziales Engagement der Beweggrund für diese Arbeit ist. Wir unterstellen auch nicht das Ausagieren eines Helfersyndroms. Wir denken, daß sich denen, die mit Flüchtlingen arbeiten, auch etwas von der Stärke mitteilt, mit der viele Flüchtlinge Situationen bewältigen, denen die meisten von uns nie in diesem Ausmaß ausgesetzt waren.

Ebenso wie wir in einer therapeutischen Beziehung beim Einzelnen nach dessen Stärken Ausschau halten, so sollten wir auch in der Flüchtlingsgemeinschaft die stärkenden Inseln suchen und diese fördern. Von ihnen können die schwächeren Mitgliedern oft besser aufgefangen werden als durch deutsche Institutionen allein.

## Flüchtlinge erfahren auch in Deutschland Rassismus

Über das Thema «Rassismus» zu referieren ist schwierig. Denn ein Afrikaner wird anders davon sprechen als ein Türke und anders als ein Roma oder Sinti. Ich werde zuerst zwei Beispiele aus der eigenen Erfahrung erzählen. Dann frage ich, wie es dazu kommt, daß solche Beispiele aus dem täglichen Leben einen Nährboden in der Bundesrepublik Deutschland haben, d.h. da geht es um historische Ursprünge des Rassismus. Dann will ich über Rassismus und Flüchtlinge konkret sprechen, und schließlich: Wie können wir den Rassismus bekämpfen?

Ich habe einmal eine Freundin nach Hause begleitet. Sie sagte im Auto, als wir uns trennen wollten: „Jean Claude, ich würde dir gern etwas zu trinken anbieten, aber meine Wohnung sieht aus wie bei den Hottentotten.“ (Ich habe sie gefragt, ob sie wüßte, wie eine Wohnung bei den Hottentotten aussieht. Sie hat gelacht, natürlich wüßte sie es nicht.)

Das zweite Beispiel: Als ich seinerzeit heiratete, ging meine Schwiegermutter in dem Dorf, wo sie lebt, ins Rathaus zum Bürgermeister, um den Familiennamen meiner Frau ändern zu lassen. Auf dem Flur traf sie den Bürgermeister, der sie fragte, ob es stimme, daß ihre Tochter mit einem schwarzen Afrikaner verheiratet wäre. Sie sagte: „Ja, das stimmt, aber er ist ein Psychologe.“

Das Lied «Negeraufstand ist in Kuba» ist immer noch ein Schlager in der Bun-

deswehr. Und wer hat noch nie «Negerküsse» bekommen? Wer ist nicht schon «vorm schwarzen Mann» weggelaufen? Schaut einmal in Kinderbücher - ihr werdet erstaunt sein, wie rassistisch sie sind. Hier ein Beispiel: Ein weißes Kind sagt zum schwarzen Kind: „Ingenieur soll dein Alter sein? Das glaubst Du ja selber nicht. Bestimmt ist er ein Affe aus dem Urwald, ein Affe mit ganz dicken Lippen wie du und mit langen Armen wie ein Gorilla. Bestimmt kann er nicht sprechen, sondern nur ua-ua brüllen.“ Oder ein Gedicht:

„Sonnenschirme rot und braun,  
alle sehr hübsch anzuschauen,  
mit langem Stiel für die Affen,  
große für die Elefanten,  
schwarz für dicke Negertanten,  
für Krokodile kleinkariert,  
gestreift, getupft oder liniert.“

Wer solche Leseinhalte konsumiert, verbunden mit einer vorurteilsbeladenen Erziehung in der Familie, wird zwangsläufig fremdenfeindlich und rassistisch.

(1.) Kommen wir zum ersten Punkt: **der historische Ursprung des Rassismus.** Um dem Rassismus auf die Spur zu kommen, ist es gut, einen Blick in die Geschichte zu tun - die Geschichte der Weißen.

Während im Mittelalter vor allem die Unterscheidung von Christen und Heiden bedeutsam war und Ketzer, Hexen und Ungläubige verboten und verfolgt

wurden, begannen mit der Entdeckung der sog. «Neuen Welt» die geschichtlichen Beziehungen zwischen Menschen der europäischen Kultur und der überseeischen Kulturen. Sowohl die Unterwerfung und Ausrottung der Indianer als auch die «Erschließung» Afrikas war eine Geschichte von Diebstahl, Vergewaltigung, Versklavung und Völkermord. Man zögerte nicht, den sog. «Wilden» menschliches Aussehen und menschliche Eigenschaften und damit auch jede Würde abzuspochen. Das Zeitalter der Aufklärung, das Ihnen in Europa die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bescherte, war auch das Zeitalter, das sich naturwissenschaftlich auszurichten begann. Es kam gleichzeitig zu der Verbreitung des Mythos vom «edlen Wilden» und zu einer Klassifizierung und Hierarchisierung der Menschheit, die alle Formen der Ausbeutung der sog. «Farbigen» angeblich wissenschaftlich rechtfertigte. Im 19. Jahrhundert gründeten die Großmächte riesige Reiche in Afrika und Asien. In dieser Epoche wurde der Rassismus zur allgemein verbreiteten Denkweise in Europa. Die Rassenfrage wurde gar als treibende Kraft der Geschichte angesehen. Menschen, die Sie (nicht unbedingt Sie persönlich, aber vielleicht Ihre Vorfahren) für rückständig, dumm, kultur- und geschichtslos hielten, konnte man ohne große Schuldgefühle betrügen, ausbeuten, zu Studien- und Ausstellungsobjekten machen, «zivilisieren», umformen, «bekehren». Weltweit trat der weiße Mann mit seinem absoluten Überlegenheitsgefühl auf, mit dem Gewehr in der einen Hand, die Bibel in der anderen - und mit rassistischen Themen im Kopf. Das Verhältnis zwischen ihm und den Menschen anderer Hautfarben war immer eines von Herrschaft und Unterdrückung, und die Rollen sind nicht austauschbar gewesen. Der Kultur des Abendlandes blieb es vorbehalten, rassi-

stische Wahnvorstellungen zu wissenschaftlichen Ergebnissen, gültigen Dogmen und selbstverständlichen Denkgewohnheiten zu machen. Die Geschichte der letzten paar hundert Jahre hat sich tief in den Seelen der Menschen auf beiden Seiten abgelagert. Wenn Flüchtlinge aus der «Dritten Welt» hierherkommen, lösen sie Beunruhigung aus, weil sie Deutschland mit dieser blutigen Geschichte in Berührung bringen.

### (2.) Wie äußert sich der Rassismus gegenüber Flüchtlingen?

Ein Symptom für die Zunahme der Aggressivität und Gewalt gegenüber Ausländern bzw. Flüchtlingen ist die Verwendung des Vokabulars, mit dem über Asylsuchende gesprochen wird. Das Wort «Asylant» finden wir erst seit 1980 im Duden. In den Begriffen «Wirtschaftsflüchtling» und «illegal Reisende» steckt bereits eine Vorverurteilung. Dem Betroffenen wird ein Etikett mit dem Geruch von Lüge und Betrug umgehängt. Wörter wie «Asylantenflut», «Umverteilung», «Abschiebung», «Zurückschiebung» lassen vergessen, daß Menschen gemeint sind. Die Rede von einer «Invasion» von Flüchtlingen weist deutlich auf ein Feindbild und weckt Phantasien über die Notwendigkeit einer militärischen Verteidigung. Ausländer, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, werden von der Polizei über die Grenze geschafft, als ob sie Sachen wären. Der Begriff «begleitete Ausreise» bei Abschiebungen verschleiert, daß dabei auch körperliche Gewalt angewendet wird.

Ich fasse unsere Erfahrungen in sechs Punkten zusammen:

1. Rassismus äußert sich in der allgemein akzeptierten Auffassung, es gäbe bezüglich der Ausländerzahl eine Schwelle, deren Überschreitung zwangsläufig zu Ausländerfeindlichkeit und rassistischen Übergriffen führe. Da sei, wie man so oft hört, «die Toleranzgrenze

erreicht».

2. Rassistisch ist die Rechtfertigung der Diskriminierung von Menschen mit der bloßen Begründung, es handle sich ja um «Fremde». So wird die Schuld an der Fremdenfeindlichkeit den Flüchtlingen selbst zugeschoben und Feindseligkeit gegenüber Fremden als eine natürliche Reaktion auf deren Fremdsein dargestellt. Naheliegend ist dann das Ausspielen von Asylanten aus der «Dritten Welt» gegen Flüchtlinge aus dem europäischen Kulturkreis.

3. Rassismus kann sich zeigen in der Angst vor dem Verlust der eigenen Identität. Viele glauben, ihre Demokratie, die Rechtsordnung, das Heimatgefühl, der christliche Glaube und andere Werte würden durch die Fremden bedroht. Dabei wird vergessen, daß die Vorstellung von einer autonomen Identität als einer individuell oder sozial festen Größe sich erst im modernen Zeitalter herausgebildet hat.

4. Rassismus äußert sich oft im patriarchalischen Tonfall. Dem anderen werden Ratschläge für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft erteilt.

5. Die Ignoranz gegenüber dem Hintergrund und den Bedürfnissen von asylsuchenden Flüchtlingen führt zu Unterstellungen wie «Die kommen nur hierher, um sich zu bereichern».

6. Rassismus äußert sich auch dort, wo rassistische Diskriminierung mit der Haltung «So ist das nun mal» beschrieben und wissentlich akzeptiert wird. Neutralität in Bezug auf Apartheid, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine Stellungnahme für den status quo.

### (3.) Wie können wir den Rassismus bekämpfen?

Die Szene ist bekannt: Ein Vater ist mit seinem Kind unterwegs. Unbekümmert zeigt das Kind auf einen Vorübergehenden: „Papi, Papi, da - ein Neger“ oder „Wieso ist dieser Mann so schwarz?“ Ver-

schämt versucht der Vater abzulenken. Wie auch immer er reagiert, die Situation ist peinlich.

Stellen wir die Frage, was Rassismus uns selber antut! Was macht denn das Anderssein aus, das wir so sehr fürchten? Wo müssen wir die Gründe dafür suchen, daß wir nicht freudig, neugierig und entgegenkommend auf fremde Menschen aus anderen Kulturen zugehen, um von ihnen auch einmal zu lernen, um an ihren fremden Lebensformen teilzuhaben?

Ich denke, um den Menschen die Angst vor dem Neuen und Fremden zu nehmen, müßte man wohl mehr Raum schaffen für Phantasie und Improvisation, für Freude, Zärtlichkeit und Spontaneität. Man müßte mehr Gelegenheiten für primäre Erfahrungen, d.h. für den direkten Umgang mit den Flüchtlingen schaffen.

Daß es so schwer fällt, Fremde in unserer Mitte nicht mehr als Belästigung oder gar Bedrohung zu erfahren, wird bestimmt nicht nur von mir, sondern auch von Euch als Krankheitszeichen einer Gesellschaft empfunden, die den Fremden schlägt, aber eher eine fremdgewordene Gesellschaft und Umwelt meint. Ich glaube, viele von Euch, die in der Flüchtlingsarbeit stehen, handeln nicht nur aus blindem Idealismus, wenn sie sich gegen die Erosion der Gesetzgebung in Asylfragen und gegen eine unwürdige Asylpraxis zur Wehr setzen. Der Widerstand richtet sich gegen kurzschlüssige Lösungsversuche und zunehmend gegen eine Grundhaltung, die in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tod, Zerstörung, Verfolgung und Verelendung als etwas Alltägliches in Kauf nimmt. Wir dürfen, wir können und wir wollen nicht zulassen, daß mit den Bäumen, mit dem Wald und dem Boden zunehmend auch unsere Seelen zum Verkümmern gebracht werden.

Johanna Niedermüller

## Frauen im bundesdeutschen Exil

Nach Schätzung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) sind die Mehrheit der weltweit ca. 12-15 Mio. Menschen, die ihre Heimat als Flüchtlinge verlassen mußten, Frauen und Kinder. Über den prozentualen Anteil der Frauen unter den in der BRD asylsuchenden Flüchtlingen liegen keine Zahlen vor. Schätzungen von Organisationen, die Flüchtlinge betreuen, schwanken zwischen 20 und 30 %; Männer sind eindeutig in der Überzahl. Das bedeutet, daß Frauen zurückbleiben in Flüchtlingslagern im Sudan, in Pakistan, in Indien, wo die Lebensbedingungen ungleich härter sind als in den Lagern und Übergangwohnheimen der Industrieländer. Die Lager dort sind hoffnungslos überfüllt. Aufgrund nicht vorhandener oder unzureichender Sanitäreinrichtungen gehören Epidemien zur Tagesordnung, die sich umso schneller verbreiten, als die Lagerbewohner durch oft wochenlange Fußmärsche, schlechte und mangelnde Ernährung geschwächt und ohne Abwehrkräfte sind. Überflüssig zu erwähnen, daß es an Medikamenten und medizinischen Fachkräften mangelt; wenn medizinische Versorgung vorhanden ist, ist Frauen und Mädchen manchmal aufgrund eines frauenfeindlichen Rollenverständnisses der Zugang verwehrt oder nur eingeschränkt möglich. Dies wird z.B. von afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan berichtet. Während jedoch das Gros der einheimischen Bevölkerung Somalias, des Sudan, Indiens oder Pakistans keine erheblich besseren Lebensbedin-

gungen hat als die Flüchtlinge, wird den Flüchtlingen in der BRD das Leben durch eine entsprechende Gesetzgebung bewußt und gezielt erschwert. Diese restriktive Gesetzgebung hat für die wenigen Frauen, die eine Flucht bis in unser Land bewerkstelligen, eine doppelte Einschränkung zur Folge: als Frau und als Flüchtling. Doch ehe darauf näher eingegangen werden kann, müssen zunächst die Ursachen beleuchtet werden, die Frauen zur Flucht zwingen.

### Frauenspezifische Verfolgung

Frauen werden nicht nur verfolgt, weil sie, wie in der Genfer Flüchtlingskonvention (FK)\* aufgeführt, einer bestimmten ethnischen, religiösen oder sozialen Gruppe angehören oder eine bestimmte politische Überzeugung vertreten, die im Widerspruch zu dem steht, was die in ihrem Land Regierenden vertreten. Neben dieser politisch, religiös, rassistisch oder sozial motivierten Verfolgung, die sich sowohl gegen Männer als auch gegen Frauen richtet, gibt es Verfolgung, die patriarchalisch-sexistisch motiviert, also frauenspezifisch ist:

- Im Iran werden Frauen inhaftiert, gefoltert und getötet, weil sie Normen übertreten, die ausschließlich für Frauen gelten und dem Machterhalt der Männer dienen.
- Andere Frauen werden auf gleiche Weise mißhandelt, weil ihre Männer, Väter, Brüder - nicht jedoch sie selbst - politisch aktiv waren und die an sich keine Gefahr für die Machthabenden darstel-

\* Im Sinne der FK ist als Flüchtling die Person zu bezeichnen, die sich „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung . . . außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz des Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will . . .“ (FK, Art. 1 A, 2).

schen Tamilen -, um die auf die Familie gefallene Schande auszulöschen. Welche Rolle diese Tatsachen im Asylverfahren spielen, wird an späterer Stelle erörtert.

### Vorbereitung und Durchführung der Flucht

Der Anfang der 80er Jahre eingeführte Visumszwang für die Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge (u.a. Afghanistan, Äthiopien, Iran, Sri Lanka, Türkei), zwingt politisch Verfolgte, sich bei ihrer Flucht Schlepperorganisationen anzuvertrauen, die Mittel und Wege kennen, ohne gültige Reisedokumente das Land zu verlassen. (Wie auch könnten Menschen, die von staatlichen »Sicherheitsorganen« gesucht werden, zu Paß und Visum kommen?!) Dies ist teuer und hat zur Folge, daß Familien oft nur für männliche Angehörige die Flucht nach Europa finanzieren, während gefährdete Frauen in den Lagern der Nachbarländer zurückbleiben.

Fliehen Frauen alleine, sind sie nicht selten sexueller Ausbeutung durch die Männer ausgesetzt, die sie über die Grenze bringen oder die die Lager verwalten. Die u.U. vor der Flucht erfahrene Erniedrigung wird somit fortgesetzt, bzw. sie erleben genau die Schmach, der sie durch Flucht entgehen wollten.

Müssen Frauen mit Kindern fliehen oder sich einige Zeit verstecken, tauchen weitere Schwierigkeiten auf: kleine Kinder ermüden schnell, können Hunger und Durst nicht so gut ertragen wie Erwachsene und können nicht still sein - Eigenschaften, die das Überwinden weiter Strecken zu Fuß oder das Verstecken nicht eben begünstigen.

Keine Frage: in Vorbereitung der Flucht und auf der Flucht haben Frauen ungleich größere Schwierigkeiten zu überwinden und sind aufgrund ihres Geschlechtes stärkeren Gefährdungen aus-

len. Sie erfüllen eine Geiselfunktion. So kann zwischen vier verschiedenen Kategorien von Verfolgungsgründen unterschieden werden: Verfolgung wegen

- politischer Tätigkeit,
- Zugehörigkeit zu einer ethnischen und/oder religiösen Gruppe,
- Übertretung von speziell für Frauen geltenden Normen,
- Familienbindung zu männlichen Oppositionellen.

Die Tatsache, daß die beiden letztgenannten Kategorien ausdrücklich als frauenspezifische Verfolgungsgründe bezeichnet wurden, schließt jedoch nicht aus, daß Verfolgung aufgrund der beiden erstgenannten Kategorien meist auch frauenverachtende Komponenten enthält. In einer patriarchalischen Gesellschaft stellen Frauen, die eigene politische Ideen und Aktivitäten entwickeln, eine ernstzunehmende Gefahr für männliche Privilegien dar. Die in aller Regel sexuellen Mißhandlungen inhaftierter weiblicher Angehöriger einer verfolgten ethnischen Gruppe bedeuten nicht nur die Zerstörung der Persönlichkeit der Frauen, sondern stellen einen Angriff auf das Selbstwertgefühl der ganzen Gruppe dar.

Werden Frauen in patriarchalischen Gesellschaften inhaftiert und gefoltert, so bedeutet das meist sexuelle Folter. Zu erklären ist das vor dem Hintergrund des männlichen Ehr- und Identitätsbegriffs, der sich in christlichen, islamischen und hinduistischen Gesellschaften gleichermaßen über die Keuschheit der Frauen definiert. So ist die Frau nicht Ziel, sondern Mittel eines Angriffs auf die Identität des Gegners. Gleichzeitig wird den Opfern durch die eigene Gesellschaft die Schuld an den erlittenen Mißhandlungen und dem damit verbundenen Verlust der Ehre zugewiesen. Im Extremfall beinhaltet diese Schuldzuweisung die Erwartung, Selbstmord zu begehen - so bei hinduisti-

gesetzt als Männer. So ist es nicht erstaunlich, daß die Mehrzahl der Frauen über die Lager in Nachbarländern nicht hinausgelangt. Diejenigen, die den Sprung nach Europa oder Nordamerika schaffen, sind zwei unterschiedlichen Gruppen zuzuordnen:

- Frauen, die aufgrund politischer Aktivitäten ihrer Männer bedroht sind und von diesen auf die Flucht mitgenommen werden.
- Frauen, die selbst politisch aktiv waren, Erfahrung im Erledigen von Formalitäten besitzen, gewohnt sind, in der Öffentlichkeit aufzutreten und möglicherweise eine europäische Sprache sprechen.

Diese Voraussetzungen haben natürlich Auswirkungen auf die Chancen, von den bundesdeutschen Behörden als Asylberechtigte anerkannt zu werden. Die Benachteiligung wird von zwei Faktoren bestimmt:

- die ihnen von der Herkunftsgesellschaft auferlegte Unterordnung unter Männer und Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit auf den häuslichen Bereich;
- die bundesdeutsche Asylgesetzgebung und die darin enthaltenen sozialen Folgerechte.

Diese Faktoren greifen ineinander, ergänzen sich und potenzieren sich gewissermaßen zu Ungunsten der Frauen.

### Benachteiligung in der Asylrechtsprechung

Frauen werden bei der Aufnahme des Asylantrages oft als Anhängsel des Ehemannes behandelt, eigenständige Asylgründe werden gar nicht erst in Betracht gezogen. Stellt eine Frau einen eigenen Asylantrag, wird ihre Aussage meist von männlichen Beamten in Anwesenheit eines männlichen Angehörigen durchgeführt. Sozialarbeiterinnen berichten, daß an die Flüchtlingsfrau gerichtete Fragen

vom Ehemann beantwortet werden, während es ihr überlassen bleibt, zustimmend zu nicken. Erfüllt der Ehemann die Funktion des Übersetzers, ist zu befürchten, daß der von ihr geschilderte Sachverhalt nicht korrekt und vollständig wiedergegeben wird, wenn er damit eine Beeinträchtigung seiner männlichen Ehre vermeiden kann. Die ihr anerzogene Unterwürfigkeit verbietet, ihm zu widersprechen oder ihn zu korrigieren. Ebenso wird erlittene sexuelle Folter meist verschwiegen aus Angst vor Sanktionen durch die eigene ethnische Enklave, auf die Frauen im Exil in noch stärkerem Maße angewiesen sind als in der vertrauten heimischen Umgebung.

Frauen, die aufgrund eigener politischer Tätigkeit verfolgt werden, werden häufig von unseren Behörden nicht ernstgenommen und als Mitläuferinnen eingestuft, denen keine ernsthafte Gefahr drohen kann. Das Frauenbild in den Köpfen bundesdeutscher Beamter unterscheidet sich nicht unbedingt von dem der Männer in den Herkunftsländern der Flüchtlingsfrauen. So werden asylrelevante Verfolgungsgründe häufig nicht zur Kenntnis genommen oder kommen gar nicht erst zur Sprache.

Frauen, die wegen Übertretung frauenspezifischer Normen verfolgt sind, wird nach dem geltenden Asylrecht keine Asylberechtigung zuerkannt, denn meistens gehen solche Verfolgungsmaßnahmen nicht vom Staat aus - was die Asylrelevanz ausmacht -, sondern von männlichen Angehörigen. Handelt es sich um Verfolgung durch staatliche Stellen, ist sie wie z.B. im Iran auf strafrechtliche Regelungen gestützt, und unsere Behörden erheben den Anspruch, sich nicht über unser Asylrecht in strafrechtliche Angelegenheiten eines fremden Staates einzumischen. Daß solches Strafrecht gegen internationale Menschenrechtsabkommen wie die Allgemeine Erklärung der Men-

schenrechte verstößt, interessiert dabei nicht.

Die Ablehnung des Asylantrages einer Frau heißt nicht notwendigerweise Ausweisung ins Heimatland. Aus der Asylberechtigung des Ehemannes leitet sich ein Bleiberecht für die Frau und Kinder ab. Andere Frauen erhalten Bleiberecht aus humanitären Gründen. Das bedeutet im einen Fall jedoch verstärkte Abhängigkeit vom Mann, in beiden Fällen einen eingeschränkten und ungesicherten Rechtsstatus: für die Dauer des Aufenthaltes in der BRD wird keine Arbeitserlaubnis erteilt, und der Aufenthalt kann beendet werden, wenn die Ehe geschieden wird bzw. wenn sich die Situation im Herkunftsland nach Ansicht unserer Behörden bessert.

### Benachteiligung durch die sozialen Folgerechte

Die im Asylverfahrensgesetz enthaltenen sozialen Folgerechte verschärfen die Lage der Flüchtlingsfrauen zusätzlich.

Bei der **Verteilung und Unterbringung in Sammelunterkünften** haben Flüchtlinge kein Mitspracherecht. Für die Frauen bedeutet Unterbringung in einer Sammelunterkunft u.U. vollständige Isolation, da die Tatsache, daß fremde Männer im selben Haus leben und gemeinschaftliche Sanitäreinrichtungen und Küchen mitbenutzen müssen, ihnen verbietet, ihr Zimmer ohne Begleitung männlicher Angehöriger zu verlassen. Es kommt vor, daß für Frauen kein abgetrennter, abschließbarer Raum zur Verfügung steht und ihre Schlafstellen nur durch einen Vorhang abgetrennt sind. Dies kommt einem Ehrverlust gleich, dessen Konsequenz sie, obzwar nicht selbst verschuldet, gleichwohl selbst tragen müssen. In der geschlechtssegregierten Gesellschaft bietet die Frauengruppe und der häusliche Bereich, auf den sie beschränkt sind, einen Schutzraum und emotionale Wärme. Dieses Schutzraums sind sie im Exil

nicht nur beraubt; sie müssen u.U. Aufgaben übernehmen, die in ihrer Herkunftsgesellschaft Männersache waren, wie z.B. Behördengänge und Erledigung von Formalitäten. Da Asylsuchende wegen der **Beschränkung der Freizügigkeit** die Gemeinde, der sie zugewiesen sind, für die Dauer des Asylverfahrens nicht verlassen dürfen, ist ein Verwandtenbesuch in einer Nachbarstadt eine strafbare Handlung. Dies beschneidet wiederum in besonderem Maß die Frauen in ihrem Kontaktbedürfnis, da es Männern aufgrund ihres Rollenverständnisses viel eher möglich ist, in der neuen Umgebung Kontakte zu knüpfen, auch wenn keine Verwandten da sind. So werden **Sprachkurse**, die von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen oder Volkshochschulen angeboten werden, in erster Linie von asylsuchenden Männern besucht, da viele Frauen eben nicht ohne männliche Angehörige das Haus verlassen, nicht mit fremden Männern gemeinsam lernen können, für die Kinderbetreuung zuständig sind und oft nicht in ihrer Muttersprache alphabetisiert sind, was eine wichtige Voraussetzung für das Erlernen einer Fremdsprache ist. Anspruch auf mit öffentlichen Mitteln geförderte Sprachkurse besteht erst nach der Asylanerkennung.

Die **Vollverpflegung**, die in den Sammelunterkünften einiger Bundesländer üblich ist, zwingt Flüchtlinge entweder zu hungern oder religiöse Tabus bei der täglichen Nahrungsaufnahme zu mißachten. Für Frauen kommt hinzu, daß ihnen durch die Vollverpflegung der ihnen zugeordnete Aufgabenbereich der Nahrungszubereitung genommen ist und sich ihnen keine Alternative einer sinnvollen Beschäftigung bietet. Als Sozialhilfeempfängerinnen mit **Arbeitsverbot** für eine Dauer bis zu 5 Jahren sind sie unmittelbar und mittelbar betroffen. Für tamilische Frauen ist eine Erwerbs- und Berufstätigkeit nicht unüblich und böte ihnen im

Exilland eine Möglichkeit der Kontaktaufnahme zur sozialen Umwelt. Hier wird jedoch die Arbeitserlaubnis nur in den seltensten Fällen erteilt. Mittelbar betroffen sind Ehefrauen, wenn der Mann wegen der erzwungenen Erwerbslosigkeit sich seiner Funktion als Ernährer der Familie beraubt sieht und einen damit einhergehenden Verlust seiner Macht als Oberhaupt der Familie befürchtet. Versuche, die Kontrolle über die Familie zu erhalten oder wieder herzustellen, arten häufig in Ausübung körperlicher Gewalt gegen Frau und Kinder aus - ein Reaktionsmuster, das auch in unserem Kulturkreis nicht unbekannt ist.

### Unfreiwillige Emanzipationsprozesse

Bei längerer Aufenthaltsdauer im Exilland oder wenn sie ohne männliche Familienangehörige geflohen sind, erweitern sich zwangsläufig die Kompetenzen der Frauen. Sie müssen die Rolle des Familienoberhauptes übernehmen, was die Vertretung der Familie nach außen hin beinhaltet. Dies hat zur Folge, daß Ehemänner, die ihren Familien zu einem späteren Zeitpunkt ins Exil folgen (bei Eritreern nicht unüblich), auf die Hilfe ihrer Frauen bei Behördengängen, Vätern auf die Übersetzungsdienste sprachkundiger Töchter angewiesen sind. Entwickelt sich die Situation in einer Weise, daß sie den Männern nicht mehr überschaubar und kontrollierbar erscheint, reagieren sie u.U. mit neurotischem Einigeln im Familienkreis, um den Anschein einer intakten, d.h. patriarchalisch strukturierten Familie nach außen hin zu wahren. Gelegentlich werden heranwachsende Mädchen, die sich an die Gepflogenheiten gleichaltriger Geschlechtsgenossinnen im Aufnahmeland anpassen, vom Vater als Sündenbock abgestempelt und aus dem Familienverband ausgeschlossen. In solchen familiären Identitätskrisen wirkt sich erschwerend aus, daß die Großfami-

lie fehlt, die in der Heimat in solchen Situationen mit einer Art Schiedsrichterfunktion intervenieren würde.

So kann es geschehen, daß in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Emanzipationsprozesse von Befreiungsbewegungen gefördert werden - wie in Eritrea - während die Frauen im Exil in ihrer Rolle unter dem Assimilationsdruck unserer Gesellschaft einer Retraditionalisierung unterworfen werden.

### Forderungen

Aus obigen Ausführungen läßt sich ein Katalog von Forderungen zur Gleichstellung von Flüchtlingsfrauen mit Männern ableiten.

1. Frauenspezifische Verfolgung muß als politisch motiviert, dem Staat zurechenbar und als Verletzung unantastbarer Menschenrechte eingeordnet werden, da sie immer dem Macht- und Privilegienerhalt eines von Männern dominierten Staates dient. Frauenspezifische Verfolgung ist als asylrelevant zu werten, da sie als Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention betrachtet werden muß.
2. Um eine umfassende Darstellung aller asylrelevanten Gründe im Asylantrag zu gewährleisten, soll die Anhörung zum Asylbegehren nur von Beamtinnen und Dolmetscherinnen durchgeführt werden. Der Ehemann oder sonstige männliche Angehörige sollten bei der Anhörung nicht zugegen sein.
3. Politisch aktive Frauen müssen zur Kenntnis genommen werden. Ihre Teilhabe am Kampf gegen Unterdrückung darf nicht als unbedeutendes Mitläuferintimentum abgewertet werden.
4. Bei der Verteilung auf Sammelunterkünfte muß den sozio-kulturellen Hintergründen der Frauen Rechnung getragen werden, indem ethnisch-homoge-

ne Gruppen gebildet werden. Alleinstehenden Frauen muß die Unterkunft in Frauenwohngemeinschaften ermöglicht werden.

5. Es müssen Beratungs- und Kontaktstellen geschaffen werden, die ausschließlich Frauen ansprechen und möglichst nur Frauen zugänglich sind. Neben Beratungsangeboten müssen auch frauengerechte Bildungsangebote geschaffen werden. Dies würde z.B. Alphabetisierungskurse in den Muttersprachen und Kinderbetreuung beinhalten.
6. Die Erstellung von Statistiken über die Anzahl der Flüchtlingsfrauen, über die Altersstruktur, Bildungsvoraussetzungen, aufenthaltsrechtlichen Status und Herkunftsländer ist Voraussetzung für die Entwicklung adäquater Beratungs- und Bildungsangebote.

### Abschließende Bemerkungen

Obige Ausführungen erheben keineswegs den Anspruch einer vollständigen, detaillierten Darstellung der Situation politisch verfolgter Frauen im Exil. Sie be-

ziehen sich in erster Linie auf Frauen aus anderen Kulturbereichen als dem europäischen. Es sei betont, daß die getroffenen Aussagen keineswegs Allgemeingültigkeit besitzen, da innerhalb eines Landes zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Ackerbauern und Hirtenvölkern, Hoch- und Tieflandbewohnern oder Welch andere Faktoren auch immer von Bedeutung sind, erhebliche Unterschiede in Kultur, Religion, Wertorientierung und Moralkodex der Gesellschaft bestehen. Umso größere Unterschiede sind zwischen verschiedenen Ländern zu erwarten. Als Beispiel sei noch einmal die nicht unübliche Berufstätigkeit tamilischer Frauen erwähnt, während Frauen im Iran in der Öffentlichkeit nur noch tief verschleiert auftreten und nicht mit fremden Männern in Kontakt kommen dürfen. Gemeinsam ist ihnen die Benachteiligung durch ihre Herkunftsgesellschaft wegen ihres Geschlechtes, die durch die Bedingungen im Exilland BRD nur noch verschärft wird.

### Literatur zum Thema

- amnesty international, Frauen - Opfer politischer Verfolgung, Bonn 1987  
Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.), Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Berlin 1985  
Bernhard, Cheryl/Schlaffer Edith, Die Grenzen des Geschlechts - Anleitungen zum Sturz des Internationalen Patriarchats, Hamburg 1984  
Bundesgesetzblatt, Teil I, 14. Jan. 1987, Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher, arbeitslaubnisrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften vom 6. Jan. 1987  
Gebauer, Stefanie, Soziokulturelle Konflikte von Asylbewerberinnen in der Bundesrepublik Deutschland, ZDWF-Schriftenreihe Nr. 21, Bonn 1987  
Girardet, Edward, Girba: the new sites. Sudan. In: Refugees Nr. 18, Genf, Juni 1985  
Gottstein, Margit, Die rechtliche und soziale Situation von Flüchtlingsfrauen in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund frauenspezifischer Flucht- und Verfolgungssituationen, ZDWF-Schriftenreihe Nr. 18, Bonn 1986  
Longen, Maria, Asylantinnen in der Bundesrepublik. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit. Nr. 1/1985. S. 54-58  
Marx, Reinhard, Asylrecht. 2 Bände. 4. Auflage. Baden-Baden 1984  
Projektgruppe »Familien«, Tamilen in der Schweiz. Sozio-kulturelle Hintergründe - Flüchtlingsituation - Perspektiven. Eine Untersuchung des Seminars für Ethnologie der Universität Bern, 1984  
Wolf-Almanach de Carvalho Esteves, Rosi, Einiges über den Islam und über die Rolle der Frauen im Islam. Frankfurt 1983

Erhard Griese

## Zuflucht der Heimatlosen

Am Eingang zum Grundstück der Southside Presbyterian Church in Tucson, Arizona, steht eine Tafel mit einer spanischen Aufschrift:

ESTE ES EL  
SANTUARIO  
PARA LOS OPRIMIDOS  
DE CENTRO AMERICA

(Dies ist der Ort der Zuflucht für die Unterdrückten Zentralamerikas)

Hier im Süden Arizonas, nahe der mexikanischen Grenze, hat eine Bewegung begonnen, die nordamerikanische Kirchen- und Synagogengemeinden ergriffen hat und die in einem bemerkenswerten Sinn und Ausmaß zugleich ganz politisch und ganz geistlich ist. Das »SANCTUARY MOVEMENT« trägt zu einer Erneuerung des religiösen Lebens in den USA bei.

### Die Sanctuary-Bewegung

Der Süden des Bundesstaates, der noch bis 1912 nur »territory« war und die ausgedehntesten Indianer-Gebiete der USA umfaßt, gehörte selbst einmal zum spanischsprechenden Mexiko. Es gibt noch heute viele Bewohner mexikanischer Herkunft, die »chicanos«, und noch mehr legale und illegale Wanderarbeiter an der Südgrenze der Staaten. Aber das war nicht der Grund für die Tafel in Spanisch. Die presbyterianische Gemeinde besteht eher aus mittelständischen Yankees, die es in diese Gegend verschlagen hat oder deren Vorfahren mit den ersten Pionieren im vorigen Jahrhundert in das Indianerland im Südwesten der USA kamen.

Eine der unzähligen braven, immer sehr provinziellen Gemeinden, wie sie für

die Christenheit der USA typisch sind, war auch Southside Presbyterian. Ihr Pastor, John Fife, unterschied sich kaum von den vielen Predigern, die eigentlich recht unpolitisch Sonntag und Alltag ihrer kleinen Gemeinde zu gestalten haben. Aber eines Tages, Ende der siebziger Jahre, wurde sie wach.

Um diese Zeit hatte sich die Lage in den kleinen Ländern Zentralamerikas zuzuspitzen begonnen. Nicaragua trieb den spontanen Aufständen entgegen, die in der sandinistischen Revolution 1979 ihr Ziel erreichen konnten: ein Land, das endlich souverän war gegenüber den mächtigen US-Konzernen, dem Weißen Haus und seinen Marionetten, vor allem frei von der Brutalität der Guardia Nacional. Für Nicaragua begannen »die Mühen der Ebene«, der lange, von den Contras und ihren Kapitalgebern attackierte »Prozeß der Revolution«.

Für die Nachbarstaaten Guatemala, Honduras und San Salvador wurde die Lage immer schlimmer. Sie wurden immer mehr zu Polizeistaaten, in denen oppositionelle Volksbewegungen blutig unterdrückt und verfolgt wurden. Tausende von Menschen machten sich als Flüchtlinge auf den Weg, wenn ihr Dorf zerstört oder entvölkert worden war.

Flüchten - wohin? Es gibt heute einige Tausend Salvadorianer im Nachbarstaat Nicaragua. Andere mögen nach Costa Rica oder Mexiko geflohen sein. In den Jahren 1980 - 1986 sind 500 000 Salvadorianer auf die Flucht gegangen (bei 40 000 Toten dieses kleinen Landes von etwa fünf Millionen Einwohnern). Eine große Zahl, Tausende bereits in den ersten Jah-

ren, aber zog in den Norden, durch Mexiko hindurch, und versuchte die Grenzen zu den Vereinigten Staaten zu überschreiten.

Hier läßt sich zuerst fragen: Warum? Wußten sie nicht, daß gerade die US-Regierung die Regierungstruppen unterstützt, denen sie ihr Elend verdanken? Warum die USA?

Die US-Staaten haben ein doppeltes Gesicht für das übrige Amerika - zu Recht. Reagan und seine Leute sind nicht das Ganze. Das Land ist groß und weit. Es hat viele neue Menschen aufgenommen, nicht nur aus Europa über den Atlantik, sondern auch Menschen aus Lateinamerika. Viele haben irgendwelche Verwandte oder Bekannte in den Estados Unidos. Es ist ein Land, das die Chance auf Leben verspricht, jedenfalls die Chance. Und es ist auch ein Land mit einer Tradition der Freiheit, deren Fackel den Müden, Verfolgten, Elenden, Heimatsuchenden leuchten soll.

Aber jeder US-Staat hat seine feste Quote für Einwanderer, die Staaten im Süden und Südwesten noch einmal genau festgelegt für Menschen aus Zentralamerika. Was über diese Quote hinausgeht, wird zurückgeschickt. Die Einwanderungsbehörden und ihre Polizeikräfte sind ohne Nachsicht. Sie tun ihre »Pflicht«.

Als zwölf Frauen und Kinder, umherirrende Flüchtlinge, in der Wüste nahe bei Phoenix, der Hauptstadt von Arizona, verdursteten, spüren John Fife und einige seiner Gemeindeglieder, daß es sie angeht. Das Sanctuary Movement beginnt.

#### Asyl: der heilige Ort als «Freistatt»

Einfache, durchschnittliche, mittelständische, bis dahin unpolitische Gemeindeglieder wachen auf. Sie machen einander zweierlei klar:

Erstens: Die USA sind selbst aktiv an

der Verschärfung der Lage in Zentralamerika beteiligt. Sie sind nicht unschuldig, wenn Tausende aus ihrer Heimat flüchten.

Zweitens: Die USA waren von Anfang an rettendes Ufer für Flüchtlinge, Verfolgte, Bedrohte, die kamen, um zu überleben. Ihre Kinder wurden sonst nirgends satt. Ihren Glauben konnten sie anderswo nicht frei leben.

Dazu kommt eine Erinnerung an die Jahre in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es waren christliche Gemeinden, die entlaufenen Sklaven durch ihr Verbindungsnetz die Chance gaben, sich in die Nordstaaten oder nach Kanada abzusetzen. Von der «underground railroad» dieser Zeit erzählen noch viele Lieder. War das legal gewesen? Nach den herrschenden Gesetzen natürlich nicht. Aber wer hätte nicht gewußt, das Gottes Gebot höher ist als Gesetze, die anderen Menschen die Menschenwürde vorenthielten? Waren nicht die Gründerstaaten der USA selbst aus einer Freiheitsbewegung hervorgegangen, die der britischen Krone als illegal erscheinen mußte?

Dann gab es in der Zeit des unseligen Vietnamkrieges einige wenige Gemeinden, die Kriegsdienstverweigerer aufnahmen und versteckten.

Vielleicht erinnerten sich einige auch an etwas, was auch in den Staaten nur wenige wissen: Auch für Juden, die dem Hitler-Regime entkamen, gab es nicht ohne weiteres Asyl in den USA. Es gab Juden, die auf ihren Schiffen vor Long Island lagen und dann zurückgeschickt wurden in ein ungewisses Schicksal. Noch einmal schuldig werden?

Und dann gab es einen Blick, der noch weiter zurückgeht. Wenn heute Sanctuary-Leute in Interviews oder bei der Vernehmung gefragt werden, wie lange diese Bewegung schon existiert, so antworten sie nicht selten zur Verblüffung ihres Gegenübers: „Seit etwa 3 000 Jahren.“

A-sylos: das ist griechisch der Ort, an dem jeder frei ist, wörtlich: wo «kein Raub» (eines Menschen durch einen anderen) geschehen darf. Asyl, lat. sanctuarium, ist das Heiligtum, der heilige Ort, der Tempelbezirk, der «Freistatt», Ort der Zuflucht und des Schutzes ist. Ein Bruch dieses Asylrechtes ist ein unerhörter Frevel. So hielten es Athen und Rom und alle Kulturen des Altertums. (Vom Asyl in der Bibel wird noch die Rede sein.) Das Mittelalter kannte das Asylrecht in Kathedralen und Klöstern. Der «Mord im Dom» von Thomas Beckett ist ein so einschneidender Skandal, weil er an einem Menschen geschieht, der an den Stufen des Altars kniet.

Das Asylrecht in Kirchen ist heute kein offiziell geltendes Recht. Aber daß Bischof Oscar Romero in El Salvador niedergeschossen wurde, als er vor dem Altar stand, erschreckt noch über die Untat des Mordes hinaus. Wenn eine Asylbewerberfamilie in einer Kirche festgenommen wird, um abgeschoben zu werden, so trifft das besondere Gefühle in der Öffentlichkeit. Ein Hauch des alten, religiösen Asylrechts ist geblieben.

Als in den USA die Bundespolizei Geheimagenten in Kirchengemeinden, Gottesdienste, Bibelkreise, Gemeindeversammlungen und Kirchenvorstände einschleuste, um Material gegen Sanctuary-Mitarbeiter zu sammeln, hat das auch Amerikaner erregt, die sonst konservativ und staatsreu denken. „Es gibt zwei Dinge, die an Wert gewinnen, wenn man auf sie tritt: Perserteppiche und - die Kirche.“ Die Unterstützung für «sanctuary» weitete sich aus.

Heute gehören über 350 Kirchen- und Synagogengemeinden dazu. Daneben haben sich 22 Städte (darunter New York, Los Angeles, San Francisco, Cleveland, Seattle) und 2 Staaten (New York und New Mexico) angeschlossen.

Die Ökumene von Juden und Christen

ist ein besonders erfreuliches Zeichen der Bewegung. Das erste überregionale Treffen hatte in einer Synagoge stattgefunden. Christliche und jüdische Gemeinden arbeiten in den Komitees eng zusammen.

Sanctuary arbeitet in drei Schritten von Bewußtmachung und praktischen Maßnahmen:

1. Es geht um konkrete Hilfe für Menschen, die als Flüchtlinge in US-Staaten ankommen: Essen, Kleidung, Wohnung, Hilfe bei Behörden und gegebenenfalls Verstecken.

2. Protest gegen die enge Auslegung und Anwendung der Einwanderungsgesetze.

3. Der eigentlich politische Schritt: öffentlicher Einsatz gegen die US-Intervention in Zentralamerika («HANDS OFF FROM CENTRAL AMERICA»).

Anklagen und Gerichtsverhandlungen gegen die Sanctuary-Leute, Pastoren, Priester, Rabbiner, Ordensschwwestern, Sozialarbeiter/innen, Kirchenvorsteher, Gemeindeglieder, ließen nicht auf sich warten. Die Tendenz in den Urteilen geht in die Richtung: niedrige Haftstrafen mit Bewährung, aber hohe Auflagen bzw. Strafandrohungen, sich nicht mehr entsprechend zu betätigen. Man versucht, Aufsehen zu vermeiden, Kirchen- und Synagogenvertreter nicht zu Kriminellen abzustempeln, aber doch die Sache wieder in den Griff zu bekommen.

Kirchenleitungen bzw. Synoden der Lutheraner, Presbyter, Methodisten und United Protestants sowie katholische Bischöfe haben sich auf die Seite von Sanctuary-Leuten gestellt, denen größere Freiheitsstrafen drohten. Es fällt auf, daß es sich dabei um diejenigen Kirchen handelt, die eher traditionell als »schnellwachsend«, eher »liberal« als »evangelical« oder gar fundamentalistisch sind und die so oft hinter dem Glanz und Glamour der großen Erweckungsprediger, Pfingstbewegungen und »Electronis Churches« zurücktreten müssen.

Wie bei allen politisch brisanten Ereignissen und Problemen der USA ist eine Gruppe dabei, die sich weiterhin auch als »evangelical« bezeichnen läßt: die »Sojourners« aus Washington, D.C. (Jim Wallis, einer ihrer Leiter, war mehrfach in Deutschland, z.B. zu Kirchentagen.)

Die Sanctuary-Bewegung erfaßt gegenwärtig mindestens eine Million Mitwirkende. Sie ist die ökumenische Basisbewegung für Flüchtlinge in den USA geworden - die größte Bewegung ihrer Art, die es je gab.

Jon Sobrino, Jesuitenpater aus El Salvador, rief auf der Konferenz der Sanctuary-Bewegung im Herbst 1986 aus: „Die Völker El Salvadors und Guatemalas bitten Euch: Gebt jetzt nicht auf und laßt Euch nicht entmutigen.“

## Die Bibel - ein Buch »von Flüchtlingen für Flüchtlinge

Sanctuary ist vor allem und zutiefst von Beginn an eine geistliche Bewegung gewesen und geblieben. „Die Flüchtlinge haben uns zu einer biblischen Reformation angeregt“, sagen die Betroffenen. In der Begegnung mit den Menschen, die auf der Flucht sind, ist ihnen aufgegangen, daß die Bibel »ein Buch von Flüchtlingen für Flüchtlinge geschrieben« ist. Auf einmal scheint fast jede Seite der Bibel von diesem uralten Problem der Menschen zu sprechen, und jede Frage des christlichen Glaubens bekommt neues Licht von der Wirklichkeit her, die hier auf einmal wie mit Händen zu greifen ist.

Da sind Adam und Eva, hinausgestoßen in die Welt, ohne Zurück in den Garten Eden. „Unstet und flüchtig“ ist Kain, der den Keniterstamm darstellt, der ohne feste Bleibe leben muß, aber Gottes Zeichen der Bewahrung trägt, daß ihn nicht die Seßhaften in ihrer Arroganz erschlagen.

Da ist Abraham, der Wanderer unter den unzähligen Sternen des Himmels, ein Fremder, als ihm Hebron freundlich ein Grab für seine Sippe anbietet. Jakob flüchtet sich vor seinem Bruder Esau in die Wüste. Josephs Brüder kommen als die ersten Wirtschaftsflüchtlinge der Geschichte ins reiche Ägypten. Mose flieht wieder von dort in die Wüste, als er eines Totschlags schuldig wird. Und Israel wandert länger als eine Generation, bis es das verheißene Land betritt. Jahrhunderte später dann der Zug aus dem erzwungenen Exil in Babylon zurück ins Land der Väter: Kinder und alte Leute, ein paar Greise, die als kleine Kinder die Verschleppung an die Ufer von Euphrat und Tigris miterlebt haben.

„Nähme ich Flügel der Morgenröte und bliebe zuäußerst am Meer“, sinnt der Psalmist nach und fügt aus der endlosen Erfahrung seines Volkes hinzu: „so würde auch dort deine Hand mich führen und deine Rechte mich leiten.“ (Ps. 139,9-10)

Das israelitische Asylrecht gilt zuerst im ganzen Land: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Land, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei Euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst“ (3. Mose 19,33-34). Das »Heiligkeitsgesetz« fügt hinzu: „Denn auch ihr seid Fremdlinge gewesen in Ägypten, und ich bin Jahwe, euer Gott.“

Die Erfahrung des Volkes und der Gott der Befreiung liefern die Begründung. Ebenso schon 2. Mose 23,9: „Ihr wißt doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr seid selbst Fremde gewesen in Ägypten.“

Im Deuteronomium (5. Mose 19) wird Israel die Anlage von drei (bei weiterer Ausdehnung von weiteren drei) »Freistätten« befohlen, die dem Totschläger (im Unterschied zum Mörder) Zuflucht vor Bluträchern bieten sollen, „damit nicht unschuldiges Blut in deinem Lande ver-

gossen werde.“

Schon vor Salomos Tempelbau sind die „Hörner des Altars“ der Zufluchtsort „zum Anfassen“ für den, der um sein Leben fürchten muß (1.Kön. 1,50).

Schon in der Bibel ist es aber ebenso wie in der Sanctuary-Bewegung heute weniger das Sanctuarium als Ort als vielmehr das Gewissen des Gerechten und die Gemeinschaft des Gottesvolkes, die angesprochen werden, dem Heimatlosen zur Zuflucht zu verhelfen. So redet der Prophet das Volk an:

„Gib Rat, schaffe Recht,  
mache deinen Schatten des Mittags  
wie die Nacht!  
Verbirg die Verjagten  
und verrate die Flüchtigen nicht!  
Laß Moabs Verjagte bei dir Herberge  
finden,  
und sei für Moab eine Zuflucht vor  
dem Verwüster!“ (Jes. 16,3-4)

Man kann sich vorstellen, wie die Entdeckung solcher Weisungen auf die bibellesende Gemeinde wirkt und sie zum Handeln ermutigt. „Wer sein Ohr verschließt vor dem Schreien der Armen, der wird auch nicht erhört, wenn er selber schreit“ (Spr. 21,13). „Tue deinen Mund auf für die Stummen, schaffe Recht den Verlassenen; tue deinen Mund auf zum Wort der Gerechtigkeit, und schaffe Recht den Armen und Elenden“ (Spr. 31,8-9). Da ist die ganze Skala der Sanctuary-Praxis zu finden.

Und dann in den Evangelien der neugeborene Jesus, mit dem Joseph und Maria nach Ägypten fliehen (Mt. 2,13 ff.): eine Flüchtlingsfamilie im fremden Land. Nach Matthäus ist dann Galiläa, Nazareth, Asyl und Zuflucht für die jüdische Familie, die den Herodessohn als einheimischen Herrscher fürchten muß wie ehemals den Vater (Mt. 2,22). Eine Szene, in der sich Tausende von Flüchtlingen aus Zentralamerika wiedererkennen.

„Der Menschensohn hat nichts, wo er sein Haupt hinlege“ (Mt. 8,20 = Lk. 9,58). „Ich bin ein Fremdling gewesen“, sagt Jesus in der Endgerichtsrede bei Matthäus. „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ (Mt. 25,35.40.43)

„Wer ist denn mein Nächster?“ fragt der Schriftgelehrte (Lk. 10,29), und Jesus antwortet mit der Gleichniserzählung, in der der Fragende sich selbst als der Entdeckte, der auf die Hilfe des Fremden angewiesen ist, der für ihn Herberge besorgt, ihn auf seinem Esel dorthin bringt und die Unterkunft bezahlt.

„Jahwe behütet Fremde und Flüchtlinge“ (Ps. 146,9). Darum weiß sein Volk aus Juden und Christen: Es tut seinen Willen, wenn es in der Sanctuary-Bewegung formal Gesetze übertritt und sich für Flüchtlinge einsetzt.

Darum ist diese Bewegung zugleich eine geistliche Erneuerungsbewegung für verbürgerlichte Gemeinden geworden. Die Treffen haben den Charakter von ökumenischen Gottesdiensten. Flüchtlinge werden in der Kirche oder Synagoge mit einer Zeremonie, in der sich die Gemeinde feierlich verpflichtet, unter Gebet und Segen in die Obhut und Geschwisterschaft aufgenommen. (Manchmal mit ausdrücklicher Begrüßung der anwesenden Geheimagenten.)

Die Mitarbeit bei Sanctuary hat bei allen, die sich engagiert haben, zu einer Vertiefung und Vergewisserung ihres Glaubens geführt. Es ist das sonst so seltene Erlebnis der Koinzidenz von Glauben und Praxis, ja realer geschichtlicher Erfahrung, das zu dieser Erneuerung führt: eine politische Protestbewegung, die von konkretem Erleben und praktischem Tun ausgeht und inspiriert wird von der ursprünglichen, authentischen biblischen Religion, die verwurzelt ist und bleibt im gottesdienstlichen Leben jüdischer und christlicher Gemeinden, ein

Zeichen der Hoffnung für Mühselige und Beladene, für Verstoßene und Bedrohte, für die Armen und Elenden der Erde.

Darum ist in dieser Bewegung so oft vom Geist Gottes die Rede. Ein Lied, dessen Text und Melodie von Jim Manley aus dem Jahre 1978 stammen, ist zum Hymnus der Sanctuary-Treffen geworden:

SPIRIT, SPIRIT OF GENTLENESS,  
blow through the wilderness  
calling and free,  
Spirit, spirit of restlessness,  
stir me from placidness,  
wind, wind on the sea.

Die Liedstrophen rufen den Geist Gottes an, der ein Geist der Freundlichkeit und des rastlosen Wirkens ist: den Geist, der über der Urflut wehte und brütete, der Berge und Täler schuf und alles ins Leben rief in den Äonen der Zeit, daß er erwache vom Schlaf und sich auf seinen Schwingen neu erhebe. Wie in den Psalmen greifen Schöpfungswerk und geschichtliches Handeln ineinander. Derselbe Geist, der den Sand durch die Wüste treibt, trieb Israel aus der Knechtschaft zu Freiheit, Gesetz und verheißenem Land. Und wenn ihre Augen trübe wurden von ihren Götzenbildern und frommen Lügen, dann sprach dieser Geist durch den Mund der Propheten, und ihre Augen sahen wieder klar. Im Stall von Bethlehem erklang sein Lied, und sein Schrei zerriß von einem Hügel bei Jerusalem herab den sinkenden Tag. Auch in der Stille ist sein Flüstern zu hören. „Und noch einmal hast du dein Volk gerufen, unten in der Stadt, als alle versammelt waren, wie mit Feuerzungen und der Gewalt des Sturmwindes. Aus der Zukunft dringt dein Ruf zu uns. Die alten Schemen zerbrichst du. Gefangene träumen sich in deinen Träumen frei von Knechtschaft und Hörigkeit. Frauen haben Visionen und Männer Erkenntnis. Dein Volk ist auferstanden

vom Schlafe des Todes und wagt neue, kühne Entscheidungen.“

### Und Europa ?

An Europa werden die Probleme nicht vorübergehen, die zur Sanctuary-Bewegung in Nordamerika geführt haben. Wir hören genug von Fremdenhaß und neuem Nationalismus in diesem unserem Land.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich im November 1984 in Lübeck (wie schon 1980 in Osnabrück) dafür ausgesprochen, „daß das im Grundgesetz festgelegte Recht auf politisches Asyl nicht eingeschränkt oder ausgehöhlt wird“. Sie setzt sich dafür ein, daß das Arbeitsverbot wenigstens nach einem Jahr Aufenthalt aufgehoben und die Unterbringung im Sammellager auf maximal drei Monate beschränkt wird, und stellt abschließend fest: „Auch am Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen zeigt sich, was uns Menschlichkeit und Menschenwürde in unserem Staat bedeuten.“ Ökumenische Asylgruppen engagieren sich und haben sich in PRO ASYL zu koordinieren begonnen.

Aber das alles erscheint im Augenblick doch als eine schwache Stimme neben dem vielstimmigen Konzert des »Ausländer raus« und »Keine Asylanten rein«. Es ist zu fragen, ob in Mitteleuropa ein derartig spontaner, praktisch tätiger und geistlich begründeter Ruck durch die Gemeinden ginge wie in den Vereinigten Staaten. Vielleicht ist unsere institutionalisierte Volkskirche zu schwerfällig, sind die Gemeinden zu groß, lähmen sich die verschiedenen Richtungen gegenseitig, statt in überschaubaren Gemeinden je ihren Weg zu finden.

Aber die ersten Zeichen gibt es. In der Schweiz hatte 1973 eine Freiplatz-Aktion für chilenische Flüchtlinge begonnen. In acht Monaten erklärten sich 3 000 Stellen (Kirchengemeinden, politische Gemein-

### du hast nicht

du hast nicht  
das recht  
hier zu bleiben  
in der stadt  
du bist nicht  
einer von uns  
sagten sie zu  
eulenspiegel

du hast keinen eigenen  
grund und boden  
kein eigentum  
wie wir  
du hast nichts  
du besitzt nichts  
du bist nicht  
einer von uns

eulenspiegel fragte  
den mann  
auf dem acker  
vor der stadt  
gib mir  
eine karre voll  
erde

er setzte sich  
auf die karre  
voller erde  
ackererde  
von draußen  
und sagte  
hier  
habe ich  
eigenen boden  
unter mir

sie sagten  
du narr

E.G.

den, Familien, Einzelne) bereit, je einen Chilenen bzw. eine Familie aufzunehmen. Als 1985 in Zürich-Seebach 52 Chile-Flüchtlinge in einen Hungerstreik traten, weil ihnen Ausweisung drohte, stellten sich katholische und evangelische Gemeinden an ihre Seite. In Bern hat das Arztehepaar Zuber vor zwei Jahren die »Aktion für abgewiesene Asylsuchende« gegründet. Ende Januar 1987 wurden Peter und Heidi Zuber zu zwei bzw. einem Monat Gefängnis verurteilt. Sie hatten Asylsuchende vor der Fremdenpolizei versteckt, die sie abzuschieben drohte. Inzwischen haben sich 1 000 Familien dieser Aktion angeschlossen und zur Mitarbeit bereit erklärt. Flüchtlinge aus Sri Lanka, Kurdistan und Zaire haben so Aufnahme gefunden. Viele Schweizer wollen nicht, daß ihr Land noch einmal wie in der Nazizeit - seine Grenzen für Asylsuchende verschlossen hält. Eine »Ökumenische Basisbewegung für Flüchtlinge« ist entstanden, zu der vor allem reformierte Gemeinden gehören. Sie haben im Oktober 1986 für 30 Tamielen, die abgeschoben werden sollen, die »Patenschaft« übernommen. Die Präsidentin der Synode von Bern sagte: „Ich erkenne die Verfassung an und achte die Gesetze, aber nur, solange sie menschlich sind.“

Ein paar Beispiele gibt es bereits aus der Bundesrepublik.

**Hamburg**, 15. November 1984. In der evangelisch-lutherischen St. Stefanus-Kirche haben die Philippinin Susan Alviola und ihre beiden Kinder (13 und 14 Jahre alt) auf das Angebot des Kirchenvorstandes hin Zuflucht gefunden. Sie sollen abgeschoben werden. Auf Anordnung des Innensensors Lange (SPD) dringen Polizeibeamte in die Kirche ein, zerren die Flüchtlinge heraus, um sie per Flugzeug abzuschieben. Bischof Krusche und die Kirchenleitung waren dagegen gewesen, ebenso, wie spätere Interviews bestä-

tigen, die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung. Eine Kreissynode protestiert: „Die Kirche hat mit allen ihren Möglichkeiten den Schwachen zu schützen. Bisher hat der Staat diesen Auftrag Jesu und das entsprechende Tun der Kirche respektiert und nimmt diese Fürsorge der Kirche auch gern in Anspruch, wo es ihm nützt...“ (Nach Luth. Monatshefte 2/1985, S.89). Hinterher versprochen die Behörden künftig vorsichtigeres Vorgehen. Was das jeweils heißen mag, wird von der lokalen Situation abhängig sein.

Der evangelische Gemeindebezirk **Ratingen-West** (bei Düsseldorf) hat schon einmal erfolgreich das Abschieben einer Familie verhindert. Die Eltern, aus zwei verschiedenen schwarzafrikanischen Ländern stammend, hatten sich hier kennengelernt und seit Jahren in Deutschland gelebt und gearbeitet.

Im Dezember 1986 kam Pfarrer Günter Meinhard wieder in die Schlagzeilen: „Pfarrer entzog Tamilen dem Behördenzugriff“ (Rheinische Post vom 10.12.86). Pfarrer Meinhard ist dabei nur Gallionsfigur; als solche stellt er sich aber gern zur Verfügung und den Behörden in den Weg. In einer rheinischen evangelischen Gemeinde befinden die Presbyter, was zu tun ist. Der Asylarbeitskreis der Gemeinde hat 300 Unterschriften von Ortsansässigen gesammelt, vor allem von Ärzten, medizinischem Pflegepersonal, Sozialarbeitern, um auf den besonderen Fall aufmerksam zu machen. Die aus Sri Lanka geflüchtete Familie hatte in Norddeutschland unzureichende Bedingungen besonders für die beiden Kinder (4 und 2 Jahre) vorgefunden. Offensichtlich war an eine angemessene medizinische Versorgung der schwerkranken Vierjährigen (Minderwuchs und Epilepsie) nicht zu denken gewesen. In einer Art Panik machte sich die Familie deshalb in Richtung Frankreich zu Verwandten auf. Sie blieb aber, in Duisburg von Landsleuten

vor der harten französischen Abschiebepolitik gewarnt, im Rheinland hängen und stellte hier einen weiteren Asylantrag (was nicht statthaft ist). Endlich aber konnte die kranke Tochter fachärztlich behandelt werden. Da drohte das Eingreifen der Behörden.

In welchen Fällen sollen Flüchtlinge tatsächlich versteckt werden wie in Ratingen? Auch wenn »nur« Verbringung in ein anderes Bundesland droht? Die Fragen werden kommen. Berufung auf ein religiös motiviertes Asylrecht etwa im Sinne eines Gewohnheitsrechtes - oder Beanspruchung eines göttlichen Rechts über allen Paragraphen, die »legalisierte Illegalität« also? Vielleicht ist das eine wie das andere nicht ständig strapazierbar. Bisher lebten die Aktionen immer auch von der Öffentlichkeit, die hergestellt werden konnte, und von der Seltenheit des Ereignisses. Was wird, wenn die Medien schweigen? In Berlin sollen 1 500 Flüchtlinge zur Abschiebung anstehen. Was werden Kirchen und Gemeinden, was werden Christen tun?

# HUNGER WIRD GEMACHT

Ein Anspiel zum Thema:

## Diebstahl durch Handel

**Pers.:** weißer Firmenvertreter, schwarzer Regierungsvertreter

**Alter:** ab 13 Jahren

**Zeit:** ca. 7 Minuten

**Anlaß:** Thema Dritte Welt, neue Weltwirtschaftsordnung

**Requisiten:** 1 großer und 10 kleine Geldsäcke, Negermaske, 2 Spielzeugbagger, alte Kiste

**Schw.:** Ich bin der Vertreter einer schwarzafrikanischen Regierung. In meinem Land wird Eisenerz abgebaut. Durch den Verkauf des Erzes wollen wir das Geld verdienen, das wir zur Entwicklung unseres Landes brauchen.

(Weist auf die alte Kiste. Nimmt die Maske vors Gesicht)

**W.:** (tritt auf, zum Publikum)

Ich bin der Vertreter einer europäischen Regierung. Wir stellen Maschinen für den Bergbau her. Ich soll hier eine Maschine verkaufen und dafür Eisenerz einkaufen. (Geht zum Schwarzen)

**W.:** Ich habe hier eine erstklassige Maschine. Mit ihr können Sie die Eisenerzproduktion gewaltig ausdehnen.

**Schw.:** Wieviel soll sie kosten?

**W.:** 100 Mark!

**Schw.:** Was? 100 Mark???

**W.:** Ja, die Löhne sind bei uns sehr hoch!

**Schw.:** Und . . . wieviel geben Sie mir für diese Rohstoffe hier?

**W.:** Für alles zusammen - ja - hundertfünfzig Mark!

**Schw.:** Nur 150 Mark? Wir brauchen 10 Arbeiter, um dieses Eisenerz zu gewinnen. Die haben schwer gearbeitet. Womit sollen wir die bezahlen?

**W.:** Tut mir leid. Mehr kann ich nicht geben. Wo kommen wir hin, wenn die Rohstoffe noch teurer werden? Dann gibt es wieder Preissteigerungen. Das geht auf unsere und Ihre Kosten. Nein, nein. 150 Mark und nicht mehr!

**Schw.:** Das ist Erpressung. Aber . . . was soll ich machen? Also gut: 150 Mark für meine Rohstoffe und 100 Mark für Ihre Maschine.

**W.:** (gibt dem Schwarzen den Bagger)  
Hier haben Sie die Maschine und noch 50  
Mark dazu.  
(Nimmt die Kiste und geht)

**Schw.:** (öffnet den Geldsack, zum Publi-  
kum)  
So, jetzt habe ich 50 Mark für 10 Arbeiter.  
(Nimmt einige kleine Säcke heraus, hält  
einen hoch)  
Genau 5 Mark für jeden. (Pause)  
Hoffentlich habe ich richtig entschieden.  
Nun habe ich für unser Eisenerz zwar eine  
Maschine bekommen. Aber das Geld  
reicht nur, damit ich den Arbeitern einen  
Hungerlohn zahlen kann. Für die  
Entwicklung des Landes bleibt vorerst  
nichts übrig. (Geht ab)

**Schw.:** (tritt wieder auf, zum Publikum)  
Mit der neuen Maschine konnten wir viel  
mehr Rohstoffe abbauen. Nun werden  
wir endlich soviel verkaufen können, daß  
Geld für die Entwicklung unseres Landes  
in die Kassen kommt.

**W.:** (kommt wieder mit einem neuen  
Bagger in der Hand, zum Schwarzen)  
Guten Tag!

**Schw.:** Guten Tag. Ihre Maschine ist pri-  
ma. Mit ihrer Hilfe habe ich die doppelte  
Menge Rohstoffe produziert. Hier kön-  
nen Sie sie haben. Geben Sie mir 300  
Mark dafür.

**W.:** Tut mir leid. Aber ich kann Ihnen nur  
200 Mark für Ihr Eisenerz geben. Der  
Weltmarkt ist übersättigt. Schließlich set-  
zen auch andere Länder Maschinen ein.  
Und Sie wissen ja: Angebot und Nachfra-  
ge bestimmen den Preis.

**Schw.:** Aber wie soll ich dann jemals so-  
viel Geld verdienen, daß wir unser Land  
entwickeln können?

**W.:** Ihr müßt eben noch mehr produzie-  
ren. Ich habe hier eine Maschine, die ist  
noch viel besser als die vom letzten Jahr.

**Schw.:** Also gut, ich kaufe die Maschine.  
Hier sind 100 Mark. (Hält ihm ein Stück  
Papier hin)

**W.:** Nein, so billig geht das nicht. Die Ma-  
schine ist weiterentwickelt, und die Pro-  
duktionskosten sind gestiegen. Die Ma-  
schine kostet jetzt 150 Mark!

**Schw.:** Ja, aber das bedeutet doch: Wenn  
ich die Maschine bezahlt habe, dann blei-  
ben mir wieder nur 5 Mark für jeden Mi-  
nenarbeiter. Dabei sind doch auch bei  
uns die Lebenshaltungskosten gestiegen.  
Für die Entwicklung unseres Landes  
bleibt da wieder nichts übrig, obwohl wir  
die Produktion verdoppelt haben.

**W.:** Ihr habt eben auch zu viele Bergar-  
beiter in Eurem Land. Durch die neuen  
Maschinen werden Arbeitskräfte über-  
flüssig. Eure Lohnkosten sinken. Ihr  
könnt die verbleibenden Bergwerksarbei-  
ter besser bezahlen und Ihr erzielt echte  
Gewinne für Euer Land. (Geht ab)

**Schw.:** Wir haben diesen Rat befolgt. Im  
nächsten Jahr haben wir die Produktion  
nochmals verdoppelt. Wir hofften, durch  
den Verkauf eines größeren Teils der na-  
türlichen Reichtümer unseres Landes  
endlich genügend Geld für die Entwick-  
lung zu erhalten. Aber die Einnahmen  
stiegen nur wenig gegenüber den vergan-  
genen Jahren. Wir konnten die Berg-  
werksarbeiter etwas besser bezahlen.  
Aber die in unserem Land ohnehin schon  
große Zahl der Arbeitslosen stieg noch  
weiter an. Nun frage ich Sie: Wessen Ge-  
schäft habe ich eigentlich betrieben?  
aus: Materialheft 35 der Beratungsstelle für Gestal-  
tung, Eschersheimer Landstr. 565, 6000 Frankfurt  
50, Tel. 069/5302246

Erhard Griese

## Modernisierung oder Befreiung?

«Entwicklungshilfe/Dritte Welt/Solidaritätsarbeit»  
Eine Grundsatzbesinnung als Argumentationshilfe

Wenn wir an einem Projekt arbeiten wie an dem Solidaritätsprojekt Pädagogisches Institut »José Martí« in der Region VI in Nicaragua, dann muß es uns zuerst um unsere Theorie und Konzeption solcher Arbeit im Horizont von »Entwicklungshilfe«, »Dritte-Welt-Arbeit« usw. gehen, wie sie heute von Europa und Nordamerika aus in verschiedenen Formen und verschiedener politischer Tendenz betrieben wird. Diese Klärung der eigenen Basis hinsichtlich der Begründung und Arbeitsweise ist wesentlicher Teil der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit und kann ohne Kritik vorhandener Konzepte und ohne Distanzierung von vorhandenen Praktiken und Mentalitäten nicht ausreichend profiliert werden.

Darum werden im folgenden zwei ausgeprägte »Modelle« einander eindeutig gegenübergestellt. In der Realität mag es Übergänge oder Mischformen geben (die ebensowenig unkritisch hinzunehmen sind wie das Modell »Modernisierung« in reiner Form) - für unseren Ansatz und unsere Aufgaben schafft die eindeutige Polarisierung Durchblick und Motivation.

Ich nenne die beiden einander wider-  
sprechenden Grundmodelle das **Modernisierungsmodell** (»Mm«) und das **Befreiungsmodell** (»Bm«). Sie werden beschrieben in den Antworten auf fünf Schlüsselfragen:

- Definition von »Unterentwicklung«,
- Ursache der »Unterentwicklung«,
- Maßstab für »Unterentwicklung«,
- Konzeption von »Entwicklung«,
- Methode und Konsequenzen von »Entwicklung« im jeweiligen Sinne.

Die gemeinsamen Fragen und unterschiedlichen Antworten lassen sich etwa auf einem großen Plakatkarton noch übersichtlicher und aussagekräftiger **nebeneinander** darstellen. Das kann jeder selbst übertragen, auch in der sprachlichen Form, die dem jeweiligen Zuhörer-  
kreis entspricht. Hier müssen die Antworten jeweils nacheinander - so kurz und thesenhaft wie möglich - aufgezeigt werden.

### 1. Was ist »Unterentwicklung«?

Im Mm wird sie definiert als Zustand materieller Armut, im Bm als **Abhängigkeit infolge kolonialer Ausbeutung**.

### 2. Wodurch wird sie verursacht?

Im Mm wird im Prinzip geantwortet: durch eine Summe individueller Verhaltensfehler oder Methodendefizite, die manchmal sogar als von Natur vorgegeben gesehen werden (geringere Begabung der Völker und Rassen; wenig entwickeltes technisches oder kaufmännisches Denken; epochaler Entwicklungsrückstand).

Für das Bm ist Ursache die **»soziale Sünde« struktureller Ungerechtigkeit**, die von Mächten und Menschen in konkreten historischen Situationen und aus konkreten Interessen geschaffen wurde und aufrechterhalten wird.

In dem hinter der Fassade angeblich selbständiger Staaten versteckten Kolonialismus zeigt sich das ausbeuterische Gesicht des Kapitalismus (zwar zuerst verhüllt, dann aber) am deutlichsten. Lateinamerika ist das folgenschwerste Beispiel für diese Art von Kolonialismus.

### 3. Wie wird »Unterentwicklung« gemessen bzw. wahrgenommen?

Im Mm wird sie scheinbar »objektiv« festgestellt durch Berechnung des Brutto-sozialproduktes eines Landes: weniger als \$ 100 pro Kopf und Jahr bedeutet »Armut«.

Für das Bm stellt sie sich **mehrdimensional** dar, wobei die Dimensionen einander bedingen und beeinflussen:

- ökonomisch als **Ausbeutung**: »Billiglohn-Arbeit ist die Sklaverei des 20. Jahrhunderts«
- Export von Rohstoffen/Import von Fertigprodukten
- politisch als **Unterdrückung und Abhängigkeit** und damit als **Rechtlosig-**

keit des Volkes: »Somozismus«:

Komplizenschaft der Regierenden mit multinationalen Konzernen und Imperialismus

Der blutige, gekrümmte Rücken des Volkes war immer der Kampfplatz, auf dem sich die Kriege machthungriger Cliquen der Oligarchie austobten, die weit mehr ausländischen Finanzen und Waffen verpflichtet waren als dem eigenen, rechtlosen Volk.

- kulturell als **Entfremdung**:

Verweigerung von Bildungschancen, Verachtung der einheimischen Kultur, Identitätsverlust

### 4. Was bedeutet dann »Entwicklung«?

Für das Mm in erster Linie: Wachstum des Bruttosozialprodukts. Das kann erreicht werden

durch Investitionen,  
durch mehr Technologie,  
durch Modernisierung der Produktionsmittel (Mechanisierung der Landwirtschaft, aber auch Chemiedünger und chemikalische Schädlingsvertilgung).

In unserem Modell geht es um **Beseitigung der strukturellen Abhängigkeit**, d.h. um **BEFREIUNG**. Sie stellt sich dar

- ökonomisch in der **Befriedigung der Grundbedürfnisse aller**,
- politisch in der **Teilnahme aller Staatsbürger an den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen** (Demokratisierung),
- kulturell als **Identitätsfindung und Bewußtseinsbildung**:  
alfabetización, Entdeckung der eigenen Kultur, »nuestro pueblo es dueño de su historia«, Rückgewinnung der Menschenwürde.

### 5. Wie und mit welchen Folgen geschieht das?

- Das Mm ist bestimmt von
- der Stärkung von Produktionsschwer-

- punkten (Tendenz zu Monokulturen),
- Steigerung des Exports,
- möglichst völlige Integration in Welt-handel und Weltwirtschaft,
- Intensivierung der Marktwirtschaft und damit

- **Angleichung an die »erste Welt«**:

bedürfnisweckende Wirtschaft,  
Zusammenspiel von Werbung und Verkauf,  
Privateigentum an Produktionsmitteln,  
kapitalistische Expansion,  
Verdrängungswettbewerb.

Auch in der Begründung von Entwicklungshilfe steht das eigene Interesse an erster Stelle; dazu kommt das »Mitleid-Syndrom«.

Die Menschen und Völker der Entwicklungsländer sind **Objekte** einer von außen entschiedenen und gesteuerten »Entwicklung«.

Sie bleiben **fremdbestimmt** und gewinnen keine wirkliche Souveränität.

Die reichen Länder diktieren zudem die politischen Vorbedingungen für ihre »Wirtschaftshilfe«.

Das Bm dagegen unterstützt die Rückkehr zu bzw. den Aufbau von **bedarfsorientierter Subsistenzwirtschaft**:

Vorrang der Grundnahrungsmittel für den Eigenbedarf,  
keine Monokulturen im Interesse fremder Konzerne zu Lasten der Menschen des eigenen Volkes, Tendenz zu einer Art Autarkie.

Es versucht, die Abhängigkeit von Welthandel und Welt-Marktpreisen zu reduzieren.

Stattdessen geht es um den Ausbau der **Binnenhandelsstrukturen** im eigenen Land (die von den Kolonisatoren in der Regel bewußt vernachlässigt wurden) und den **Abbau des Stadt-Land-Gefälles**.

Der Export von Rohstoffen und Rohprodukten ist zu reduzieren, um den Teufelskreis »billige Rohstoffausfuhr -teuere Fertigwareneinfuhr« zu durchbrechen.

Stattdessen ist die **Verarbeitung der Rohstoffe und Rohprodukte im eigenen Land** anzustreben und zu fördern.

Genossenschaftliche, **kooperative Produktionsweisen** sind besonders da zu entwickeln und zu fördern, wo sie verbesserte Produktion und Zirkulation ermöglichen und Unabhängigkeit von Großunternehmern schaffen.

Beispielhaft kann das nicaraguanische Modell einer **»gemischten«** Wirtschaftsstruktur sein:

im Dienstleistungsbereich vorwiegend Privatinitiative (ohne größere Belegschaften von Lohnabhängigen),

in der Grundnahrungsmittelproduktion überschaubare **kleine Kooperativen**,

in der Produktion bestimmter Nahrungsmittel mit angeschlossener Konservierung und Verteilung der Ware (z.B. Fischerei) **große Kooperativen**,

im Bergbau z.B. vorwiegend **Staatsbetriebe**.

Das heißt: Statt Anpassung an die bedürfnisweckende Expansionsstruktur kapitalistischer Wirtschaft die Planung der **bedarfsorientierten Versorgung der eigenen Bevölkerung**.

Die Menschen und Völker der kolonialisierten Welt werden damit zu **Subjekten** ihrer Entwicklung.

Entwicklung heißt dann »Befreiung«.

Wir werden nicht mehr von »unterentwickelten« oder »Entwicklungsländern« sprechen, sondern (historisch) von **»kolonialisierten Ländern«**- oder noch besser:

Wir bezeichnen sie als Länder und **Völker im Prozeß der Befreiung**.

„Wenn ihr Gewissen sich nicht durch die materielle Bereicherung verhärtet hätte, hätten die Amerikaner nicht vergessen, daß ein Volk früher oder später, so schwach es auch sein mag, seine Freiheit erringen wird.“ (A.C. Sandino)

**Nicaragua ist für uns das eine und eindeutige Beispiel für das »Befreiungsmodell«**. Es fordert unsere **Solidarität als Christen und Sozialisten**.

## Multinationale Konzerne in der Kritik der Befreiungstheologie

Die Erfahrung zweier persönlicher Begegnungen sei an den Anfang gestellt: Im Herbst 1985 hatte ich Gelegenheit, an einem Gespräch mit Kardinal Arns (São Paulo) im kleinen Kreis teilzunehmen. Gegen Ende des Abends stellten wir dem Kardinal die Frage, was er von uns in der Bundesrepublik konkret an Solidarität erwarte. Seine Antwort war knapp: „Kontrolliert Eure multinationalen Konzerne!“ Am Pfingstsonntag 1987 empfing der ehemalige Erzbischof von Olinda/Recife, Dom Helder Camara, eine kleine Delegation der »Bundesarbeitsgemeinschaft Christen bei den Grünen«. Das Gespräch drehte sich vor allem um Fragen der ökonomischen Abhängigkeit. „Wir haben es heute nicht mehr mit dem Imperialismus einer Großmacht, etwa der USA oder der Sowjetunion, zu tun. Die Imperialmacht von heute ist das transnationale Kapital. Hinter den politischen und militärischen Entscheidungen der Supermächte steckt im wesentlichen diese Macht.“ (Aus dem Gedächtnis zitiert. Der genaue Wortlaut ist nachzulesen in: BAG Christen bei den Grünen, Presse-dienst, Nr. 5, Juni 1987).

Diese beiden Begegnungen mögen illustrieren, wie zentral die hier behandelte Fragestellung aus der Sicht der Betroffenen ist. In der entwicklungspolitischen Auseinandersetzung spielen die multinationalen Konzerne eine außerordentlich wichtige Rolle. Trotz des offensichtlichen Scheiterns von Industrialisierungsmodellen wie etwa der »Allianz für den Fortschritt« des US-Präsidenten Kennedy oder der »Entwicklungsdekaden« der

UNO gelten die multinationalen Konzerne vielfach immer noch (und gerade vor dem Hintergrund der Verschuldungskrise erneut) als Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung der sogenannten Schwellenländer. Die Kritiker dieser Sichtweise führen dagegen die unmittelbaren sozialen Auswirkungen (Arbeitsplatzsituation, Arbeitnehmerrechte, Lohnpolitik usw.) und volkswirtschaftliche Folgen des Engagements der Multis (z.B. als Mitverursacher der Außenverschuldung, Gewinntransfers usw.) ins Treffen.

Die Befreiungstheologie spitzt die Kritik an den Multis auf eine Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems insgesamt zu. Hier liegt die Brisanz ihrer Aussagen zu diesem Themenkomplex. Die multinationalen Konzerne kommen nicht so sehr als isoliertes Einzelproblem in den Blick, sondern immer im Bezugsrahmen einer Gesamtanalyse der internationalen Abhängigkeit. Die multinationalen Konzerne werden als die wesentlichen Träger der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Weltwirtschaft begriffen, die durch einen rasch voranschreitenden Konzentrations- und Internationalisierungsprozeß des Kapitals gekennzeichnet ist, demgegenüber politische Kontrollen auf nationaler Ebene wirkungslos bleiben müssen. Die Kritik an einzelnen »Verhaltensweisen« der multinationalen Konzerne ist also von vorneherein eingebettet in die Analyse ihrer Rolle innerhalb der weltweiten Kapitalakkumulation. Die wesentliche Herausforderung der Befreiungstheologie für uns besteht also in der Systemkritik.

Die zweite wesentliche Herausforderung vor allem für unsere europäische theologische Tradition durch die Befreiungstheologie ist eine im strengen Sinne theologische Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Sie kommt nicht bloß als ein Thema innerhalb der Sozialethik in den Blick, es wird vielmehr deutlich herausgearbeitet, daß mit der kapitalistischen Produktionsweise Gottes Gottsein selbst auf dem Spiel steht. Dies wird vor allem in einer theologischen Aufarbeitung der Fetischismusanalyse durchgeführt. Das theologische Modell der Befreiungstheologie überwindet die »Arbeitsteilung« zwischen Theologie und Ökonomie, und hinterfragt die behauptete Eigengesetzlichkeit der Ökonomie wissenschaftstheoretisch, theologisch und ideologiekritisch.

### Die multinationalen Konzerne in Medellín und Puebla

Die zweite und dritte Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín (1968) und Puebla (1979) sind kirchenoffizielle Grunddaten der Befreiungstheologie. Zentrale theologische Stichworte der Befreiungstheologie werden hier aufgegriffen und bestätigt. Für die Sozialanalyse ist bedeutsam, daß die Bischöfe konsequent den Terminus »Abhängigkeit« zur Kennzeichnung der lateinamerikanischen Realität benutzen. Damit erhält die Rezeption der Dependenztheorie eine kirchenamtliche Bestätigung. Die katholische Soziallehre wird hier in einem entscheidenden Punkt fortgeschrieben. Beide Schlußdokumente beginnen mit einer Beschreibung der sozialen Realität, innerhalb derer die multinationalen Konzerne einen entscheidenden Stellenwert haben. Im Schlußdokument von Medellín etwa wird im Kapitel Frieden (2) unter der Überschrift »Internationale Spannungen und externer Neokolonialismus« die Tat-

sache der Abhängigkeit von einem wirtschaftlichen Machtzentrum näher beschrieben. Folgende Mechanismen dieser Abhängigkeit werden konkret benannt: Wachsende Verzerrung des internationalen Handels (Verschlechterung der terms of trade); Flucht von wirtschaftlichem und menschlichem Kapital; Steuerflucht und Entziehung der Gewinne und Dividenden; progressive Verschuldung; internationale Monopole und internationaler Geldimperialismus. Zu den internationalen Konzernen heißt es in diesem Zusammenhang: „Verschiedene ausländische Gesellschaften, die in unseren Ländern arbeiten (auch einige nationale), pflegen sich mit spitzfindigen Ausflüchten den bestehenden Steuersystemen zu entziehen. Wir stellen auch fest, daß sie manchmal die Gewinne und Dividenden ins Ausland abführen, ohne mit angemessenen Neuinvestitionen die fortschreitende Entwicklung unserer Länder zu unterstützen... Wir möchten unterstreichen, daß die Hauptschuldigen der wirtschaftlichen Abhängigkeit unserer Länder jene Kräfte sind, die, angetrieben von einem hemmungslosen Gewinnstreben, zu einer wirtschaftlichen Diktatur und zum »internationalen Geldimperialismus« führen...“ (Frieden, 9c und e).

In Puebla wird die Tatsache der Dependenz nochmals deutlich herausgestellt: „Untersuchen wir die Situation eingehender, so stellen wir fest, daß diese Armut nicht Zufall, sondern das Ergebnis wirtschaftlicher, sozialer, politischer und anderer Gegebenheiten und Strukturen ist. Hierzu gehört der innere Zustand unserer Staaten, der in vielen Fällen seinen Ursprung und Fortbestand aus Mechanismen herleitet, die... auf internationaler Ebene die Reichen immer reicher werden lassen auf Kosten der Armen, die immer mehr verarmen...“ (30).

Die Rolle der multinationalen Konzer-

ne in diesem Zusammenhang wird klar unterstrichen. Unter dem Stichwort »Tatsache der wirtschaftlichen, technologischen, politischen und kulturellen Abhängigkeit« werden zwei Punkte benannt: der Wertverlust der Rohstoffe und „die Anwesenheit multinationaler Firmenzusammenschlüsse, die häufig nur ihren eigenen Interessen auf Kosten des Wohles des Empfängerlandes dienen...“ (66c).

Die Befreiungstheologen bemängeln an diesen beiden zentralen Texten vor allem, daß sie nicht zu einer Sozialanalyse im eigentlichen Sinne vordringen. Sie reihen die einzelnen Phänomene aneinander, ohne sie in ihrem Zusammenhang zu erklären, und bleiben so auf der Ebene der Deskription stehen. Die Befreiungstheologen hingegen versuchen konsequent, die einzelnen Phänomene der »Unterentwicklung« aus der inneren Logik der Kapitalakkumulation selbst zu erklären. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Analyse des Schlußdokumentes von Puebla durch Enrique Dussel. Er zeigt unter anderem auf, daß das Dokument die Sprachebenen vermischt, d.h. daß da, wo es um die Logik des Systems selbst geht, individuelle und psychologische Kategorien verwendet werden (typisch dafür ist der Terminus »Gewinnstreben«, der suggeriert, es gehe dabei um eine moralische Qualifikation Einzelner, und dabei verschleiert, daß im Kapitalismus der einzelne Betrieb dem objektiven Zwang zur Profitmaximierung unterliegt). Hier heißt es: „Das kapitalistische System kann den unterentwickelten Ländern keine Industrie zur Verfügung stellen, die ihrem Entwicklungsgrad und den Bedürfnissen der großen Mehrheiten des Volkes entspricht. Nach der Logik des Kapitals sind die Industrien vielmehr dazu da, um in die Länder des Zentrums zu exportieren (man beutet den niedrigen Lohn des Arbeiters an der Peripherie aus) oder um

den herrschenden Klassen der armen Länder zu dienen (eine Minderheit, die in der Lage ist, Produkte zu erwerben, die eine hohe Gewinnrate ermöglichen). Sowohl die Industrialisierung als auch die Urbanisierung sind Nebenprodukte des imperialistischen, abhängigen Kapitalismus; man vermeidet es jedoch sorgfältig, über das Problem zu sprechen...“ (Aus: Dussel, E., Puebla: Beziehungen zwischen christlicher Ethik und Wirtschaft, in: Ders., Herrschaft und Befreiung. Ansatz, Stationen und Themen einer lateinamerikanischen Theologie der Befreiung, Freiburg/Schweiz 1985, 179, Hervorhebungen von mir).

Ein weiteres signifikantes Beispiel ist ein von Kardinal Arns (São Paulo) autorisierter Text brasilianischer Arbeiter, der sich hauptsächlich mit der Arbeitsplatzsituation und mit der sozialen Situation der Industriearbeiter in multinationalen Konzernen befaßt. Die konkrete Beschreibung von Fallbeispielen ist in eine umfassende Analyse eingebettet: „... Um die Expansion der multinationalen Konzerne verstehen zu können, muß zunächst... auf die Ausbreitung des Kapitalismus eingegangen werden. Eine erste Tatsache besteht darin, daß das nationale Kapital weder besser noch demokratischer als das multinationale Kapital ist. Der Kampf der Arbeiterklasse richtet sich gegen den Kapitalismus insgesamt - unabhängig von der Frage, ob er einheimisch oder ausländisch ist. Die multinationalen Konzerne stellen heute eine neue Form kapitalistischen Agierens und kapitalistischer Ausbeutung dar. Daraus folgt, daß der Kampf gegen die multinationalen Firmen nicht im geringsten die Verteidigung eines nationalen Kapitalismus bedeutet.

Tatsache ist, daß der technologische Fortschritt und die Entwicklung der Länder des sogenannten Zentrums (USA, Europa und Japan) die betreffenden Firmen

ab einem bestimmten Augenblick in ein Dilemma brachte: Die Gewinnrate, die sie in der Logik des Kapitalismus erwirtschafteten, führte zu einem Prozeß fortschreitender Stagnation. Trotzdem befanden sich die Unternehmen nie am Rande des Zusammenbruchs. Denn da das letzte Ziel des Kapitalismus der Gewinn ist, mußten sie den Gewinn auf hohem Niveau behalten, indem sie die Produktion fortsetzten und bei möglichst geringen Kosten ein Maximum an Profit erzielten. Um die Einbußen auf der Gewinnseite auszugleichen, beginnen die Firmen damit, ihre Produktion und vor allem die Standorte der Produktion zu diversifizieren. So kommt der Prozeß der Internationalisierung des Kapitals in Gang, der in der Dritten Welt phantastische Gewinne bringen soll, um so das Abfallen der Gewinnrate in den entwickelten Ländern wieder auszugleichen. Und warum in den unterentwickelten Ländern? Weil hier die Rohstoffe vorhanden sind, die Arbeitskraft wesentlich billiger ist und die Gewerkschaften schwach sind...“ (Die multinationalen Konzerne und die brasilianische Arbeiterbewegung, in Reiser, A./ Schoenborn, P.G., Hg., Basisgemeinden und Befreiung. Lesebuch zur Theologie und christlichen Praxis in Lateinamerika, Wuppertal 1981, 125f).

Die Kritik an den multinationalen Konzernen ist in der Befreiungstheologie also eingebettet in eine umfassende Analyse des Kapitalismus selbst. Die Rolle der multinationalen Konzerne und ihr konkretes »Verhalten« ergibt sich aus der Logik der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihrer immanenten Krisen. Daraus ergibt sich aber folgerichtig auch das historische Projekt, für das die Befreiungstheologie optiert: ein demokratischer und partizipatorischer Sozialismus. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist die Voraussetzung für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die

die Grundbedürfnisse aller sichert. Ein sogenannter »Dritter Weg« und jegliche Form von bloßem Reformismus werden abgelehnt. Wenn sich die gegenwärtigen Krisen aus dem Grundwiderspruch der privaten Aneignung der Produktionsmittel, aus dem Konkurrenzmechanismus und aus dem Zwang zur Profitmaximierung der Einzelkapitalien erklären, so muß dieser Grundwiderspruch selbst beseitigt werden.

### Zur Methode der Theologie der Befreiung

Die klassische Formulierung des Selbstverständnisses der Befreiungstheologie findet sich bei G. Gutiérrez. Er bezeichnet sie als „kritische Reflexion einer historischen Praxis im Licht des Glaubens“ (Gutiérrez, G., Theologie der Befreiung, München 1973, 19). Als solche ist sie keine regionale »Genitivtheologie«, sondern versteht sich als neue Perspektive für die Theologie insgesamt. Die Theologie der Befreiung hat also einen universal hermeneutischen Anspruch. Befreiung ist der Horizont, „aus dem heraus der Gehalt des Glaubens gedacht wird, mit dem Ziel, die Geschichte zu verändern“ (L. Boff). Theologie will hier nicht länger die Wirklichkeit gedanklich ergünden, sondern versteht sich als „ein Moment in dem Prozeß, mittels dessen die Welt verändert wird“ (J.-M. Bonino). Die befreiende historische und gesellschaftliche Praxis ist der methodologische Ort, der methodische Ausgangspunkt und das Kriterium der Theologie. Der methodische Dreischritt der Befreiungstheologie (sozialanalytische Vermittlung - hermeneutische Vermittlung - praktisch-pastorale Vermittlung) geht konsequent aus diesem praktischen Selbstverständnis hervor:

Die sozialanalytische Vermittlung klärt mit Hilfe der Human- und Sozialwissenschaften die sozioökonomischen Bedingungen auf, von denen eine befreiende

gesellschaftliche Praxis auszugehen hat. Ausgangspunkt der Gesellschaftsanalyse ist das Interesse an praktischer Veränderung, das eine eindeutige Beschreibung und ein klares Bewußtsein vom jeweiligen gesellschaftlichen Ort erfordert.

Der zweite methodische Schritt, die hermeneutische Vermittlung, ist die Beurteilung der sozioökonomischen Wirklichkeit von der Freiheitstradition der Schrift und von den Grundoptionen des christlichen Glaubens her. Die semantische Achse, die den gegenwärtigen Erfahrungskontext mit dem damaligen verbindet, ist die gemeinsame Geschichte der Befreiung. Die gegenwärtig erfahrbare Befreiung ist die hermeneutische Voraussetzung für das Verständnis der Überlieferung, die von vergangener Befreiung handelt.

Der dritte methodische Schritt, die praktisch-pastorale Vermittlung, zieht die Konsequenzen für das Handeln. Die Aktion hat - sofern man nicht einem naiven Voluntarismus aufsitzen will - ihre eigenen Bedingungen und Gesetze, die durch die sozioökonomische Analyse und die theologische Reflexion noch nicht erhoben sind. Für die praktisch-pastorale Vermittlung formuliert L. Boff folgendes Grundaxiom: „Immer aber muß klar herauskommen, daß wir uns strategisch für eine Befreiung entschieden haben, in der eine neue Gesellschaft möglich wird, in der Liebe und Brüderlichkeit weniger schwierig sind. Das gilt auch dann, wenn wir aufgrund von geschichtlichen Umständen zu rein reformistischen Maßnahmen gezwungen sind. Dies sind dann eben nur taktische Schritte und keine strategischen Ziele.“ (Boff, L., Aus dem Tal der Tränen ins gelobte Land. Der Weg der Kirche mit den Unterdrückten, Düsseldorf 1982, 192).

Die drei unterscheidbaren methodischen Momente bilden jedoch eine dialektische Einheit: „Jede von ihnen (der

drei Vermittlungsebenen, B.K.) hat ihre eigenen Probleme. Alle aber sind Momente eines einzigen dialektischen Prozesses, des Glaubens, der in seiner Solidarität mit den Unterdrückten der Geschichte wirksam und vernünftig sein will. Wer diese Einheit aufspaltet, verfällt entweder dem Soziologismus oder der Politisierung, dem Theologismus oder dem pastoralen Pragmatismus“ (Boff, a.a.O., 92).

So setzt gerade die Sozialanalyse eine ethische Grundoption voraus, die als hermeneutisches Vorverständnis die Analyse mitbestimmt, sie orientiert und strukturiert. Die ausdrückliche Bezugnahme auf dieses Selbstverständnis jedoch ist nie unabhängig von den Fragestellungen der konkreten sozioökonomischen Wirklichkeit. Der ethisch-theologische Ausgangspunkt der Befreiungstheologie ist die Option für die Armen. Diese Grundentscheidung ist jedoch kein Ersatz und keine Garantie für die Qualität einer Sozialanalyse. Dafür bedarf es des sozialwissenschaftlichen Instrumentariums. Eine Gesellschaftsanalyse kann jedoch nie interessenlos und neutral betrieben werden. Sie setzt vielmehr einen gesellschaftlichen Standort und eine ethische Grundoption voraus. Die gesellschaftliche Wirklichkeit aus dem Blickwinkel der Armen zu betrachten, das ist die Grundperspektive der Befreiungstheologie. (Zum Verständnis der Option für die Armen vgl. vor allem Almeida, R. de, Art.: Armut aus der Sicht der Theologie der Befreiung, in: Eicher, P., Hg., Neues Handbuch theologischer Grundbegriffe, München 1984).

Kuno Füssel hebt drei entscheidende Momente der Theologie der Befreiung hervor: 1. die sozioökonomische Analyse als integraler Bestandteil der (theologischen) Theoriebildung; 2. die befreiende Tradition der Bibel als die letzte Begründungsbasis und 3. die Option für die

Armen als politischer und erkenntnistheoretischer Ort. (Füssel, K., Art.: Theologie der Befreiung, in: Eicher, P., Hg., Neues Handbuch theologischer Grundbegriffe, München 1984)

### Theologische Kriterien für die Wahl des sozialanalytischen Instrumentariums

Im Gegensatz zu einer positivistischen Grundhaltung geht die Befreiungstheologie von der unaufhebbaren Differenz von Natur- und Sozialwissenschaften aus. Die Sozialwissenschaften zeichnen sich durch eine spezifische Subjekt-Objekt-Relation aus: das Subjekt der Untersuchung gehört durch die Akte des Erkennens hindurch dem untersuchten Objektbereich selber an. Der wissenschaftstheoretische Status der Sozialwissenschaften ist empirisch und hermeneutisch zugleich. Es geht um Erklären (kausal) von objektiven Zusammenhängen, und gerade darin um Verstehen von Sinn intentionalen Handelns. Dies erfordert eine Rechenschaft über das eigene Vorverständnis. Die Sozialwissenschaften haben somit wesentlich selbstreflexiven Charakter.

Vom Selbstverständnis und Status der Sozialwissenschaften aus kann also gezeigt werden, daß eine »neutrale« Analyse nicht möglich ist. Bereits für die Naturwissenschaften läßt sich zeigen, daß sie in ursprünglichere soziale Zusammenhänge eingebettet sind, die sie bis in ihre letzten Grundlagen bestimmen. Dieser Sachverhalt spitzt sich in den Sozialwissenschaften nochmals zu. Eine positivistische Einstellung wird hier sofort zur Verfälschung des Objektes. Deutlich wird dies besonders am Phänomen der Verdinglichung, das von einer positivistischen Grundhaltung her als solches nicht mehr erkannt werden kann, sondern nochmals ideologisch verschleiert wird. (Die Befreiungstheologie hat hier die

Arbeiten der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule rezipiert. Vgl. dazu vor allem: Dri, R., Marxismo, realidad nacional y filosofía, in: Christianismo y sociedad 80, 1984, 51-54).

Eine sozioökonomische Theorie wird innerhalb der Befreiungstheologie zunächst als eine wissenschaftliche Hypothese behandelt, die sich in Konkurrenz zu eventuellen anderen Erklärungsansätzen behaupten muß. Im Gegensatz zu den meisten kirchenamtlichen Texten ist man sich dessen bewußt, daß man bei der bloßen Deskription nicht stehenbleiben kann. Es bedarf vielmehr der Theoriebildung, die die einzelnen Phänomene in einen Erklärungszusammenhang einordnet. Die bloße Deskription akzeptiert letztlich die gegebene Wirklichkeit als Norm.

Das für die sozialanalytische Vermittlung gewählte Instrumentarium unterliegt also zunächst den Kriterien einer jeden wissenschaftlichen Hypothese. Entscheidend ist die Erklärungskraft, das heißt die Frage, wieweit sie im Vergleich zu konkurrierenden Hypothesen instand ist, sozioökonomische Phänomene stimmig und kohärent, in ihrem Zusammenhang und möglichst erschöpfend zu erklären. Das Urteil über die Erklärungskraft einer Theorie ist aber vorgängig davon abhängig, welche Probleme man als signifikant betrachtet und auswählt. Die Wahl des Analyseinstrumentariums selbst setzt also eine bestimmte Grundperspektive, eine ethische Vorentscheidung und die Wahl des gesellschaftlichen Standortes voraus.

Zwei gegensätzliche Grundorientierungen der Sozialwissenschaften werden in der Befreiungstheologie unterschieden, die zur Wahl stehen:

1. eine funktionalistische Tendenz: die Gesellschaft wird grundsätzlich als harmonisches Gefüge betrachtet, der Gedanke der Ordnung und des Gleichgewichts

sind bestimmend, die Gesellschaft wird unter dem Aspekt eines organischen Ganzen analysiert, dessen Teile sich ergänzen. Störungen dieses Gleichgewichts gelten als Randphänomene, die von Zufallsfaktoren und äußeren Bedingungen abhängen und innerhalb der Funktionsweise des Systems behoben werden können.

2. eine dialektische Tendenz: die Gesellschaft wird als ein komplexes Gefüge von gegensätzlichen, zueinander in Spannung stehender Kräften gesehen. Im Gegensatz zu einem funktionalistischen Ansatz, der die »Auswüchse« der Gesellschaft für systemimmanent reparabel hält, fordert die dialektische Tendenz eine Neustrukturierung.

Von ihrer Grundperspektive her (Option für die Armen) entscheiden sich die Befreiungstheologen eindeutig für eine dialektische Sichtweise der Gesellschaft. Die Option für die Armen wird dabei dezidiert als Option für eine gesellschaftliche Klasse, als Parteinahme in einer vom Klassengegensatz gekennzeichneten Gesellschaft gesehen. Die letzte Begründungsbasis dieser ethischen Grundperspektive ist die biblische Tradition selber, die die Parteinahme Gottes für die Opfer und Schwachen bezeugt (Vgl. dazu vor allem Boff, C., *Theologie und Praxis. Die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Theologie der Befreiung*, München 1983, 114-118).

### **Kritische Weiterführung der katholischen Soziallehre**

Mit diesem methodischen Ansatz leistet die Befreiungstheologie einen wichtigen Beitrag zur kritischen Fortschreibung der katholischen Soziallehre. Entscheidend ist die Einsicht, daß die ethischen Prinzipien der katholischen Soziallehre in einem bestimmten historischen Kontext der sozialanalytischen Vermittlung bedürfen, wenn vermieden werden soll, daß sie »von hinten« ideologisch aufgelä-

den werden. Dies wird besonders deutlich in der Auseinandersetzung mit der Enzyklika Papst Johannes Paul II. »*Laborem exercens*«. Die Prinzipien des Vorranges der Arbeit vor dem Kapital und des Subjektcharakters der Arbeit werden sozialanalytisch mit den Bedingungen des Kapitalismus selbst konfrontiert und so in ihrer systemkritischen Sprengkraft sichtbar gemacht (vgl. vor allem Aldunante, J., u.a., *Primat der Arbeit vor dem Kapital. Kommentare zur Enzyklika »Laborem exercens« aus der Sicht der Kirche Lateinamerikas*, Münster 1983).

Der methodische Dreischritt der Befreiungstheologie und ihre Zuordnung von Sozialanalyse und ethisch-theologischer Grundperspektive überholt aber vor allem jene »Arbeitsteilung« von Theologie und Ökonomie, wie sie noch im Zweiten Vaticanum mit dem Begriff der »Eigengesetzlichkeit der Kultursachbereiche« festgeschrieben wurde. Damit hatte man in der Konsequenz den Bereich der Ökonomie jeder ethischen Kritik entzogen. Die Befreiungstheologie macht deutlich, daß dies im Grunde eine ideologische Rechtfertigung jener blinden Naturwüchsigkeit des kapitalistischen Systems darstellt, das sich insgesamt der Kontrolle der Beteiligten und Betroffenen und damit auch allen ethischen Kriterien entzieht. Der Befreiungstheologie zufolge ist es gerade die Kompetenz des Glaubens, dieses System in seinen Auswirkungen zu betrachten und mit der Heilsabsicht Gottes mit den Menschen zu konfrontieren, also insofern eine **theologische** Kritik der Gesellschaft zu betreiben. Allgemeine sozialethische Prinzipien, die aus einem vorgefaßten, in sich bereits höchst fragwürdigen philosophischen (nicht theologischen!) Gedankengebäude deduziert werden, losgelöst von gerade jenem gesellschaftlichen Zusammenhang, auf den sie angewandt werden sollen, sind von vorneherein ideolo-

gieanfällig. Sie verdunkeln die Frage nach ihrem Ursprung in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext und laufen damit Gefahr, »von hinten« ideologisch aufgeladen zu werden. Gerade die katholische Soziallehre liefert dafür zahlreiche Schulbeispiele. So, wie die Befreiungstheologie von einer kritischen Selbstreflexion der Sozialwissenschaften her deutlich macht, daß es eine neutrale Gesellschaftsanalyse nicht gibt, sondern daß diese in jedem Fall eine ethische Vorentscheidung impliziert, so stellt sie umgekehrt theologisch klar, daß die Grundperspektive des christlichen Glaubens in einer konkreten historischen Situation eindeutige Konsequenzen hat, zumal da, wo es um entscheidende Überlebensfragen geht. Ein »legitimer Pluralismus der Meinungen«, wie in vielen Texten der katholischen Soziallehre postuliert, gerät angesichts von lebensbedrohenden Krisen zum Dezisionismus, zur Beliebigkeit der Entscheidung, die Überlebensfragen zu Geschmacksfragen herunterspielt. Eine solche Position wäre in sich nur stimmig, wenn man die Möglichkeit einer rationalen Einsicht in die (soziale) Wirklichkeit grundsätzlich leugnet. Das Abschieben der Entscheidungskompetenz auf »Experten« läßt die Befreiungstheologie schließlich die Frage nach dem Subjekt geschichtlicher Veränderung fragen. Soll der Anspruch partizipatorischer Mitbestimmung keine Farce sein, so muß den Betroffenen selber die Kompetenz zugesprochen werden, über ihr historisches Projekt zu entscheiden. Der Hinweis auf die Kompliziertheit ökonomischer Sachverhalte, also auf die mangelnde Transparenz des ökonomischen Prozesses für die Betroffenen, wird hier selber nochmal zu einem systemkritischen Argument und zum Indiz für den fetischcharakter kapitalistischer Verhältnisse.

## Rezeption der Dependenztheorie und Stellenwert der Transnationalen Konzerne

Jenseits der (teilweise erheblichen) Unterschiede der diversen dependenztheoretischen Ansätze lassen sich mindestens vier wesentliche Gemeinsamkeiten festhalten:

1. Die Dependenztheorie hat eine historische Perspektive. Sie begreift die gegenwärtige Situation der Abhängigkeit und der asymmetrischen Integration in den Weltmarkt von ihrer geschichtlichen Gewordenheit her.
2. Die Dependenztheorie hat umfassenden Charakter. Sie will das Phänomen der »Unterentwicklung« im Bezugsrahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft insgesamt erklären. Die inneren Widersprüche und Krisen dieses Weltwirtschaftssystems selbst bedingen die Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Zentren und Peripherie. Ein Teil der Auswirkungen und Folgen dieser Wirtschaftsweise kann damit auf die Länder der »Dritten Welt« abgeschoben werden.
3. Die Dependenztheorie geht von der Perspektive der Länder der Dritten Welt selbst aus. Sie analysiert das Zusammenspiel von inneren und äußeren Faktoren und fragt nach den strukturellen Bedingungen in den Entwicklungsländern selbst, die dazu führen, daß sich die äußere Abhängigkeit nach innen reproduzieren und verfestigen kann. Damit hat sie eine kritische Funktion gegenüber herkömmlichen (europäischen) Imperialismustheorien.
4. Die Dependenztheorie arbeitet interdisziplinär. Die Ökonomie ist nicht der allein bestimmende Faktor. Vor allem die politischen, aber auch kulturelle Bedingungen der Abhängigkeit werden herausgearbeitet.

Was die Rezeption der Dependenztheorie durch die Befreiungstheologie betrifft, kann man im wesentlichen drei

Ebenen feststellen:

1. Die Beschränkung auf die Beschreibung und Feststellung von Tatsachen der Abhängigkeit, ohne sie in einem theoretischen Erklärungsansatz zu integrieren. Auf dieser Ebene bewegen sich die meisten kirchenamtlichen Texte.

2. Ad-hoc-Theorien mit einem begrenzten Erklärungsanspruch. Man beschränkt sich auf die Untersuchung eines bestimmten Problemkreises. Auf dieser Ebene bewegen sich eine Reihe von Einzelabhandlungen und Gelegenheitschriften in der Befreiungstheologie.

3. Rezeption der Dependenztheorie im Sinne einer Theorie der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab, also mit einem globalen Erklärungsanspruch. Auf dieser Ebene rezipiert die Befreiungstheologie vor allem jene dependenztheoretischen Ansätze, die den transnationalen Konzernen die entscheidende Schlüsselrolle zuweisen. Die gegenwärtige Phase des weltweiten Kapitalismus wird als neue internationale Arbeitsteilung beschrieben, deren Subjekt die transnationalen Konzerne sind. Innerhalb des weltweiten kapitalistischen Systems ist ein institutionalisierter Kernbereich entstanden, der in nationalen Wirtschaftssystemen (Zentrum) verankert ist und in Wechselbeziehungen mit dem »unterentwickelten« Teil dieses weltweiten Wirtschaftssystems steht. Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie enthält dadurch eine neue Form. Weltweit ist ein rasanter Konzentrationsprozeß zu beobachten, der auf internationaler Ebene oligopolitische Strukturen schafft (Kontrolle von Rohstoffen und Märkten). Die Tendenz zu dieser Konzentration ist in der Logik der kapitalistischen Konkurrenz selber angelegt. Einzelne Wirtschaftstätigkeiten, die ganze Wirtschaftssektoren in einer Vielzahl von Ländern umfassen, werden innerhalb eines einzigen Entscheidungsapparates integriert. Vor allem den abhän-

gigen Ländern ist damit die Souveränität ihrer ökonomischen (und in der Folge auch politischen) Entscheidung genommen.

Die Rezeption der Dependenztheorie durch die Befreiungstheologie konzentriert sich auf die derzeitige Phase der Umorganisation des kapitalistischen Weltsystems, deren hauptsächliche Handlungsträger die transnationalen Konzerne sind, deren wirtschaftliche Macht die souveränen Rechte der Nationen (etwa auf eine eigenständige Außenpolitik) untergräbt. Ein zweites entscheidendes Charakteristikum ist die veränderte Rolle des Staates, die zunehmenden wirtschaftlichen Funktionen des Staatsapparates als notwendige Suprastruktur des Kapitals. Angelpunkt der Analyse der Abhängigkeit ist die unterschiedliche Produktivität des Kapitals in Industrie- und Entwicklungsländern. Durch die Ausbeutungsbeziehung zu den Entwicklungsländern konnte in den Industrieländern eine Verschiebung des Akkumulationsprozesses von der Steigerung des absoluten Mehrwertes (Intensivierung der Arbeit, Verlängerung des Arbeitstages) hin zum relativen Mehrwert (durch erhöhte Produktivität) stattfinden. Die notwendige Kehrseite dieser Entwicklung ist eine verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft in der Peripherie. Die inhärenten Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation, die sich unter anderem im tendenziellen Fall der Profitrate ausdrücken, konnten so partiell überwunden bzw. verschoben werden. Ein Mittel, um den tendenziellen Fall der Profitrate in den Industrieländern, in dem sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus ausdrückt, entgegenzusteuern, ist die Erhöhung der Mehrwertrate in den Entwicklungsländern. Der Ausgleich der zyklischen Krisen in den Industrieländern (sozialpartnerschaftliches Modell, produktivitätsorientierte Lohnerhöhungen) ge-

lingt nur mittels Verlagerung an die Peripherie, wo bessere Verwertungsbedingungen herrschen (Lohnstruktur, schwache Gewerkschaften, Bereitstellung eines Großteils der Infrastruktur durch das »Gastland«, Möglichkeiten des Gewinntransfers, weitgehende Zoll- und Steuerfreiheit, usw.). Die wesentlichen Auswirkungen dieser Integration in einen von den transnationalen Konzernen dominierten Weltmarkt für die Peripherie sind: Verstärkung der Exportorientierung; Verlagerung der Entscheidungszentren (Finanzen, Wissenschaft, Technologie, usw.) ins Ausland; Anwachsen der Außenverschuldung; Zerstörung der lokalen Industrie; Fremdbestimmung der inneren Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung insgesamt.

E. Dussel betrachtet die Herrschaft der transnationalen Konzerne als die letzte Phase der Abhängigkeitsbeziehung zwischen Peripherie und Zentrum, in der sich die Herrschaftsverhältnisse aller vorhergehenden Phasen zuspitzen. Er unterscheidet die Epoche der Kolonialzeit, des freien Tausches, des Imperialismus und der Herrschaft der Transnationalen. Schlüssel des Verständnisses dieses Ausbeutungsverhältnisses ist die unterschiedliche Produktivität des jeweiligen Kapitals. Die höhere Produktivität des Kapitals der transnationalen Konzerne zwingt das schwächere Kapital über den Konkurrenzmechanismus zur Ausbeutung, um die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu kompensieren. Andererseits bedroht gerade die höhere Produktivität des Kapitals der Länder des Zentrums die Profitrate (eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals, also ein höherer Anteil an fixem Kapital im Vergleich zum variablen Kapital, d.h. zu jenem Kapital, das für die Arbeitskraft aufgewendet werden muß, hat einen tendenziellen Fall der Profitrate zur Folge). Deshalb ist das Kapital der Industrieländer darauf angewie-

sen, die Asymmetrie der Nationen zu kontrollieren.

Die transnationalen Konzerne sind durch ein dreifaches Herrschaftsverhältnis charakterisiert: Sie profitieren erstens vom Produktivitätsgefälle zwischen entwickeltem Kapital im Zentrum und dem unterentwickelten Kapital der Peripherie (Zwang zur Ausbeutung durch das schwächere Kapital); zweitens profitieren sie unmittelbar von der billigen Arbeitskraft und allen anderen Faktoren eines »günstigen Investitionsklimas« an der Peripherie durch Direktinvestitionen (Mechanismus der Produktionsverlagerung); und drittens verschafft ihnen die Kontrolle des schwächeren Kapitals an der Peripherie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem übrigen Kapital des Zentrums. E. Dussel unterscheidet folglich drei Ebenen der Ausbeutung: 1. die Beziehung Arbeit-Kapital (Produktion von Mehrwert); 2. die Beziehung peripheres Kapital-entwickeltes Kapital (Zwang zur Überausbeutung, um niedrigere Produktivität auszugleichen) und 3. die direkte Ausbeutung billigerer Arbeitskraft an der Peripherie.

Für eine theologische Sehweise entscheidend ist, daß sich hinter diesen scheinbar eigengesetzlichen, quasi-natürlichen Verwertungsbedingungen des Kapitals gesellschaftliche Ausbeutungsverhältnisse verbergen. Genauso wie der freie Warenaustausch im Kapitalismus unter dem Deckmantel der Tauschgerechtigkeit verschleiert, daß der Kern des kapitalistischen Profits die Produktion von Mehrwert ist, verdeckt das angeblich neutrale Spiel von Angebot und Nachfrage auf internationaler Ebene unter den Bedingungen unterschiedlicher Produktivität ein Ausbeutungsverhältnis. Dussel qualifiziert dies theologisch deshalb als Institutionalisierung von Sünde, als Institutionalisierung des Prinzips »homo homini lupus« als Prinzip jenes gesellschaft-

lichen Verhältnisses, das sich hinter der behaupteten Eigengesetzlichkeit der Kapitalverwertung verbirgt. Um dies in der Terminologie deutlich werden zu lassen, spricht er anstelle von Mehrwert konsequent von Mehr-Leben (Vgl. Dussel, E., *Ética comunitaria. Liberta o pobre!*, Petropolis 1986, 162-173).

### Theologische Kritik: Fetischcharakter des Kapitals

Die Kritik der Befreiungstheologen an den transnationalen Konzernen ist keine moralische Kritik, die einzelne Praktiken und Verhaltensweisen anklagt. Ethisch kann es hier nur um die Infragestellung des Systems als ganzes gehen. Die einzelnen Akteure sind Vollzugsorgane seiner inneren Logik. Naturwüchsige Konkurrenzmechanismen bestimmen die Logik des Kapitals. Der Zwang zur Profitmaximierung und damit zu quantitativem Wachstum sowie die Tendenz zur Konzentration sind integrale Bestandteile der Funktionsweise des Kapitalismus selbst. Angemessene Kritik ist hier nur als Systemkritik möglich.

Der wesentliche Ansatzpunkt einer theologischen Kritik ist der Fetischcharakter des Kapitals. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtzusammenhang entwickelt unter kapitalistischen Verhältnissen eine Eigendynamik, die sich naturwüchsig über den Köpfen der Beteiligten entfaltet. Sie ist nicht Ergebnis bewußten Planens und Wollens der Beteiligten, sondern des blinden Konkurrenzmechanismus. Subjekt und Objekt werden damit vertauscht. Der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang geht nicht aus dem bewußten, kooperativen Handeln der Individuen hervor, sondern wird selbst zum unkontrollierten Prozeß, der die Menschen und ihre Bedürfnisse unterwirft. Die Menschen werden die Opfer des Werkes ihrer eigenen Hände. Menschliche Beziehungen werden in ein sachliches Verhältnis verkehrt, die Be-

dürfnisse der Menschen der Eigengesetzlichkeit des Kapitalverwertungsprozesses untergeordnet.

Der Fetischcharakter des Kapitals ist für die Befreiungstheologie kein Einzelthema innerhalb der Sozialethik, sondern eine im strengen Sinne theologische Frage, mit der Gottes Gottsein selbst auf dem Spiel steht. Die Unterwerfung des Menschen unter die sachliche Gewalt des Kapitals steht dem Heilswillen Gottes diametral entgegen, dem solidarischen Subjektwerden der Menschen vor Gottes Angesicht.

Die Befreiungstheologen wenden die biblische Kategorie des Götzendienstes an, um den Tatbestand des Fetischismus angemessen theologisch zu beschreiben. Die Götzen stehen im Widerspruch zum befreienden und lebensrettenden Geschichtshandeln Gottes. Die Offenbarung des transzendenten biblischen Gottes (sein Bild) ist der befreiende Mensch. Insbesondere im Jeremiabuch und in Deuteroseja werden die Götzen als das, was sie wirklich sind, entlarvt: als der ideologische Ausdruck politischer, militärischer und ökonomischer Macht. Die Macht der Götzen ist keine Fiktion, sie ist real, doch ihre Herkunft ist die Macht der Menschen.

Neutestamentlich wird dem Götzendienst, der Mensch und Natur in Geschichte zerstört, Christus als das Bild des unsichtbaren Gottes entgegengesetzt. Vor allem drei konkrete Formen des Götzendienstes werden thematisiert: Der Götzendienst des Geldes, des Gesetzes und der politischen Macht und Unterdrückung (Vgl. dazu vor allem: Assmann, H., u.a., *Die Götzen der Unterdrückung und der befreiende Gott*, Fribourg/Münster 1984).

Die sachliche Herrschaft der Kapitalverwertung ist es heute, die in Konkurrenz zu Gottes alleinigem Herrschaftsanspruch über den Menschen tritt. Das

Werk der Menschen selber gewinnt Herrschaft über ihn (das ist die Grundbedeutung des Wortes Fetisch, vom lateinischen *factitius*). Anstatt seiner Bedürfnisbefriedigung zu dienen, unterwirft es seine Bedürfnisse einem anonymen Prozeß, der alle Bereiche seines Lebens umfaßt. Die kapitalistische Ökonomie, die den Menschen zum Objekt degradiert, tritt in Konkurrenz zur Herrschaft Gottes, die im aufrechten Gang des Menschen besteht.

Der Fetisch Kapital ist für E. Dussel eine Totalität, die alles zu ihrem Moment macht, in ihren tautologischen Prozeß mit einbezieht. Die Zirkulation des Kapitals, das sich durch alle seine Bestimmungen hindurch (Geld, Ware, Kapital) selbst erhält, wird zum eigentlichen Subjekt, während die beteiligten Menschen zu Funktionen im Dienste der Kapitalverwertung werden. Alles wird zum bloßen Moment der dialektischen Entfaltung des Kapitals. Das bedeutet aber eine Verleugnung des Außen, der Andersheit des Anderen, der primären Wirklichkeit des Menschen in seiner konkreten leiblichen Bedürftigkeit. In dieser Verleugnung des Anderen besteht das Wesen der Sünde. Das Nein zum Anderen bekräftigt die Selbstabschließung, Fetischisierung, Idolatrie. Im Gegensatz dazu meint Befreiung das Ja zum Anderen in seiner Andersheit. Dies setzt aber voraus, daß das System aufgebrochen, enttotalisiert wird. Die verleugnete Andersheit des Anderen bricht subversiv in das System ein, wo die Position des Unterdrückten bezogen wird (Bewegung der Kenosis, der Selbstentäußerung), die Position dessen, der vom Standpunkt der Totalität Kapital aus als nichts erscheinen muß. Geschichtssysteme haben insgesamt wegen der Sünde die Tendenz, sich zu verschließen. Aus der Exteriorität seiner Schöpfung heraus durchbricht Gott selber diese Selbstverschließung. Die Epi-

phanie Gottes wird der, den das System verleugnen muß, der Andere. Die Selbstoffenbarung Gottes, die den tautologischen Horizont durchbricht, ist die Stimme dessen, der spricht: Ich habe Hunger (Vgl. dazu vor allem Dussel, E., *Herrschaft - Befreiung*. Ein veränderter theologischer Diskurs, in: Ders., *Herrschaft und Befreiung*. Ansatz, Stationen und Themen einer lateinamerikanischen Theologie der Befreiung, Fribourg 1985, 19-43. Die gründlichste Aufarbeitung der Fetischismusanalyse aus der Sicht der Befreiungstheologie bietet Hinkelammert, F., *Die ideologischen Waffen des Todes*. Zur Metaphysik des Kapitalismus, Fribourg/Münster 1985).

### Konsequenzen für uns

Letztes Kriterium einer christlichen ökonomischen Praxis ist der konkrete Mensch in seiner leiblichen Bedürftigkeit. Die »Eigengesetzlichkeit« der Kapitalakkumulation erweist sich als strukturell unfähig, sich an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Der objektive Zwang zur Kapitalakkumulation und zur Profitmaximierung blendet dieses Kriterium systematisch aus. Nicht die tatsächlichen Bedürfnisse, sondern die zahlungsfähige Nachfrage ist der Bezugspunkt. Von der Befreiungstheologie her können wir lernen, diesen Zusammenhang analytisch aufzuschlüsseln und theologisch in Frage zu stellen. Dies ist vor allem angesichts der Hypotheken unserer europäischen Traditionen dringend geboten. Kernpunkt einer theologischen Kritik scheint mir die behauptete Eigengesetzlichkeit des Prozesses der Kapitalakkumulation zu sein, die ja theologisch (vgl. die Tradition des Neulutheriums und einer bestimmten Tendenz der katholischen Soziallehre) und außertheologisch als Immunisierungsstrategie erhalten muß. Typisch in diesem Zusammenhang ist etwa die Warnung von Wirt-

schaftskreisen, die Ökonomie „moralisch nicht zu überfordern“. Wahr an dieser Forderung ist m.E., daß es systemimmanent angesichts eines objektiven Zwanges tatsächlich keinen Sinn macht, moral-theologische Kategorien anzuwenden. Es ist deshalb theologisch radikaler und konsequenter anzusetzen: Was bedeutet theologisch die Etablierung eines ökonomischen und sozialen Systems, das moralische Kriterien von sich aus gar nicht mehr zulassen kann, innerhalb dessen die Orientierung an den menschlichen Bedürfnissen als irrational (vgl. Max Weber) erscheinen muß und dessen Zwang zur Profitmaximierung die Selbstbestimmung der Mehrheit der Menschen und der Nationen illusorisch macht? Was bedeutet diese sachliche Herrschaft des Kapitals angesichts der heilsgeschichtlichen Verheißung des solidarischen Subjektwerdens aller Menschen?

Ihre Zuspitzung erhalten diese Fragen nicht zuletzt dadurch, daß die gegenwärtige, von der Herrschaft der transnationalen Konzerne geprägte Phase des weltweiten Kapitalismus neben der Ausbeutung der Peripherie eine Reihe von anderen überlebensbedrohenden Krisen hervorbringt, die ebenso konsequent aus der inneren Logik der Kapitalverwertung und ihres Wachstumszwanges hervorgehen. Als Beispiel sei die ökologische Krise genannt. (Vgl. dazu vor allem: Gollwitzer, H., Die kapitalistische Revolution, München 1973).

Eine weiter wichtige theologische Frage in diesem Zusammenhang betrifft die Rolle des Staates. Angesichts des international organisierten Kapitals, das einen beschleunigten Konzentrationsprozeß durchmacht, wird die Ohnmacht der nationalen politischen Instanzen offensichtlich. Eine demokratische Kontrolle der Ökonomie ist ernsthaft nicht mehr möglich. Die politischen Instanzen haben vielfach nur mehr die Möglichkeit, das nachzuvollziehen, was der Kapitalverwertungsprozeß als Imperativ aufgibt. Sie haben die Bedingungen der Kapitalverwertung zu sichern und die krisenhaften Folgeerscheinungen kurzfristig abzumildern, bzw. die gesellschaftliche Akzeptanz und Loyalität herzustellen. Vor diesem historischen Hintergrund ist das Staats- und Demokratieverständnis theologisch neu aufzuarbeiten.

Schließlich ist die Herrschaft der transnationalen Konzerne und deren Kontrolle der asymmetrischen Beziehung zwischen den Nationen eine ekklesiologische Herausforderung. Der Anspruch, die Einheit des Leibes Christi weltweit zu verwirklichen, wird durch diese ökonomische Tatsache ad absurdum geführt. Vor diesem Hintergrund haben wir als ökumenische Christenheit, als Kirche, unser Verhältnis zu Politik und Ökonomie und unseren möglichen Beitrag, effektive Formen internationaler Solidarität zu schaffen, neu zu bestimmen.

Ulrich Duchrow

## Kirchen, Christen und der Weltkapitalismus

Im März 1987 trafen sich auf Einladung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und des Lutherischen Weltbundes (LWB) evangelische und katholische Christen aus allen Erdteilen zu einer Konferenz in São Paulo (Brasilien), um gemeinsam über »Christlichen Glauben und Wirtschaft aus der Sicht bekennender Bewegungen« zu sprechen. Das Ergebnis der Konferenz war die sogenannte Erklärung von São Paulo mit dem Titel: »Kirche, Christen und Kapitalismus: Ein Aufruf zur gehorsamen Nachfolge.« Was die im São Paulo-Papier beschriebene Nachfolge für bundesdeutsche Christen bedeuten kann, beschreibt Ulrich Duchrow in seinen folgenden »Fragen und Thesen zur Weiterarbeit am São Paulo-Aufruf«.

### Sehen lernen

Es ist für den konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung entscheidend wichtig, daß wir uns nicht von einer abstrakten allgemeinen oder nur internationalen Ebene die Fragen vorschreiben lassen, sondern daß wir als Gruppen, Gemeinden und Synoden als erstes selber fragen: An welchem Beispiel haben wir im Bereich unserer Gemeinde (unseres Bezirkes, unserer Landeskirche) und/oder weltweit am deutlichsten erfahren und beobachtet, daß unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem Ungerechtigkeit, Unfrieden, Zerstörung der Schöpfung hervorgebracht hat und hervorbringt? Wie sind wir selbst als einzelne, als Familien, als Gemeinden, als Kirchen darin verwickelt und verstrickt?

Wenn im traditionell staats- und volkskirchlichen Ansatz der Staat für Fragen der Politik und die Wirtschaftsinstitutionen für Fragen der Ökonomie zuständig sind, so bleibt für die Gemeinde allenfalls die individuelle Betreuung der Opfer des

staatlichen und wirtschaftlichen Handelns. Von der organisierten Diakonie erwartet man vielleicht darüber hinaus die Gruppenbetreuung der Opfer. Stellungnahmen zu Strukturfragen billigt man allenfalls der Gesamtkirche oder dem Kirchenbund (EKD) zu und auch dies nur im Sinn »ausgewogener« Denkschriften.

Es geht im konziliaren Prozeß aber gerade um die Fragen der **Ursachen der tödlichen Entwicklungen**. Bei den Strukturfragen geht es ökumenisch um das gemeinsame Erkennen und Anerkennen der Tatsache, daß **die Mehrheit in den Industriegesellschaften zusammen mit den herrschenden Minderheiten in den ausgebeuteten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Armen in Nord und Süd noch ärmer machen, um für sich selbst Überfluß zu haben**. Die zunehmende Leugnung und Verdrängung dieser Tatsache trennt uns immer mehr von der Ökumene, das heißt von dem einen Leib Christi.

## Urteilen lernen

Das erste, was wir in Westeuropa im Blick auf die Bibel mit Hilfe der Ökumene wieder lernen müssen, ist, unsere gemeinschaftlichen gesellschaftlichen und politischen **Probleme als Gemeinschaft** (z.B. einer Gruppe, einer Ortsgemeinde, einer Landeskirche) **in das Licht der Bibel zu stellen**.

Die sozialgeschichtliche Forschung bringt für die Frage nach der Wirtschaft ans Licht, daß in der Bibel Jahwe, der Vater Jesu Christi und Sender des Heiligen Geistes, seinem Wesen gemäß das Schwache erwählt und schützt und angemaßte, unterdrückerische Macht verwirft und zu Fall bringt (2. Moses 3, Lukas 1,46-55).

In Synodenentscheidungen der Kirchen auf allen Ebenen in Westeuropa muß im Zusammenhang des konziliaren Prozesses die biblisch begründete grundlegende Entscheidung klar ausgesprochen werden und (auch als Sündenbekenntnis) bekannt werden, daß eine **Wirtschaft, die das Gewinnstreben** und die Präferenzen des Menschen **zum Ausgangs- und Zielpunkt nimmt** und die dadurch den zunehmenden Reichtum und die zunehmende Macht von immer weniger Menschen auf Kosten der natürlichen Ressourcen sowie auf Kosten des Elends und des Todes von immer mehr Menschen und darüber hinaus zunehmend gewaltsame Verteidigungsmethoden der Privilegierten hervorbringt, für Christen und Kirchen **nicht mehr annehmbar ist**.

Gleichzeitig müßte positiv ausgesprochen werden, daß nach biblischem Glauben an Gott, den Befreier Israels, den Vater Jesu Christi, den Inspirator der endzeitlichen Gemeinschaft der Heiligen (Apostelgeschichte 2, 43 ff.; 4, 32 ff.) und den Richter im Endgericht (Matthäus 25, 31-40) eine Wirtschaft unterstützt werden muß, die zuerst die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt oder - wie die katholischen Bischöfe der USA es im An-

schluß an die Bischofskonferenz Lateinamerikas ausgesprochen haben - in der die Armen der Maßstab sind.

Im Bereich der Produktion befinden wir uns in der ganzen Welt, aber zunehmend auch in Westeuropa in einer Phase weiterer Abwertung der Arbeit und der arbeitenden Menschen im marktwirtschaftlichen System. Hier sind die Kirchen nach ihrem Versagen im 19. Jahrhundert, dies als Strukturproblem zu begreifen, erneut vor eine historische Entscheidung gestellt, wessen Partei sie theologisch und praktisch ergreifen wollen. Dabei ist wichtig zu sehen, daß die Frage der Arbeit weltweit mit den Fragen der Frauen- und Rassendiskriminierung verbunden ist.

Im Blick auf den Produktionsfaktor Kapital steht mit der skandalösen Schuldsituation der Armen die Zinsfrage als solche zur Entscheidung, dazu die Frage der letztlich unkontrollierten Macht der Transnationalen Konzerne. Mit dem Erklären des von Gott allen gegebenen Bodens und seiner Ressourcen zur Ware und mit den daraus folgenden verheerenden ökologischen und sozialen Konsequenzen muß die Frage des Privateigentums erneut auf die Tagesordnung der Kirchen im konziliaren Prozeß gesetzt werden.

Die westeuropäischen Kirchen werden ökumenisch nur dann glaubwürdig am konziliaren Prozeß teilnehmen können, wenn sie biblisch begründet die gegenwärtige und ungleiche Verteilung der Macht, der Güter und der finanziellen Kaufkraft ablehnen und dabei konkret die Mächte und Mechanismen benennen, die vor allem die ungleiche Verteilung bewußt aufrechterhalten: die TNCs (Transnationale Konzerne) und die internationalen Handelsorganisationen (GATT), die Großbanken und der Internationale Währungsfond (IWF), die Regierungen, die diese kontrollieren und die zudem ein

Militärsystem entwickelt haben, das unter dem Vorwand des Ost-West-Konflikts im wesentlichen dazu dient, die verarmenden Massen der Gesellschaften im Süden zum Schutz der eigenen Privilegien in Schach zu halten.

Es ist wichtig, daß das São Paulo-Dokument die Feststellungen und Aufrufe der Vancouver-Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) gegen den **Mißbrauch der christlichen Lehre als Ideologie des Kapitalismus** wiederholt. Vor allem gilt es dabei zu beachten, daß alle drei Artikel des christlichen Glaubens angesprochen werden: Das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem zerstört Leben und Einheit der von Gott geschaffenen und erhaltenen Menschheit; es versklavt und trennt die, die Christus befreien und einen will; es verhindert und zerstört die Einheit der Kirche, ja seine Ideologien verkehren die christliche Lehre in Häresie.

## Handeln lernen

Handeln aus Glaubensgehorsam gehört notwendig zum Bekenntnis - auch in Wirtschaftsfragen. Zugleich mit allen Aktionen in Richtung auf wirtschaftliche und politische Institutionen oder im Zusammenhang mit Bürgerinitiativen müssen wir unser eigenes Sein und Handeln überprüfen: als einzelne Christen, als christliche Gruppen und ihre Netzwerke, als Gemeinden, als Landeskirchen oder andere Territorialformen von Kirche, als Gemeinschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen. Hier muß sich zeigen, daß die Kirche von der Wirtschaftsfrage in allen Dimensionen herausgefordert ist und nicht nur im diakonischen Handeln:

- im Gebet und der eucharistischen Feier der teilenden Liebe Gottes;
- im Bekenntnis der Königsherrschaft Christi über alle Welt;
- im Leben in alternativer Gemeinschaft;
- in der Verpflichtung, unverantwortbaren Institutionen und Wertsystemen

die Legitimation zu entziehen;

- im Einwirken auf die Verantwortlichen (soweit möglich);
- in der Verweigerung von Kooperation bei notorischem Unrecht;
- in der öffentlichen Kritik;
- in der Mithilfe beim Aufbau von Gegenmacht.

Zusammenfassend läßt sich zum Handeln im Konsumbereich sagen: Entscheidend ist, daß in allen Dimensionen von Kirche die Orientierung an den Grundbedürfnissen aller Menschen deutlich wird. Das schließt eine prinzipielle Ablehnung der Ideologie der sich (angeblich) selbst regulierenden Marktwirtschaft ein, was sich in kritischem und boykottierendem Verhalten gegenüber Medien der Werbung und der Marktideologie auswirken muß, wonach die kaufkräftigen Präferenzen Vorrang haben. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch weitere Aufrüstung und Energieüberverbrauch abzulehnen und an Beispielen wie Auto und Fleisch die Verbindung von eigenem Konsumverhalten und weltwirtschaftlichen Mechanismen zu studieren und kritisch zu überprüfen.

Die Alternative zum totalen marktgesteuerten Konsum der Kaufkräftigen ist nicht notwendigerweise der total zentralgesteuerte Konsum des Staatskapitalismus und der zentralen Planwirtschaft, sondern Produktions-Konsum-Genossenschaften und der dezentralisierte Ausbau von Zellen selbständigen Wirtschaftens (Subsistenzwirtschaft) sowie die politische Garantie der Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen.

Im Bereich der Produktion müssen Kirchen als erstes der weiteren **Herabsetzung und Entrechtung des arbeitenden Menschen** hier und weltweit entgegenreten, indem sie für sich selber als Arbeitgeber damit beginnen, einen prinzipiell anderen Umgang mit der Arbeitslosigkeit

zu entwickeln. Beschäftigungspolitik ist heute in den Industrieländern der Testfall für Christen und Kirchen, wenn sie entscheiden müssen, ob sie eine Wirtschaftspolitik kritisch-konstruktiv unterstützen können oder ob sie sie ablehnen und ihr widerstehen müssen.

Dabei haben wir auch an dieser Stelle die größte Chance, soziale Träger als Koalitionspartner zu gewinnen, die gerade durch die Krise politisch aufwachen und bereit werden, erneut die Strukturfragen des Weltwirtschaftssystems zu stellen: die Gewerkschaften. An der Beschäftigungspolitik und an der Wahrnehmung der Koalition mit den Gewerkschaften weltweit wird es sich zeigen, ob die Kirche aus ihrer historischen Schuld im 19. Jahrhundert gelernt hat.

Im Blick auf den Produktionsfaktor Kapital ist Verweigerung bei Unrecht das mindeste, das die Kirche tun muß. Darüber hinaus kann die Kirche mit symbolischen und alternativen Handlungen einen neuen Umgang mit dem Zinsproblem einleiten. Anlässlich der vom 29.9. bis 2.10.1988 in Westberlin stattfindenden Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) können die westeuropäischen Kirchen öffentlich wirksam die Frage des Weltwährungssystems aufgreifen.

Im Blick auf den Produktionsfaktor Boden und Ressourcen ist vor allem auf den Raubbau am Boden der 3. Welt hinzuweisen und die Grundsatzfrage nach Boden als Privateigentum zu stellen. Kooperativen auf Kirchengrund und -boden wären ein interessantes Experimentierfeld. Auch hier berühren wir die Frage nach der Verstärkung dezentraler Subsistenzwirtschaft zum Abbau der totalen Macht des Marktes.

Verteilungsgerechtigkeit wird von der Kirche gefördert, wenn sie intern ein einheitliches Dienstrecht einführt und wenn sie extern Regierungen und Transnationa-

le Konzerne wie Großbanken beeinflusst, die die internationalen Verteilungsorganisationen wie GATT und IWF bestimmen.

Zentral für das Sehen, Urteilen und Handeln Lernen in allen Wirtschaftsbereichen hat sich die Entwicklung von unabhängigen, durch Selbstbesteuerung von der Basis getragenen Forschungs- und Beratungsgruppen erwiesen. Durch ihre Finanzierung mit Hilfe freiwilliger Umverteilung werden hier nicht nur zeichnerhaft neue Arbeitsplätze geschaffen. Vielmehr stellen sie die bisher bitter fehlenden Hilfsinstrumente dar, die christlichen Gruppen, Gemeinden und Kirchen helfen können, die verlorene Kompetenz im Wirtschaftlichen zurückzugewinnen; selbständig im Licht der Bibel nach Gottes Willen in diesem Bereich zu fragen, Partner im sozialen und politischen Kampf für mehr Gerechtigkeit zu finden und kritisch-konservative Schritte für das Leben aller Kreaturen zu tun. So können wir beginnen, an der neuen ökumenischen Bewegung für gerechteres Wirtschaften teilzunehmen und auf den Ruf zum Bekennen und zur gehorsamen Nachfolge zu antworten.

Jürgen Kaiser

## Vor allem ein Schuldenberg

Weltwirtschaft heute aus der Sicht der Zwei-Drittel-Welt

Im Jahr 1986 hat die Verschuldung der Entwicklungsländer bei privaten und öffentlichen Kreditgebern der Industrie- und der Ölförderländer die »Schallgrenze« von 1 000 Milliarden Dollar überschritten. Überschritten wurde mit dieser symbolträchtigen Zahl auch die Grenze der Leistungsfähigkeit einiger nationaler Volkswirtschaften.

Die Einschränkung von Zins- und Tilgungszahlungen durch eine Reihe von lateinamerikanischen Regierungen markiert das Ende eines bis dato geltenden grundsätzlichen Konsenses zwischen westlichen Kapitalanlegern und den meisten nationalen Eliten der Zwei-Drittel-Welt. Letzteren waren in den 70er Jahren die damals billigen Kredite als Wundermittel für eine Modernisierung ihrer Volkswirtschaften nach dem bewundernten westlichen Vorbild erschienen. Kredite von westlichen Regierungen, in zunehmendem Maße aber auch von Privatbanken, flossen in ehrgeizige und häufig weit überdimensionierte Industrialisierungs- und Infrastruktur-Projekte, aber auch in die Aufrüstung nationaler Armeen und »Sicherheitskräfte« sowie den Luxuskonsum der städtischen Eliten.

Die privaten Kredite wurden fast durchweg auf der Basis variabler Zinssätze gewährt. Als dann jedoch die Vereinigten Staaten, die größte Volkswirtschaft der westlichen Welt, vor allem infolge gigantischer Rüstungsprogramme seit Ende der siebziger Jahre selbst großen Kapitalbedarf anmeldete, statt Kapital zu

»exportieren«, gingen die Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten rapide in die Höhe. Damit stieg auch die Zinslast für bereits früher gewährte Kredite, so daß selbst vernünftig kalkulierte und arbeitende Projekte in Schwierigkeiten gerieten.

Alle Maßnahmen, die getroffen, alle Diskussionen, die über das Verschuldungsproblem geführt werden, drehen sich letztendlich um die Frage, wer diese das Weltwirtschaftssystem bedrohende Krise bezahlen soll. Der Internationale Währungsfonds (IWF) bemüht sich im Interesse der Gläubigerbanken in vielen hochverschuldeten Ländern eine Politik durchzusetzen, die über den Abbau von Staatsausgaben im Sozialbereich, eine Liberalisierung des Außenhandels, die Begrenzung von Lohnsteigerungen und die Abwertung der nationalen Währung versucht, Handelsbilanzen auszugleichen und das Land somit für ausländisches Kapital wieder »kreditwürdig« zu machen.

Diese Politik bürdet die Hauptlast den Armen der betroffenen Länder auf, die sich bislang mit Hilfe spärlicher sozialer Leistungen und öffentlicher Arbeitsstellen knapp über dem Existenzminimum am Leben halten konnten, denen also, die höchstens minimal von den aufgenommenen Krediten profitiert, geschweige denn über ihre Verwendung mitzubestimmen hatten. Sie müssen jetzt die Zehnte in Form kräftiger Preiserhöhungen für Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs bezahlen.

Demgegenüber zielen Lösungsvorschläge, wie sie zum Beispiel auf der Konferenz der am meisten verschuldeten Länder 1985 in Havanna geäußert wurden, darauf ab, auch die Gläubiger zur Finanzierung des als prinzipiell unbezahlbar angesehenen Schuldenberges heranzuziehen. Unter kirchlichen Entwicklungsfachleuten wird in diesem Sinne die Idee diskutiert, Rückzahlungen der Entwicklungsländer in einen Sonderfond für neue Kredite einzuzahlen. Eine erste praktische Konsequenz war die von Peru 1985 erklärte Begrenzung der Schuldentrückzahlung auf einen bestimmten Prozentsatz der Deviseneinnahmen des Landes.

Wie und auf wessen Kosten das Schul-

denmanagement in den nächsten Jahren auch betrieben werden wird - es ist deutlich geworden, daß eine Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit der betroffenen Länder noch keine Lösung des Problems darstellt. Selbst bei einem generellen Schuldenerlaß bedürfte es danach einer Veränderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die den Entwicklungsländern bis heute keine andere Rolle als die rohstoffliefernder und industriegüterabnehmender Ergänzungswirtschaften zu den Industrieländern läßt, damit der gleiche Prozeß, der zur Entstehung des jetzigen Schuldenberges geführt hat, sofort erneut in Gang gesetzt wird.

## Diskussion

Zu Helmut Gollwitzer «Einiges zu Eberhard Arnold und den Bruderhöfen» (CuS 1/1988)

Herbert Sorgius, jetzt Rottenburg/Neckar, ehemals auf dem Bruderhof in Paraguay, hat an Prof. Gollwitzer geschrieben. Viele von uns kennen Herbert Sorgius und haben sich von ihm persönlich über seine Erfahrungen erzählen lassen. Sicher sagt dieses unmittelbare mündliche Berichten mehr als der kurze Briefauszug, den wir aber doch abdrucken wollen. Ich hatte schon im Editorial «Zu diesem Heft» 1/1988 einen Hinweis auf Herbert Sorgius geschrieben, der dann einer Textkürzung zum Opfer fiel. (Vgl. dort).

Im folgenden der betreffende Abschnitt aus dem Brief von Herbert Sorgius an Helmut Gollwitzer.

E.G.

Von 1932-61 war ich Mitglied der von Eberhard Arnold gegründeten «Bruderhöfe», über die (und den) Sie in «Christ und Sozialist» 1/1988 so begeistert schreiben.

Da Ihr Bericht nur aus Berichten geschrieben ist, die positiv sind und von dort kommen, benötigen sie eine Korrektur. Denn ich möchte nicht, daß junge oder auch ältere Menschen sich auf diesen Bericht hin anschließen, und dann erst im Laufe der Zeit, wenn durch ein Gelübde gebunden, hinter die Kulissen schauen. Wenn auch nicht so gründlich wie ich, der ich viele Jahre dort einen diakonischen Dienst versah. Daß von den ca. 1 500 Mitgliedern Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre ca. 600-800 gegangen wurden, wenige in Protest gingen, hat der Bruderhof nie als Unrecht angesehen. Daß es erst geschah, als die Wiedergutmachungsgelder eingegangen waren, mit der Begründung der «Hausmutter» „wie sind kein Altersheim“, stellt den Bruderhof meines Erachtens in die Reihe der Jugendsekten, auch wenn sie sich wieder mit den «Hutterern» vereinigt haben und „Liebe ausstrahlen“. Selbst auf die Mahnung von Ex-Gliedern, sich endlich zu diesem zum Himmel schreienden Unrecht zu bekennen und, soweit Menschen noch in Not sind, dort zu helfen, wird nicht reagiert.

Entschuldigen Sie bitte die Schärfe, aber, wie gesagt, ich möchte nicht, daß wieder und mehr Menschen in Not, vor allem in innere Heimatlosigkeit kommen.

Herbert Sorgius

## Lebenszeichen

unterwegs e.V.

«Arbeitskreis für evangelistische Verkündigung im politischen Horizont» nennt sich die Gruppe, die die Vierteljahresschrift «unterwegs» herausgibt. Es sind ehemalige SMD-Mitglieder (Studentenmission in Deutschland, der pietistisch orientierte, von der verfaßten Kirche bzw. den Studentengemeinden unabhängige Verband, der neben Studenten- auch Schüler- und Akademikerarbeit macht), die 1975 in Göttingen mit dem Arbeitskreis für soziale und politische Fragen «Hic et nunc» begonnen haben und sich allmählich von der offiziellen SMD-Linie abweichen sahen. Gleichwohl stehen sie selbst ganz und gar zur ihrer «evangelikalen» Herkunft. In der BRD stehen sie als «linke Evangelikale» relativ einsam da. Der «Lorenzer Laden» um Andreas Ebert in Nürnberg, der coprint-Verlag Wiesbaden und vielleicht noch Friedensaktivitäten von Volksmissionarischen Ämtern wie dem der rheinischen Landeskirche mögen zu diesem schmalen Spektrum gehören, das unsere Aufmerksamkeit und Sympathie verdient.

Außerhalb deutscher Lande aber können sie auf tapferer Mitstreiter verweisen: die Lausanner Weltkonferenz für Evangelisation von 1974, die Londoner Konferenz über «Einfachen Lebensstil» von 1980 und vor allem das «Evangelikale Zeugnis in Südafrika» von 1986 sprechen eine andere, entschiedener und glaubwürdigere Sprache als die Kundgaben der Evangelischen Allianz und des idea-Pressedienstes. Die «unterwegs» Leute füllen ihr biblisches Zeugnis im politischen Horizont durch vielerlei persönliche Erfahrungen, vor allem im südlichen Afrika. Die Themen ihrer Hefte sprechen für sich: Weltwirtschaft (3/87), Neue Armut (1/86), Nicaragua (1/84), Tschernobyl (1/87), Arbeit/slosigkeit (3/83) u.v.a. Die Hefte sind mit Liebe und Professionalität grafisch gestaltet und Fundgrube für die jeweiligen Themen. Sie sind fast alle noch nachbestellbar. Da die unterwegs-Leute ihre professionelle Arbeit auch finanziell bewältigen müssen, sei hier kollegial, oder besser: geschwisterlich darauf hingewiesen, daß ein Abo von «unterwegs» nicht Konkurrenz, sondern Ergänzung zu «Christ und Sozialist» wäre.

Alles übrige, auch Hinweise auf Tagungen für Leser und Interessierte:  
unterwegs - Versand  
Postfach 201 806  
5600 Wuppertal 2

## Aufgelesen

Ich werde nicht vergessen, wie ich in Zürich bei meiner ersten Anmeldung als politischer Flüchtling, dem die Schweiz ja traditionsgemäß Asylrecht gewährt, von der Fremdenpolizei in biederer Mundart angeschnauzt und behandelt wurde, als sei ich ein potentieller Betrüger, Schwindler, Scheckfälscher oder womöglich gar ein Kommunist. Wie viel Geld ich habe, ob ich ein Bankkonto nachweisen könne? Im Augenblick konnte ich das keineswegs. Solche Leute habe man hier nicht gern, warum ich denn nicht geblieben sei, wo ich hingehöre? Was ich verbrochen hätte (wörtlich), daß ich hätte weglaufen müssen? Ich sagte (da man mit politischen Bekenntnissen sehr vorsichtig sein mußte), daß meine Mutter jüdischer Abstammung ist. Das sei kein Grund, hieß es, wenn man nicht selber Jude ist. Und die Juden würden auch nur aus Feigheit wegrennen oder um draußen Geschäfte zu machen, denen passierte dort gar nichts, wenn sie sich anständig aufführten, es werde ihnen nur endlich einmal auf die Finger gesehen. Ich erwähnte die Besetzung Österreichs und die dort herrschenden Zustände. Aber ich sei gar kein Österreicher, hieß es, was meinem Paß nach ja auch stimmte - dann hätte ich doch ins Reich zurück sollen, wo es jetzt so gut geht, anstatt hier zur Last zu fallen. «Ich werde niemandem zur Last fallen», sagte ich, «und meinen Unterhalt schon verdienen.» «Aber nicht hier!» schrie man mich an, hier hätte ich kein Recht zu verdienen! Da könne ja jeder herkommen und den Einheimischen das Brot wegnehmen!

CARL ZUCKMAYER

E.G.

# Zeitansage

## Sicherheitspartnerschaft - Erster Anfang gemeinsamer Zukunft

Zum Abrüstungsvertrag zwischen der UdSSR und den USA vom 8. Dezember 1987

Die in ein gigantisches Wettrüsten verstrickten Weltmächte haben als erste Abrüstungsabkommen geschlossen. Der Vertrag über atomare Mittelstreckenwaffen (Intermediate Nuclear Forces; INF) sieht erstmals in der Geschichte die **Vernichtung** einer ganzen Kategorie von **Atomwaffen** vor. In den nächsten drei Jahren sollen die landgestützten atomaren Systeme der Supermächte mit einer Reichweite zwischen 500 und 5 000 Kilometern beseitigt werden (Artikel IV). Dabei hat „jede Seite das Recht, Vor-Ort-Inspektionen durchzuführen“ (Art. XI), einschließlich der Überwachung vor den Toren der Produktionsanlagen, 13 Jahre lang (Zusatzprotokoll). Ein Nebeneffekt des Abkommens ist die Information über geheime Arsenale, die die Gegner mittels Satelliten nicht erkunden konnten. Das Protokoll über Zahl und Standorte der Mittelstreckenraketen wird geheimgehalten. Pierre Simonitsch, Beobachter der Abrüstungsgespräche in Genf, schätzt, daß fast 4 000 Atomsprengeköpfe zu vernichten sind (Frankfurter Rundschau, FR, Nr. 289, v. 14.12.1987). Aus einem Zusatz wird auch klar, daß die USA mehr Atomwaffen in Westeuropa gelagert hatten als bisher zugegeben: nicht 108, sondern mindestens 120 Pershing II-Raketen, nicht 256, sondern 309 Marschflugkörper (FR Nr. 289, v. 14.12.1987). Nicht nur in Hasselbach (Hunsrück), wo 62 von diesen liegen sollen, dürfte die Freude groß sein.

**Wem sollen wir danken für diesen Vertrag?** Daß nur durch die »Nachrüstung«, durch Aufstellung von atomaren Mittelstreckenraketen die UdSSR zur Abrüstung bewegt wurde, wird die These **konservativer Kräfte** sein. Entsprechend dürfte in den nächsten Wahlkämpfen die Argumentation der Regierung lauten, wenn sie nicht über diese Zeit zu schweigen vorzieht.

Das Vertragswerk selbst geht mit Recht in seiner Präambel von einer **gegenwärtigen Kriegsgefahr** aus. Ebenso von dem „Bewußtsein, daß ein Kernwaffenkrieg für die ganze Menschheit verheerende Folgen hätte.“ Der NATO-Doppelbeschuß vom 12.12.1979 hatte die Sowjetunion keineswegs zum Einlenken bewegt. Die UdSSR reagierte vielmehr mit der Aufstellung von Atomraketen bis 900 km Reichweite (SS 12/22 und SS-23), stationiert in der DDR und CSSR. Nach der Nachrüstung der NATO ist die Lage instabiler denn je gewesen. Denn von den vorgeschobenen Bastionen Westeuropas aus bedrohen zielgenaue Atomwaffen wechselweise die Lebensadern der Gegner. Die kurzen Flugzeiten der Raketen schlossen jede Vorwarnung des Gegners oder Konsultationen unter Verbündeten aus. Krieg infolge Irrtums bzw. Panikhandlung oder technischer Mängel war eine schreckliche Möglichkeit geworden. Vorhandene Overkill-Kapazitäten führten die Militärdoktrinen von der Erhaltung oder Herstellung des Gleichgewichts ad absurdum. Auf diese Gefährlichkeit der Lage immer wieder hingewiesen zu haben, ist das Verdienst der Friedensbewegung. Als Hunderttausende demonstrierten, Tausende Blockaden bildeten, Arbeit für den Frieden ein tragendes Motiv in Religion und Kultur wurde, hat sich das Bewußtsein einer Mehrheit der Bevölkerung verändert, auch wenn greifbare politische Erfolge zunächst nicht erreicht wurden. Der Friedensbewegung haben wir zu danken. Ihr gilt unser solidarischer Gruß.

Und der **amerikanische Präsident**? Dankbar sind wir darüber, daß er Kontakt zur Realität gefunden hat. Eben die Kriegsgefahr zwingt auch ihn, sein propagandistisches Feindbild vom »Reich des Bösen« in der Sowjetunion zu revidieren und die Herausforderung anzunehmen, „von der Konfrontation zu Kooperation“ überzugehen. Im letzten Jahr der Amtszeit wenigstens einen großen Erfolg zu erreichen, mag ein persönliches Motiv sein, nachdem Antikommunismus ein bisher dominierendes Motiv seiner Politik war ohne Rücksicht auf die Armen, denen Hilfe verweigert oder deren Unterdrückung verstärkt wurde wie in Afrika oder Lateinamerika. Angesichts eines großen Haushaltsdefizits mag auch ein Verzicht auf entbehrliche Rüstungsmaßnahmen leichter geworden zu sein, umso eher als das Projekt der Weltraumwaffen (SDI) hartnäckig weiterbetrieben wird. - In erster Linie zu danken haben wir dem **Generalsekretär** der KPdSU Michail **Gorbatschow**. „Mit der Lostrennung der Politik von den allgemeinen menschlichen Normen der Moral Schluß machen“, dazu ruft ausgerechnet ein kommunistischer Politiker die Politiker des Westens auf, die sich Christen nennen. In einer Sprache humanistisch inspirierter Philosophie werden alle Menschen an ihre Aufgabe erinnert, „die Diskrepanz zwischen der politischen Praxis und den allgemein menschlichen moralisch-ethischen Normen zu beseitigen“ (S.7) Die Rede auf dem internationalen Forum »Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit« 14.-16. Februar 1987 hat Argumente der Friedensbewegung in die offizielle Regierungspolitik aufgenommen. Sie formulierte die weltpolitische Verantwortung beider Großmächte: „Wir sind keine Richter, und die Milliarden Menschen sind keine Verbrecher, die bestraft werden müssen. Gerade deshalb muß auch die nukleare Guillotine zerstört werden.“ (S.6) »Vertrauen« postulierte er als Fundament für ein neues Gebäude der internationalen Sicherheit ebenso auch der Umgestaltung (Perestroika) in der Sowjetunion. „Bei allen zwischen uns bestehenden Unterschieden müssen wir alle es lernen, gemeinsam die große menschliche Familie zu bewahren.“ (S. 13, Sonderdruck, bei Aktion Sühnezeichen, Junge Kirche, Beih. 3/1987) - Der Vertreter des neuen Denkens hat zugleich in Taten zahlreiche Zugeständnisse gemacht: Moratorium für Atomtests trotz US-amerikanischer Versuche, Verzicht auf Anrechnung der Stärke französischer und britischer Streitkräfte bei den Abrüstungsverhandlungen, Bereitschaft zu einem Separatabkommen ohne Verknüpfung mit anderen Fragen. Diese Zugeständnisse wird man umso höher einschätzen müssen, als das Sicherheitsbedürfnis in der UdSSR groß ist. Dreimal in ihrer siebzigjährigen Geschichte ist das Land überfallen worden, hat im letzten Weltkrieg 20 Millionen Menschen verloren, ist heute eingekreist durch ein Netz von US-Militärbasen rings um den Erdball. Der Wille, das Land unangreifbar zu machen, stand für frühere Regierungen im Vordergrund. Die neuen friedenspolitischen Einsichten M. Gorbatschows nahmen vom bisherigen Paritätsdenken Abschied: „Eine Parität bei der Fähigkeit, einander mehrfach zu vernichten, ist Wahnsinn, Absurdität.“

**Was bleibt zu tun?** Kaum war der Vertrag unterschrieben, verkündeten die USA den Beginn einer neuen Generation chemischer Waffen, sogenannten Binärwaffen, will Präsident Reagan chemische Laser im All testen lassen, planten die **britische** und **französische** Regierung gemeinsam eine Atomrakete für die Luftwaffe beider Länder zu entwickeln, gleichsam als Ersatz für den Abzug US-amerikanischer Marschflugkörper aus Großbritannien, wie die Labour-Party kritisiert, beschlossen die **Bundesrepublik Deutschland** und Frankreich eine militärische Kooperation. Auch hat Präsident Reagan Geister, die er rief, nicht loswerden können, die nun die Ratifizierung des Ver-

trags im US-amerikanischen Senat zu verhindern suchen. Hindernisse und Rückschläge für den Fortgang des Abrüstungsprozesses also genug. - **Generalsekretär M. Gorbatschow** hat in einer Neujahrsansprache im amerikanischen Fernsehen den INF-Vertrag gewürdigt als „Anfang eines historischen Prozesses hin zur Abschaffung aller Atomwaffen“. 50 prozentige Reduzierung der strategischen Atomwaffen (START) wäre der nächste Schritt.

Aber dann sind die Hindernisse weiter gewachsen. Schon im Februar drängte die US-Regierung auf »Modernisierung« (sc. Aufrüstung) bei den atomaren Kurzstreckenwaffen (Reichweite bis 500 Kilometer). Nur vorerst nicht, prinzipiell nichts dagegen! ist die Position der deutschen Regierung, auf die man sich einigte. Und die US-Regierung will den Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrag, der Forschung und Tests bei den Raketen-Abwehrwaffen stark begrenzt und eine Stationierung verbietet, weit auslegen und frühzeitig auslaufen lassen. Aktivitäten um ein Raketen-Abwehr-System im Weltall (SDI) sollen nicht begrenzt werden. Tendenzen zu weiterer Aufrüstung im Westen. Dabei hatte M. Gorbatschow angeboten, Giftgas und atomare Kurzstreckenwaffen abzuschaffen und - angesichts der Sorgen im Westen - obendrein, Ungleichgewichte bei der konventionellen Rüstung zu beseitigen. Wenn Moskau angeboten hat, bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen 1 450 Stück gegen ca. 90 der NATO abzuschaffen (FR. 15.2.), dürfte klar sein, wer hier Vorteile aus der Hand zu geben bereit ist.

Was von unseren westlichen »Sicherheits«-Strategen nicht beachtet wird, sind Meldungen wie diese: »Beinahe-Unfall« auf einem Atom-U-Boot der Briten im Januar (Observer, Neue Westfälische, 15.2.). Dann die Serie abstürzender Flugzeuge in der Nähe von Atomkraftwerken während der Stillen Woche. „Wer schützt uns vor unsern Beschützern?“ stand auf einem Transparent bei den Ostermärschen 1988.

Es wird nun darauf ankommen, daß die **Friedensbewegung** in ihren Anstrengungen nicht nachläßt. Religiöse Sozialisten werden die Christen an ihre Mitverantwortung für Abrüstung erinnern.

Die **Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen** und andere Gruppen in der Tradition der Bekennenden Kirche von Barmen 1934 haben 8 Thesen vorgelegt »Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion« (Gütersloh 1987), zuvor den Aufsatzband »Brücken der Verständigung« (Gütersloh 1986). In These 5 heißt es: „Der Antikommunismus in Kirche und Gesellschaft ist eine Wurzel der Unversöhnlichkeit und ein Haupthindernis für Frieden und Verständigung mit der Sowjetunion. An seiner Überwindung zu arbeiten und für eine reale »Entfeindung« einzutreten ist eine heute notwendige Gestalt der Feindesliebe der Bergpredigt.“ Diesen Aufruf an Kirchen und Christen können wir mittragen.

Bewegt können wir auch seit dem 22. Juni 1987 blicken auf die erste gemeinsame Bestandsaufnahme von **Sozialdemokraten** und **Kommunisten in Deutschland** seit ihrer Trennung 1919. Im Dokument von SPD und SED heißt es zum Abrüstungsprozeß: „Friede kann heute nicht mehr gegeneinander errüftet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden. Daher muß gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert werden. Die verlangt, daß jede Seite die legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Seite mit bedenkt und respektiert. Nur so können Dialog, Rüstungskontrollverhandlungen und konkrete Friedens- und Abrüstungsinitiativen vorankommen.“ (1,2)

In Kontakt mit der Kommunistischen Partei der CSSR haben beide Parteien am

5. April eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa gefordert.

**Sicherheitspartnerschaft** muß heute gemeinsames Ziel von Christen und Sozialisten sein. Für Religiöse Sozialisten, deren Väter auch unter dem Faschismus gelitten haben und verfolgt wurden, die aber auch über den roten Militarismus der Bolschewiki geseufzt und schließlich Stalins Terror verurteilt haben, ist das »neue Denken« in der Sowjetunion ein Signal. Ein kommunistischer Politiker, der den ersten Schritt zur Abrüstung wagte, erinnert uns Christen an die Botschaft Jesu von der Feindesliebe, die ja gerade Christen im Unterschied zu den Heiden auszeichnen soll. Für die Abrüstung zu werben, zu arbeiten und zu kämpfen ist Dienst zur Bewahrung der Schöpfung, praktische Ehrfurcht vor allem Leben als der Heilsgabe Gottes und eine Demonstration für Gottes kommendes Reich, in dem „Friede und Gerechtigkeit sich küssen“.

Reinhard Gaede

## Zu Ostern in Jerusalem

Mein Kommentar zur Situation in Israel, entstanden aus einer österlichen Studienreise, muß mit Ergänzungen rechnen und soll keineswegs ein abschließendes Wort sein. Es ist nicht einfach, unsere Solidarität mit den jüdischen Geschwistern und das Ja zu unseren jüdischen Wurzeln mit eben derselben Solidarität mit den bedrängten Palästinensern zu verbinden. Gäbe es nicht überzeugende Vorbilder aus dem heutigen Israel und Judentum und vor allem aus der ersten jüdisch-sozialistischen Siedlergeneration, so müßten wir als Deutsche - verstummen.

Auf einer Studienreise in den Osterferien haben wir, eine Gruppe vor allem von Religionslehrern, das heutige Israel in der Länge und Breite durchquert. Das Historische und Archäologische aus vorbiblischen, biblischen und nachbiblischen Zeiten stand im Vordergrund, aber Begegnung mit dem heutigen Israel ist nicht denkbar ohne die Spannungen, die Israel und die von ihm besetzten und verwalteten Gebiete gegenwärtig bestimmen.

Es ist ein Land ungeheurer Gegensätze, zunächst landschaftlich und klimatisch: vom schneebedeckten Hermon, der wunderbar über dem Dunst schwebend, bis weit südlich des Sees Genezareth noch zu sehen ist, bis zur Wüste, manchmal sogar schon zwischen einer kühlen Ruine aus der Kreuzfahrerzeit und dem sonnenbeschieneenen Platz davor, ja zwischen der schattigen Straßenseite und dem gleißenden Licht ein paar Schritte daneben; uralte Kulturdenkmäler und moderne Technik und Infrastruktur, wenige Meilen davon das scheinbar idyllische Bild einer Schaf- und Ziegenherde über steilem Fels, ein Hirtenjunge, der Flöte spielt, ein Esel, auf dessen Rücken das kostbare Wasser von einer Quelle oder Wasserleitung geholt wird: Gegensätze auch von arm und reich, privilegiert und nahezu rechtlos. Bei den Ruinen von Kapernaum eine dreigliederte Ölpressen aus dem Altertum, sichtbares Abbild der Klassengesellschaft der Antike: erst das wertvolle Öl für die Tempelgeräte und den Export nach Syrien, dann ein konischer Stein als Mühlrad für das Öl des alltäglichen Gebrauchs in Speisen und Lampen; der dritte Arbeitsgang preßt dann noch das »Öl für die Armen«, bitter und billig, aus dem Ölschlamm, dessen Reste als Viehfutter verwendet werden.

Die Geschichte dieses Landes ist nicht mit dem Abschluß des biblischen Kanons stehengeblieben. Sie ging weiter bis zu den Problemen von heute, die schier unlösbar scheinen. Die Basare in den (christlichen und islamischen) arabischen Vierteln der Jerusalemer Altstadt waren jeweils nur für die wenigen Vormittagsstunden geöffnet, die die Händler einerseits vor Maßnahmen der israelischen Behörden bewahren, andererseits aber Gehorsam gegenüber dem Streikaufruf der palästinensischen Landsleute vorspielten: der «kleine Mann» zwischen den Mühlsteinen der Mächtigen - Gott sei Dank, daß er wenigstens, wo nötig, klug und geschickt ist. Das allgegenwärtige israelische Militär, ohne das der Tourismus gänzlich erliegen würde, schreitet in den Basargassen sogar ein, wenn ein Messer zum Schneiden der Konfektblöcke aus Nüssen und Honig zu groß geraten erscheint, und holt mit deutlichem Wink Araberjungen von den Dächern, die sich die Szenerie «vom ersten Stock» betrachten wollen. Nahezu gespenstisch das am Ostersonntag (dem griechisch-orthodoxen Palmsonntag) fast menschenleere Bethlehem: kilometerlange breite Pilgerstraßen, die Geschäfte und Lokale rechts und links ausnahmslos verriegelt, Militärwachen besonders dicht auf dem Platz vor der Geburtskirche. Am Tag zuvor war ein Palästinenser, eine Woche zuvor ein israelischer Soldat getötet worden. Die vorwiegend von christlichen Arabern bewohnte Stadt, die zu den bis 1967 jordanischen Westbanks gehört, war noch nie so öde und scheinbar verlassen, sagen die erfahrenen Israelpilger.

Seit Wochen und Monaten verweigern die Palästinenser durch ihre Streiks die Mitarbeit an der Wirtschaft «Groß-Israels». Sie sind die eigentlichen Leidtragenden der gegenwärtigen Situation: anders als die Araber israelischer Staatsangehörigkeit im Gebiet des Staates Israel in den Grenzen von 1967 sind sie faktisch ohne bürgerliche Rechte, mit jordanischem Paß, vielfach aber, etwa im Hotelgewerbe und in der Bauindustrie in Israel erwerbstätig - nicht einmal «Bürger» zweiter Klasse, sondern Gastarbeiter, die aus einem besetzten Land stammen. Von den hohen Herren der arabischen Welt sind sie schon 1948 im Stich gelassen worden und nur als Instrument ihres politischen Ehrgeizes und Symbol ihres antiisraelischen («antizionistischen») Fanatismus von Interesse. (In Jerusalem besteht ein erheblicher Teil, in Nazareth und Bethlehem der größte Teil der Araber aus Christen vor allem syrisch-orthodoxer und griechisch-orthodoxer Konfession).

Fanatismus gibt es auf beiden Seiten, ebenso Provokationen, die nicht nur Nadelstiche sind, die auf Dauer Nerven überstrapazieren. Es ist eher ein Wunder, daß nicht noch mehr Palästinenser gewalttätig werden und nicht noch mehr junge israelische Wehrpflichtige die Nerven verlieren.

Als Deutsche, die Yad-Wa-Shem und Lochamei-Ha-Gethaoth, Stätten der Erinnerung an die Völkermordmaschinerie der Nazizeit (und an den Widerstandskampf in den Ghettos und KZs!) nur mit tiefster Beschämung und größter Ergriffenheit aufsuchen können, steht uns Zurückhaltung mit Kritik und Ratschlägen gut an. Wir können Hoffnung darauf setzen, daß es eine starke innerisraelische jüdische Opposition gegen den harten Kurs der Betonköpfe vom Likudblock und den Fanatismus der illegalen Siedler (Gusch-Emonim) oder der National-Religiösen gibt. «Schalom achschav», die «Frieden jetzt»-Bewegung, hat öffentliche Resonanz. Und Israel hat eine freie Presse.

Der Gegensatz artikuliert sich, anders als in Nordirland, auch nicht religiös. Ein Moslem kann unbehelligt den Platz vor der Westmauer durchqueren oder in einem jüdischen Viertel leben und umgekehrt. Ausgenommen ist nur Qubbat-es-Sakhra, der von Mauer und Toren umgebene einstige Tempelbezirk, mit Felsendom und El-Aksa-

Moschee, dessen Betreten die souveränen islamischen Wächter Juden im allgemeinen (Reiseleiter ausgenommen) verwehren. Beachtlich ist aber gerade, daß der israelische Staat das uneingeschränkt akzeptiert.

Die Israelis werden niemals das beeindruckend und attraktiv wiedererrichtete (von den Jordanern 1948-67 dem Erdboden gleichgemachte) jüdische Viertel in der Altstadt wieder räumen oder den Zugang zur Westmauer preisgeben. Auf die Golanhöhen können sie Ansprüche erheben, nicht aus strategischen Gründen - das darf nicht ausschlaggebend sein -, sondern weil der Westhang und die Höhen von den staats-treuen Drusen bewohnt und nicht arabisches Siedlungsgebiet sind. Aber die Palästinenser der «Westbanks» müssen das Recht haben, in einem eigenen Staatswesen souverän zu leben. Ob sie den Feudalismus der jordanischen Monarchie lieben, ist sehr die Frage. (In Eilat habe ich jordanische TV-Nachrichten sehen können: 95 % aus dem Leben der königlichen Familie; 5 % was sich in der übrigen Welt tut!)

Sonst wäre eine palästinensisch-jordanische Föderation die Lösung. Starke wirtschaftliche Verbindung zu Israel müßte sie in beiderseitigem Interesse haben. Vielleicht drängt die notwendige ökonomische Symbiose die Beteiligten doch zur Nachbarschaftlichkeit und gegenseitiger Anerkennung. Jüdische Siedler, die ödes Land in den Westbanks kultiviert und sich so Anrechte erworben haben, könnten, wenn sie nicht Fanatiker wären, und müßten dann in dem neuen Staat als Minderheit mit israelischem Paß so leben wie umgekehrt in Israel erwerbstätige Palästinenser - oder, wie es Araber israelischer Staatsangehörigkeit gibt, ihrerseits die Staatsbürgerschaft des Palästinenserstaates akzeptieren.

Ganz dunkel ist die Zukunft des geplagtesten und verlassensten, zugleich aber dichtestbevölkerten Landstrichs im ganzen vordern Orient: des Gaza-Streifens. Er ist eine Aufgabe für die vielbeschriene Solidarität der arabischen Welt, besonders Ägyptens, aber auch ein Notstandsgebiet, das internationaler Hilfe bedarf.

Ein «Groß-Israel» bis zum Jordan, womöglich unter mehr oder weniger sanfter Vertreibung der Palästinenser, denen dann «das weite dünnbesiedelte Ostjordanland offensteht», ist nicht nur ein unerfüllbarer Traum, sondern vor allem ein verbrecherisches politisches Vorhaben, - ebenso wie das offizielle Ziel der arabischen Liga und der PLO, Israel «ins Meer zu fegen» und 40 Jahre blühenden Aufbaus des jüdischen Staates zu vernichten.

«Dauerhafter Friede gegen Gebietsrückgabe» - die Einzelheiten müßten zu klären sein, und die Mehrheit der Israelis und Palästinenser dürften sich den Geboten der Vernunft nicht verweigern, wenn sie ein Ende der unerträglichen Feindseligkeiten anstreben, die nur auf dem Rücken der kleinen Leute blutig ausgefochten werden.

E.G.

# Hinweise auf Bücher

Die Rezensionen zu den folgenden Büchern liegen erst für Heft 3/1988 und damit zur Jahrestagung vor. Da sie aber zum Thema «HUNGER WIRD GEMACHT» gehören und als Lektüre vor der Jahrestagung herzlich zu empfehlen sind, nennen wir sie hier:

Franz J. Hinkelammert: **Die ideologischen Waffen des Todes**. Zur Metaphysik des Kapitalismus. Edition liberación, Münster 1985 (330 S., DM 42,-) - das umfangreiche, nicht leicht lesbare, aber zentrale Werk befreiungstheologischer Kapitalismuskritik. Hinkelammert ist Professor für Ökonomie in Honduras und Costa Rica, seit er 1973 durch den Militärputsch aus Chile vertrieben wurde. Bruno Kern wird auf der Jahrestagung über Hinkelammerts Analyse des Kapitalismus und seine Weiterentwicklung der Marxschen Kapitalkritik informieren.

Paul Sandner und Michael Sommer: **IWF - Weltbank ENTWICKLUNGSHILFE** oder finanzpolitischer KNÜPPEL für die «DRITTE WELT»? Stuttgart 1987 (128 S., DM 9,50)

dies.: **Banken, Kredite und die «Dritte Welt»**, Band 1: **VERSCHULDUNG ALS MODERNE FORM DER AUSPLÜNDERUNG**. Stuttgart 1988 2. Aufl., (92 S., DM 5,-)

Beide herausgegeben vom AK Entwicklungspolitik im BDKJ im Schmetterling-Verlag, Holzstr. 31, 7000 Stuttgart 80. Leicht verständliche Einführungen in Struktur und Politik der «Multis» und die Zusammenhänge der Schuldenkrise, beide Bücher mit Glossar, Querverweisen, Grafiken - die unentbehrliche und preiswerte Einführungslektüre vor allem für wirtschaftswissenschaftliche Laien.

Als epd-Dokumentationen sind erschienen:

Nr. 15/88 Klaus Lefringhausen: **Briefe zur Schuldenkrise**. Ein Finanzwissenschaftler und ein Pfarrer in einem fiktiven Dialog. (DM 5,50)

Nr. 15a/88 Gruppe «Plädoyer für eine ökumenische Zukunft»: **DOMINANZ DES ÖKONOMISCHEN DURCHBRECHEN**. (DM 5,50)

Beides über GEP-Vertrieb, Postfach 17 03 61, 6000 Frankfurt 1.

## JAHRESTAGUNG DES BUNDES DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS

### Thema: HUNGER WIRD GEMACHT Vom Schuldenberg zur Schuldenbombe

Referenten: Bruno Kern, Missionszentrale der Franziskaner, Bonn  
Hans-Jürgen Schülbe, Ökonom, Bad Hersfeld

Ort: Bad Hersfeld, Jugendbildungsstätte Frauenberg

Zeit 14.10. (18 Uhr) bis 16.10.1988 (nach dem Mittagessen)

Anmeldung an Udo Fleige, B.R.S.D., Postfach 2521, 7400 Tübingen

Tagungskosten: DM 90,- (ermäßigt 75,-) - alles außer Handtuch inklusive.

Auf der Tagung findet die Mitgliederversammlung 1988 statt, zu der hiermit eingeladen wird.

BITTE BIS ZUM 31. AUGUST 1988 SICH ANMELDEN !

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>FLÜCHTLINGE</b>	
Lied des Flüchtlings	1
Annette Windgasse	
<b>Was Flüchtlinge krank macht</b>	3
Jean Claude Diallo	
<b>Flüchtlinge erfahren auch in Deutschland Rassismus</b>	8
Johanna Niedermüller	
<b>Frauen im bundesdeutschen Exil</b>	11
Erhard Griese	
<b>Zuflucht der Heimatlosen</b>	17
<b>HUNGER WIRD GEMACHT</b>	
<b>Diebstahl durch Handel</b>	25
Erhard Griese	
<b>Modernisierung oder Befreiung?</b>	27
Bruno Kern	
<b>Multinationale Konzerne in der Kritik der Befreiungstheologie</b>	30
Ulrich Duchrow	
<b>Kirchen, Christen und der Weltkapitalismus</b>	43
Jürgen Kaiser	
<b>Vor allem ein Schuldenberg</b>	47
<b>DISKUSSION</b>	
zu Eberhard Arnold und den Bruderhöfen	48
<b>LEBENSZEICHEN</b>	
unterwegs e.V.	49
<b>ZEITANSAGE</b>	
Sicherheitspartnerschaft - Erster Anfang gemeinsamer Zukunft (Reinhard Gaede)	50
Zu Ostern in Jerusalem (E.G.)	53

### Mitarbeiter dieses Heftes:

Annette Windgasse und Jean Claude Diallo, Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge, Graf-Adolf-Str. 102, 4000 Düsseldorf  
Johanna Niedermüller, Rudolfstr. 135, 5600 Wuppertal 2  
Bruno Kern, Albertus-Magnus-Str. 39, 5300 Bonn 2  
Ulrich Duchrow, Hegenichstr. 22, 6900 Heidelberg  
Jürgen Kaiser, c/o unterwegs, Postfach 201 806, 5600 Wuppertal 2  
Herbert Sorgius, Römerstr. 15, 7407 Rottenburg 7  
Dr. Reinhard Gaede, Laarer Str. 297, 4900 Herford

**CHRIST UND SOZIALIST** wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Erhard Griese (Düsseldorf), Udo Fleige (Tübingen), Günter Ewald (Bochum) und Dorothea Schäfer (Eßlingen). Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzügl. Versandkosten. Erscheinungsweise vierteljährlich.

«Christ und Sozialist» kooperiert mit «Neue Wege», Zürich.

Zahlungen an den Bund der Religiösen Sozialisten,

Postgiro Dortmund 1 893 89-464 (BLZ 440 100 46)

Die Innenseiten wurden gedruckt auf ORIGINAL UMWELTSCHUTZPAPIER - hergestellt aus

100% Altpapier ohne Bleichung oder Färbung - spart Energie und Rohstoffe.

Ein aktiver Beitrag zur Umweltentlastung und zum sorgfältigen Umgang mit unseren Gütern!

**Redaktion:** Marie-Luise Cavallaro (Frankfurt), Günter Ewald (Bochum), Reinhard Gaede (Herford), Erhard Griese (Düsseldorf), Sylvia Krautter (Eßlingen), Klaus Kreppel (Bielefeld)

**Redaktionsadresse und Versand:** Erhard Griese (verantwortl. Redakteur), Lore-Agnes-

Weg 15, 4000 Düsseldorf 13

**Abonnement und Retours:** Udo Fleige, c/o B.R.S.D., Postfach 2521, 7400 Tübingen

**Satz und Druck:** Knotenpunkt e.V., 5449 Buch/Hunsrück

Abonnement und Retour:  
B.R.S.D.  
Postfach 2521  
7400 Tübingen

## Was wollen die Religiösen Sozialisten ?

Die Bibel der Juden und der Christen spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der „die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet“. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.

Darum treten die Frauen und Männer im Bund der Religiösen Sozialisten für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gerechte und gleiche Lebensbedingungen antreffen. Wir tun das als Teil der ökumenischen Christenheit, verbunden mit dem Erbe der Arbeiterbewegung und solidarisch mit den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Schwarzafrikas.

Das bedeutet theologische Kritik des Kapitalismus, besonders des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des unmenschlichen kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs, dessen Folgen sich in der Verweigerung des Rechtes auf Arbeit wie in der Bedrohung der Schöpfung zeigen.

Dazu gehört eine ständig lebendig weiterzuentwickelnde sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse.

Zur Geschichte: Am Anfang der religiös-sozialistischen Bewegung stehen Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz. Blumhardt trat 1899 an die Seite streikender Arbeiter und verlor sein Pfarramt, als er der SPD beitrug. Ragaz gründete 1906 die noch heute erscheinende Zeitschrift »Neue Wege«. Er gab 1921 seine Professur auf und widmete sich der Arbeiterbildung.

In der Weimarer Zeit setzten sich Religiöse Sozialisten gegen Reaktion (Fürstenentschädigung) und Militanzismus (Panzerkreuzerbau) ein. Wortführer des 1926 gegründeten »Bundes der religiösen Sozialisten« und Schriftleiter des »Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes« war Erwin Eckert, bis er 1931 amtsenthoben wurde und der KPD beitrug.

Der 1933 verbotene Bund wurde 1976 von einer Gruppe wiederbelebt, die aus der Studentenbewegung kam. So wurde auch der Anschluß an den Internationalen Bund religiöser Sozialisten wiedergefunden, dessen stärkster Zweig die schwedische »Bruderschaftsbewegung« ist. Auf seiner ersten Tagung außerhalb Europas, 1986 in Managua, wurde mit den »Christianos en la Revolucion« Nicaraguas die partnerschaftliche Assoziierung beider Bewegungen beschlossen.

**Es gibt solange keine Freiheit,  
wie es die Freiheit gibt, andere auszubeuten.**